



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Oktober 2015



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:

29. September 2015

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), Bundesregierung/
Bergmann (S. 2), Hadrian – Shutterstock (S. 5), INFINITY –
Fotolia (S. 7), adrian_illie825 – Fotolia (S. 8), kwanisik – iStock
(S. 14), hxdzxy – Shutterstock (S. 15), Geber86 – iStock (S. 19),
Wolfisch – Fotolia (S. 20), DOC RABE Media – Fotolia (S. 22),
Pressmaster – Shutterstock (S. 23), fotohansel – Fotolia (S. 24),
alexey_boldin – Fotolia (S. 25), ivansmuk – iStock (S. 27),
tanvirshafi – Fotolia (S. 28)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial.....	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen.....	4
Auf einen Blick.....	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage.....	12
Wachstumsdynamik und „Kleinteiligkeit“ der ostdeutschen Wirtschaft.....	14
Stärkung der Berufsaufsicht über die Wirtschaftsprüfer.....	20
Ein Jahr Digitale Agenda 2014 – 2017.....	24
II. Wirtschaftliche Lage.....	31
Internationale Wirtschaftsentwicklung.....	32
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.....	34
III. Übersichten und Grafiken.....	45
1. Gesamtwirtschaft.....	46
2. Produzierendes Gewerbe.....	54
3. Privater Konsum.....	62
4. Außenwirtschaft.....	64
5. Arbeitsmarkt.....	66
6. Preise.....	68
7. Monetäre Entwicklung.....	72
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse.....	74
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben.....	76

Editorial



Sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Weltweit sind derzeit so viele Menschen auf der Flucht vor Kriegen, Verfolgung und Not wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. In den letzten Wochen und Monaten hat sich die Zahl der Asyl- und Schutzsuchenden gerade in Deutschland stark erhöht. Mittlerweile kann nicht mehr ausgeschlossen werden, dass allein in diesem Jahr eine Million Menschen in unserem Land Asylanträge stellen oder als Bürgerkriegsflüchtlinge anerkannt werden wollen. Das entspricht ungefähr der Einwohnerzahl der Städte Rostock, Saarbrücken, Heidelberg, Wolfsburg, Offenbach, Ulm und Trier zusammen.

Der außergewöhnlich hohe Zustrom von schutzsuchenden Menschen stellt die staatlichen Institutionen auf allen Ebenen vor große Herausforderungen. Er ist aber auch eine Herausforderung für die gesamte Bevölkerung in unserem Land. Dank der überwältigenden Hilfsbereitschaft der vielen tausend Haupt- und Ehrenamtlichen und der gelebten Willkommenskultur in weiten Teilen unserer Gesellschaft wird die Bundesrepublik Deutschland als ein Land wahrgenommen, das diese Aufgabe annimmt und zu bewältigen versucht. Mein Respekt und Dank gilt allen, die dazu beigetragen haben.

Die Menschen, die einen Schutzanspruch haben, müssen so schnell wie möglich in Deutschland integriert werden. Die Frage, wer Anspruch auf Schutz hat und wer nicht, wird in einem fairen Verfahren auf der Grundlage des verfassungsrechtlich verbürgten Rechts auf Asyl entschieden. Die Beschleunigung der Verfahren steht dabei im Mittelpunkt.

Eine große Herausforderungen besteht vor allem auch darin, den Ankommenden die Integration in unsere Gesellschaft zu ermöglichen. In Anbetracht des demografischen Wandels und des drohenden Fachkräftemangels sollten wir die Möglichkeit zur Integration von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt nutzen. Wenn Asylsuchende und Geduldete ihren Lebensunterhalt rasch selbst bestreiten können, verhilft ihnen dies nicht nur zu einem selbstbestimmten Leben, sondern stärkt gleichzeitig auch unsere Volkswirtschaft und entlastet die öffentlichen Haushalte.

Bereits im vergangenen Jahr haben wir den Zugang von Asylsuchenden und Geduldeten zu Ausbildung und Arbeit erheblich erleichtert: So wurde die Wartezeit für den Arbeitsmarktzugang auf einheitlich drei Monate verkürzt. Darüber hinaus entfällt die sogenannte Vorrangprüfung insbesondere für Hochqualifizierte und beruflich Qualifizierte in Engpassberufen sowie nach 15 Monaten Aufenthalt in Deutschland. Zudem bedürfen Einstiegsqualifizierungen nicht mehr der Zustimmung durch die Bundesagentur für Arbeit. Diese Erleichterung ist ein wichtiger Schritt, um junge Asylsuchende und Geduldete bei ihrer beruflichen Orientierung und späteren Aufnahme einer Ausbildung zu unterstützen.

Noch im Oktober soll ein Gesetzgebungsverfahren mit weiteren umfangreichen Maßnahmen für die erfolgreiche Arbeitsmarktintegration der Asylsuchenden abgeschlossen werden:

- ▶ Der Bund öffnet die Integrationskurse für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive und stockt die hierfür vorgesehenen Mittel entsprechend dem gestiegenen Bedarf auf. Darüber hinaus wird eine verstärkte Vernetzung zwischen Integrationskursen und berufsbezogenen Sprachkursen hergestellt, unter verstärkter Einbeziehung der Bundesagentur für Arbeit.

Kurzfristig sollen auch im Rahmen des Arbeitsförderungsrechts Maßnahmen zur Vermittlung erster Kenntnisse der deutschen Sprache gefördert werden.

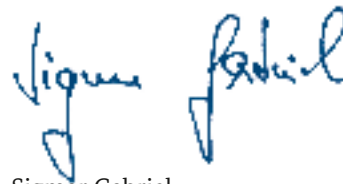
- ▶ Das Leiharbeitsverbot für Asylsuchende und Geduldete wird gelockert.
- ▶ Personen mit guter Bleibeperspektive werden künftig bereits frühzeitig die für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt erforderlichen Leistungen der aktiven Arbeitsförderung erhalten können.

Bund, Länder und Kommunen werden sich gemeinsam genau ansehen, ob und welche weiteren Maßnahmen erforderlich werden, damit die ankommenden Menschen nicht dabei gebremst werden, ihre Qualifikation und Motivation einzubringen.

In der aktuellen Ausgabe finden Sie außerdem Beiträge zu wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen wie zum Beispiel zum Aufholprozess der neuen Bundesländer und nicht zuletzt zum Jahrhundertthema Digitalisierung.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei Lesen!

Ihr



Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Beiratsgutachten zur regionalen Wirtschaftsförderung



Anlässlich der aktuellen Diskussion über die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen spricht sich der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) in seinem jüngsten [Gutachten](#) für eine Neukonzeption der regionalen Wirtschaftsförderung aus. Im Zentrum der Analyse steht dabei die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW), deren Ausrichtung es auch im Hinblick auf die europäischen Rahmen- und Förderbedingungen zu überdenken gelte.

Zum Hintergrund

Die regionale Wirtschaftsförderung wird seit 1969 als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern betrieben und verfolgt das Ziel einer ausgewogeneren regionalen Entwicklung durch die Verbesserung der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland (vgl. Artikel 91a GG). Die GRW-Mittel standen in den 1990er Jahren in engem Zusammenhang mit dem Aufbau Ost und sind seither deutlich zurückgegangen (s. Abbildung 1, S. 6). In diesem Jahr belaufen sich die Bundesmittel des Förderinstruments auf rund 600 Millionen Euro, wobei die Länder noch einmal den gleichen Betrag zur Verfügung stellen. In der laufenden Förderperiode (1. Juli 2014 bis 31. Dezember 2020) ist ein moderater Anstieg der Fördermittel vorgesehen. Seit 1991 flossen rund zwei Drittel der Gelder in die Förderung gewerblicher Investitionen. Rund ein Drittel wurde für den Ausbau der lokalen Infrastruktur verwendet, davon 50% für die Erschließung von Gewerbeflächen und deren verkehrliche Anbindung. Weitere Schwerpunkte waren der Ausbau der touristischen Infrastruktur (18%) sowie der Ausbau der beruflichen Schulen (9%).

Mit dem Gutachten regt der Wissenschaftliche Beirat an, die Regionalpolitik insgesamt noch stärker auf wachstumsorientierte Maßnahmen auszurichten und die Evaluation weiter zu verbessern. Das Auslaufen des Solidarpakts II und der darin enthaltenen spezifischen Maßnahmen für Ostdeutschland mache ohnehin eine Neukonzeption der Regionalpolitik erforderlich. Darüber hinaus betont das Gutachten die Konfliktlinien zwischen einer ausgleichsorientierten Regionalpolitik und dem gesamtwirtschaftlichen Wachstumsziel.

Hinsichtlich der Förderstrategie empfiehlt der Beirat, die GRW vermehrt zur Verbesserung der lokalen Infrastruktur statt zur Unternehmensförderung einzusetzen. Gleichzeitig solle die Zuständigkeit für etwaig verbliebene Infrastrukturlücken und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den neuen Ländern auf die GRW übertragen werden, statt dies im Finanzausgleich von Bund und Ländern zu verankern.

Reformbedarf sieht der Beirat weiterhin bei der Methode zur Festlegung der Fördergebiete. Das bestehende Verfahren zur Erfassung von Strukturschwäche basiert auf der Kombination aus insgesamt vier Strukturschwächeindikatoren (durchschnittlicher Bruttolohn, Arbeitslosenquote, Infrastrukturausstattung und Erwerbstätigenprognose). Aus Sicht des Beirats sollte dem Durchschnittseinkommen künftig ein stärkeres Gewicht zukommen. Zudem sollten sich die Strukturschwächeindikatoren so zueinander verhalten, dass Strukturschwächen bei einem Indikator durch Stärken bei den anderen Indikatoren besser ausgeglichen werden können.

Schließlich sieht der Beirat Bedarf für eine noch verbesserte und umfassendere Evaluation der GRW. Hierbei gelte es zunächst, die Datenbasis auszubauen, und zwar nicht nur für die Unternehmensförderung, sondern auch für die Infrastrukturmaßnahmen der Kommunen. Neben der Entwicklung der geförderten Betriebe sei auch die Entwicklung vergleichbarer nicht geförderter Betriebe zu beobachten – sogenannter „Kontrollgruppen“. Für die GRW sollten weitere alternative Konzepte zur Ermittlung von Kontrollgruppen erprobt werden.

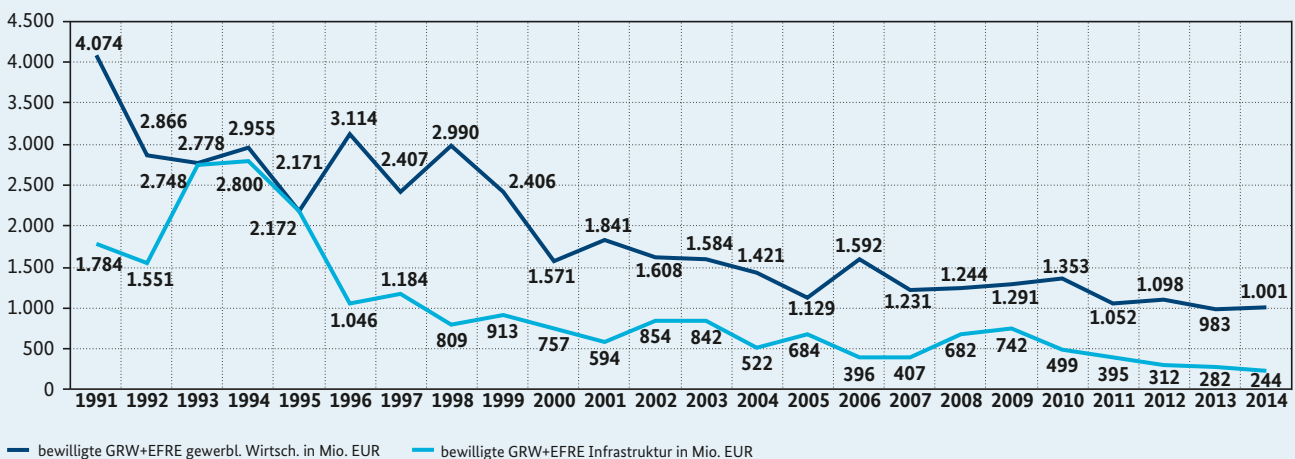
Insgesamt enthält das Gutachten zahlreiche wertvolle und bedenkenswerte Empfehlungen. Manches ist bereits Gegenstand von Gesprächen im Rahmen der Bund-Länder-Verhandlungen zur Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen. Fraglich erscheint, ob das Durchschnittseinkommen als zentraler Indikator für die Strukturschwäche einer Region betrachtet werden kann. Die Arbeitslosenquote dürfte hier eine ähnlich große Aussagekraft besitzen.

Die Anregungen des Wissenschaftlichen Beirats werden in die Vorbereitungen zur Weiterentwicklung der GRW in der nächsten Förderperiode und in die Überlegungen zur Weiterentwicklung eines gesamtdeutschen Fördersystems zur Unterstützung strukturschwacher Regionen ab 2020 einfließen (vgl. auch [BMW-Pressemitteilung vom 23.09.2015](#)).

Kontakt: Johannes Vatter, Referat Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik; Dr. Thomas Multhaup, Referat Regionale Wirtschaftspolitik

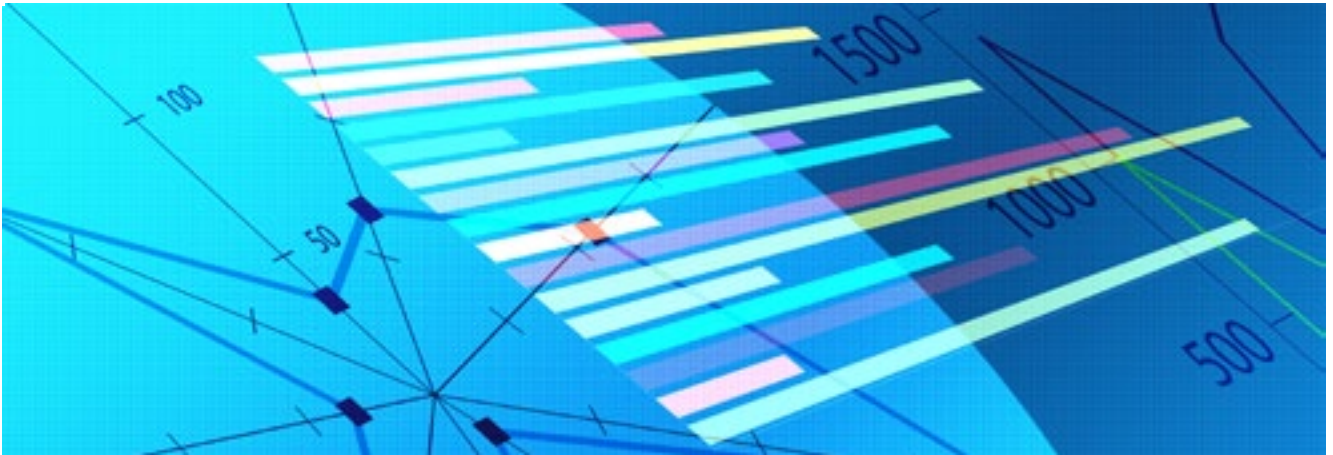
Abbildung 1: Bewilligte GRW-Mittel 1991 – 2014 (in Mio. Euro)

Aufteilung Gewerbliche Wirtschaft/Infrastruktur (einschl. ergänzende Förderung durch EFRE)



Quelle: BAFA-Bewilligungsstatistik

Investitionsschwäche in Deutschland: Workshop zu methodischen und statistischen Fragen



Die in den vergangenen Jahren recht schwache Entwicklung der privaten Investitionen in Deutschland ist seit einiger Zeit verstärkt in den Fokus der Wirtschaftsforschung und der Wirtschaftspolitik gerückt. Verschiedene Forschungsinstitute, Expertenkommissionen, Verbände und Forschungsabteilungen haben eine Vielzahl von empirischen Untersuchungen zur deutschen Investitionsentwicklung im historischen und internationalen Vergleich vorgelegt, die zumeist auf Daten des Statistischen Bundesamtes basieren.

Um die Aussagekraft und Grenzen der verfügbaren Daten zur privaten Investitionstätigkeit zu diskutieren, fand am 8. September im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ein Workshop zum Thema „Methodische und statistische Fragen der Investitionsmessung in Deutschland und im internationalen Vergleich“ unter Beteiligung von Fachleuten des Statistischen Bundesamtes, der Bundesbank, Forschungsinstituten, OECD, Verbänden, Gewerkschaften sowie anderer Ressorts der Bundesregierung statt. Ziel des Workshops war es, im Rahmen einer tiefergehenden Analyse disaggregierter Investitionsdaten nach Sektoren, Branchen und Wirtschaftszweigen, Evidenzen für eine Investitionsschwäche zu diskutieren und eventuelle Grenzen der statistischen Interpretierbarkeit aufzuzeigen.

Untersuchungen des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) weisen auf eine moderate Investitionsentwicklung vor allem in energieintensiven Industriebranchen in der letzten Dekade hin. Gleichzeitig wuchs aber die Wertschöpfung in allen Industriebranchen, was zu einer teilweise sogar deutlich höheren Investitionsproduktivität führt. Unter den betrachteten Branchen wiesen vor allem die industrienahen Dienstleister, die Automobil-, die Chemieindustrie sowie der Maschinenbau einen positiven Investitionstrend auf. Gleichzeitig sei in vielen Branchen

eine signifikante Zunahme des Bestandes deutscher Direktinvestitionen im Ausland feststellbar. Dies lasse nach Ansicht des BDI, vor dem Hintergrund der Investitionszurückhaltung im Inland, auf eine zumindest teilweise Verlagerung von Investitionen in das Ausland schließen.

Seitens des Statistischen Bundesamtes wurden Probleme bei der Erhebung und Zurechnung von Investitionsdaten nach Wirtschaftszweigen aufgezeigt. Neben der jüngsten Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die nunmehr auf einen breiteren Investitionsbegriff abziele (u. a. Erweiterung um Ausgaben für Forschung und Entwicklung), seien Datenrevisionen im Rahmen der regelmäßigen Überarbeitungen üblich. Die Interpretierbarkeit längerfristiger Daten zum Kapitalstock sowie der Investitionsaktivitäten nach Wirtschaftsbereichen werde einerseits durch Wechsel von Unternehmen zwischen Wirtschaftszweigen (z. B. vom Industrie- in den Dienstleistungssektor), andererseits durch die Leasingproblematik erschwert. Dabei würden Kfz, Maschinen und Anlagen zwar von einer Branche (z. B. der Industrie) genutzt, aber gemäß dem Eigentümerkonzept einer anderen (Unternehmensdienstleister) statistisch zugerechnet. Auch sollten bei Investitionen und Anlagevermögen sowohl die Brutto- als auch die Nettogrößen analysiert werden, weil die Abschreibungen als kalkulatorische Größe wesentlich stärker modellbasiert und auch international schwerer vergleichbar sind.

Auf die Dimension der Leasingaktivitäten ging ein Vertreter des ifo Instituts näher ein und erläuterte, dass diese schon Mitte der 1960er Jahre ihren Anfang nahmen. Diese Form der Trennung von Eigentum und Nutzung erleichterte die Anschaffung der damals sehr teuren Computertechnik. Seine rasante Verbreitung habe das Leasing mit der Übertragung auf die Anschaffung von Kfz erfahren und sei

mittlerweile auch bei EDV-Anlagen, Kopiergeräten, in der Medizintechnik sowie bei Linienflugzeugen und Immobilien üblich. Eine Verstärkung dieser Entwicklung sei infolge neuer Modelle der Fondsfinanzierungen oder im Zuge der Industrie 4.0 wahrscheinlich. Positive Aspekte des Leasings seien eine Senkung von Transaktionskosten, eine schnellere Markteinführung von Innovationen und eine effizientere Nutzung der Ausrüstungsgüter. Allerdings führe die statistische Zurechnung nach dem Eigentümerprinzip zu erheblichen Verzerrungen der sektoralen Investitionsstatistik, was insbesondere für die Bereiche Verkehr und Lagerei, Handel und Gastgewerbe sowie das Baugewerbe zu einer Untererfassung der tatsächlich genutzten Anlagegüter führe.

Zu dem Zusammenhang von Direktinvestitionen und dem Auslandsengagement deutscher Unternehmen wurde seitens der Bundesbank zunächst auf die unterschiedliche Begrifflichkeit von „Investition“ nach Zahlungsbilanzstatistik, Statistik des Auslandsvermögensstatus und Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwiesen. Deutsche Direktinvestitionen im Ausland wiesen in dem Zeitraum von 2007 bis 2013 eine recht hohe Gesamttrendite von knapp sechs Prozent p. a. auf. Insgesamt gebe es keine Hinweise auf eine Fehlallokation deutscher Anlageinvestitionen. Zudem zeige eine nähere statistische Untersuchung

einen positiven Zusammenhang zwischen Direktinvestitionen im Ausland und Bruttoanlageinvestitionen im Inland, der auf eine komplementäre (nicht substitutive) Beziehung hinweise. Der Anstieg der Auslandsinvestitionen der deutschen Unternehmen könne daher nicht als ursächlich für die Investitionsschwäche im Inland angesehen werden.

Vertreter der OECD stellten die deutsche Investitionsentwicklung in einen internationalen Kontext und zeigten, dass sich diese seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Vergleich zu anderen großen Industrieländern als relativ robust erwiesen habe. Allerdings sei das Ausgangsniveau bei Anlageinvestitionen in Deutschland schon zuvor relativ niedrig gewesen. Im Vergleich zu den traditionellen Sachinvestitionen haben sich Investitionen in wissensbasiertes Kapital (Software, Datenbanken, FuE, Lizenzen, Managementfähigkeiten etc.) schon seit längerer Zeit recht dynamisch entwickelt. Sie sind von zentraler Bedeutung für die Produktivitäts- und Wachstumsentwicklung. Vor allem im Dienstleistungsbereich weise Deutschland aber eine im internationalen Vergleich geringe Investitionsintensität auf.

Kontakt: André Eid, Referat Wirtschaftspolitische Analysen

Ungleichheit im globalen Kontext – ein aktueller Forschungsbeitrag



Soziale Teilhabe gilt als wichtige Voraussetzung gesellschaftlicher Stabilität in einer funktionierenden Marktwirtschaft. Vor diesem Hintergrund muss die in vielen Ländern steigende Einkommens- und Vermögensungleichheit kritisch hinterfragt werden.

Deutschland weist im OECD-weiten Vergleich relativ große Ungleichheiten beim Markteinkommen auf. Nach Berücksichtigung bestehender Umverteilungsinstrumente liegt die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen in Deutschland allerdings im Mittelfeld. Die OECD-Initiative „Inclusive

Growth“ betont dabei, wie wichtig es ist, alle Mitglieder einer Gesellschaft am wirtschaftlichen Wachstum teilhaben zu lassen, sowohl in Bezug auf Einkommen als auch in Bezug auf andere Bereiche wie z. B. die Gesundheit.

Mit der aktuellen Forschung zu diesem wichtigen Thema beschäftigte sich auch die Veranstaltung der neuen Seminarreihe „Wirtschaftspolitische Seminare“ am 7. September im BMWi. Frantisek Ricka, Ökonom im Bereich „Strategy, Policy, and Review“ des Internationalen Währungsfonds, stellte ein aktuelles Diskussionspapier vor.¹ Die Studie zeichnet ein globales Bild der Ungleichheit, da sie auf einem Datensatz von 159 Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern über den Zeitraum 1980 bis 2012 basiert. Im betrachteten Zeitraum ist die Einkommensungleichheit in vielen Industrie-, aber auch in Schwellen- und Entwicklungsländern gestiegen. Ein wesentliches Ergebnis der Studie ist, dass in den betrachteten Ländern eine niedrige Einkommensungleichheit mit einem Anstieg der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts einherging und für diesen Zusammenhang insbesondere die Einkommensanteile der unteren und mittleren Einkommensbereiche maßgeblich sind.² Dagegen zeigen die Autoren einen negativen Zusammenhang zwischen dem Einkommensanteil der reichsten 20 Prozent der Bevölkerung und der durchschnittlichen Wachstumsrate eines Landes auf. Diese Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass es keinen Widerspruch zwischen Wachstum und abnehmender Ungleichheit geben muss, wie in der Vergangenheit oft argumentiert wurde.

Wie die anschließende Diskussion zeigte, ist der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wachstum sehr vielschichtig. Es kommt beispielsweise sehr stark auf das Ausmaß der Ungleichheit oder den Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft an. Einerseits gibt es viele Reformen und Institutionen, die gleichzeitig das Wachstum fördern und Ungleichheit abbauen. Als Beispiel ist hier ein für alle zugängliches Bildungssystem oder ein funktionierendes Gesundheitssystem zu nennen. Andererseits wirken viele Reformen zwar positiv auf das Wachstum einer Volkswirtschaft, gleichzeitig können sie in bestimmten Fällen aber auch zu höherer Ungleichheit beitragen. So zeigen Ricka und Koautoren in ihrer Studie zum Beispiel, dass dies in vielen Ländern bei wachstumsfördernden Reformen zur Arbeitsmarktflexibilisierung oder infolge der Globalisierung der Fall war.

Aufgrund dieser unterschiedlichen und vielschichtigen Wirkungsweisen verschiedener Reformen auf Wachstum und Ungleichheit besteht weiterer, erheblicher Forschungsbedarf. Es stellt sich die Frage, wie Reformen unter Berücksichtigung von Verteilungsaspekten möglichst wachstumsfördernd ausgestaltet werden können. Dabei ist allerdings zu beachten, dass es bei dieser Frage keinen einfachen Lösungsansatz geben kann, der für alle Länder gleichermaßen geeignet ist. Länderspezifische Gegebenheiten und institutionelle Rahmenbedingungen müssen stets berücksichtigt werden.

Kontakt: Dr. Alexandra Effenberger, Referat Wirtschaftspolitische Analysen

1 Dabla-Norris, E., Kochhar, K., Ricka, F. et al. (2015) „Causes and Consequences of Income Inequality: A Global Perspective.“ IMF Staff Discussion Note 15/13

2 Nach Berechnungen der Autoren führt die Erhöhung des Einkommens der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung um einen Prozentpunkt durchschnittlich zu einem 0,38 Prozentpunkte höheren Wachstum.

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Oktober 2015	
01./02.10.	Wettbewerbsfähigkeitsrat in Luxemburg
05./06.10.	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
06.10.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (August)
07.10.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (August)
12.10.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
15./16.10.	Tagung Europäischer Rat
Ende Oktober	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
November 2015	
05.11.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (September)
06.11.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (September)
09./10.11.	Eurogruppe und ECOFIN
11.11.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
13.11.	ECOFIN (Haushalt)
18.11.	Rat für Allgemeine Angelegenheiten (Kohäsion) in Luxemburg
26.11.	Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie (Energie)
27.11.	Rat für Allgemeine Angelegenheiten (Handel)
30.11.	Wettbewerbsfähigkeitsrat (Binnenmarkt und Industrie)
Ende November	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Dezember 2015	
04.12.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Oktober)
07.12.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Oktober)
07./08.12.	Eurogruppe und ECOFIN
10.12.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
11.12.	Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie (Telekommunikation)
15.12.	Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Handel)
17./18.12.	Tagung Europäischer Rat
Ende Dezember	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>

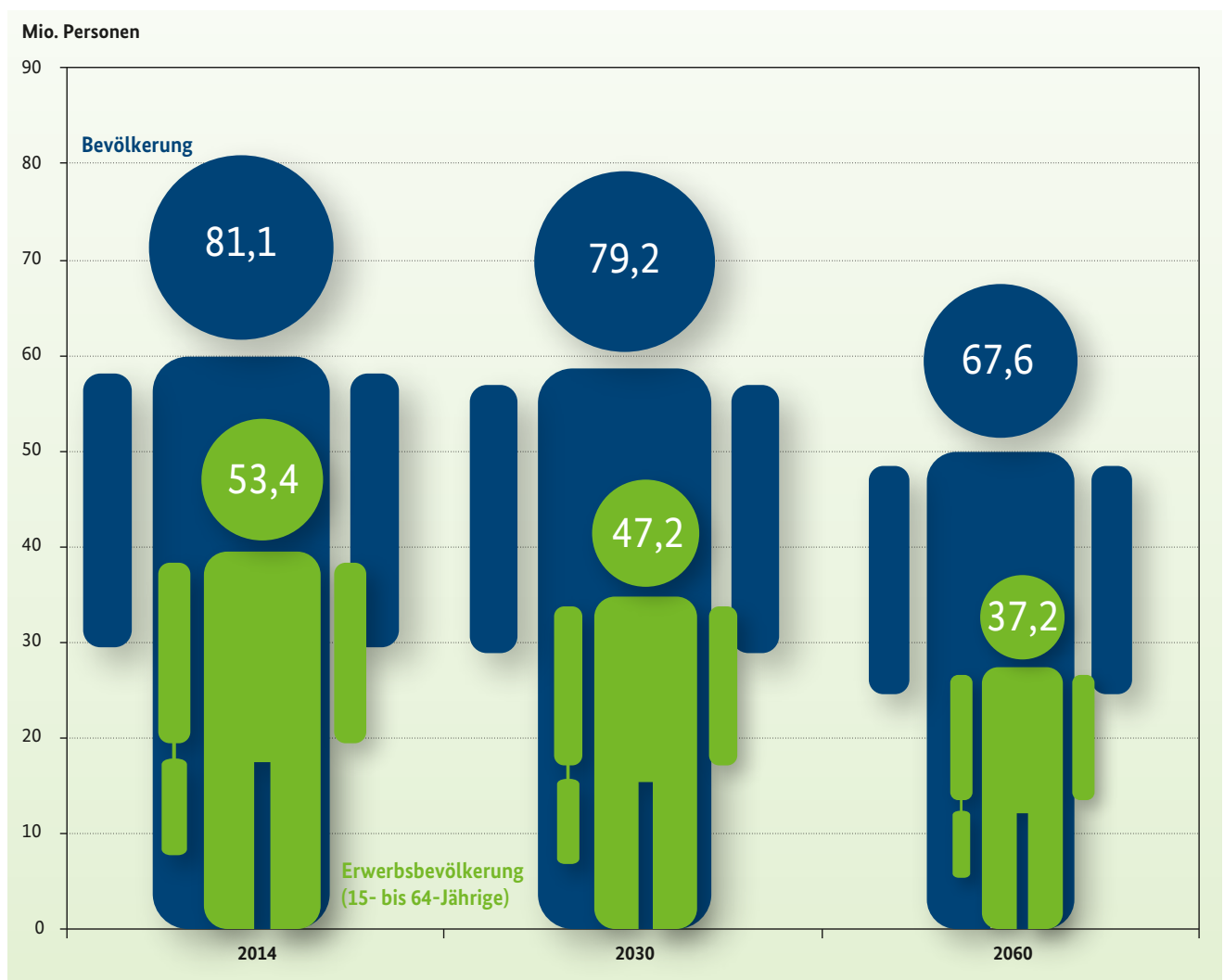


Grafik des Monats

Der demografische Wandel ...

... ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Die Kombination aus steigender Lebenserwartung und einer geringen Fertilität führt in Deutschland sowohl zu einer schrumpfenden als auch einer stark alternden Gesellschaft. Die Gesamtbevölkerung dürfte nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamts bis zum Jahr 2030 recht stabil bleiben und erst zwischen 2030 und 2060 um fast 12 Mio. Personen zurückgehen. Dagegen dürfte die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren bereits in den kommenden Jahren erheblich schrumpfen und im Jahr 2060 um mehr als 16 Mio. Personen niedriger liegen als heute. Die Bundesregierung hat daher eine Weiterentwicklung ihrer Demografiestrategie beschlossen. Maßnahmen beispielsweise in den Bereichen Fachkräftesicherung, Bildung und Investitionen können dazu beitragen, demografische Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Sozialversicherungssysteme erheblich zu mindern.

Bevölkerungsentwicklung bis 2060



Hinweis: Diese Berechnung basiert auf einem langfristigen Wanderungssaldo von jährlich 100.000 Zuwanderern. Wird das Erwerbsalter mit 67 statt mit 65 Jahren abgegrenzt – im Zuge der schrittweisen Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre –, fällt der Rückgang um etwa zwei Millionen Personen niedriger aus.

Quelle: 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts, Variante 1; Berechnungen des BMWi

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem soliden Aufschwung.
- ▶ Die Verunsicherung um die Wirtschaftsentwicklung in China sowie in anderen rohstoffproduzierenden Schwellenländern hat die Risiken wieder stärker in den Blick treten lassen. Das weltwirtschaftliche Umfeld ist schwieriger geworden.
- ▶ Die Industrieproduktion ist moderat aufwärtsgerichtet. Im Bausektor gibt es nach dem schwachen Frühjahr Anzeichen einer Belebung.
- ▶ Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter positiv, jedoch mit etwas geringerer Dynamik.

Im Spätsommer ist die Konjunktur in Deutschland intakt. Trotz außenwirtschaftlicher Verunsicherung im Zusammenhang mit den Finanzmarkturbulenzen in einigen Schwellenländern und einem lediglich moderaten weltwirtschaftlichen Tempo ist die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland aufwärtsgerichtet.¹ Die industrielle Produktion entwickelte sich nach einem rückläufigen Sommermonat wieder positiv. Die Bauwirtschaft hat nach den jüngst vorliegenden Indikatoren zum Wachstumspfad zurückgefunden. Obgleich das Welthandelsvolumen im ersten Halbjahr zurückging, war im Außenhandel zuletzt eine positive Entwicklung zu beobachten. Die nach wie vor günstige Situation am Arbeitsmarkt, eine auch infolge des Preisniveaurückgangs auf den Rohstoffmärkten niedrige Teuerungsrate und positive Einkommensaussichten stützen den Konsum der privaten Haushalte in Deutschland. Jüngst veröffentlichte Stimmungskennzeichen waren gemischt, sprechen jedoch trotz der Verunsicherung über die weitere Entwicklung in China für eine günstige konjunkturelle Entwicklung. Auch die vorliegenden harten Indikatoren signalisieren, dass die deutsche Wirtschaft gut in das dritte Vierteljahr gestartet ist.

Im Juni hat die weltweite Industrieproduktion etwas an Schwung gewonnen. Die Dynamik kam aus den Schwellenländern. Allerdings signalisieren Indikatoren wie das ifo Weltwirtschaftsklima oder der Markit Composite PMI keine durchgreifende Verbesserung. Auch die jüngsten

Turbulenzen legen nahe, dass sich die Risiken insbesondere in den Schwellenländern eher erhöht haben. Für China hat die Unsicherheit über den Zustand der Wirtschaft deutlich zugenommen. Die niedrigen Ölpreise dämpfen die Wachstumsaussichten der rohstoffexportierenden Schwellenländer wie Russland oder Brasilien. In den Industrieländern war dagegen das Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr relativ robust. Insbesondere in den Vereinigten Staaten ist das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2015 kräftig gestiegen. Aber auch im Eurogebiet setzte sich die moderate konjunkturelle Erholung fort. Im Vergleich zum Vorquartal nahm das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2015 im Euroraum um 0,4 % zu.² Die niedrigen Ölpreise und die weiterhin eher expansiv ausgerichtete Geldpolitik sollten in der Weltwirtschaft insgesamt weiter für positive Impulse sorgen. Dagegen könnten sich die jüngsten Turbulenzen an den Devisen-, Rohstoff- und Finanzmärkten dämpfend auf die Realwirtschaft auswirken. Insgesamt dürfte sich daher das globale Wirtschaftswachstum im weiteren Jahresverlauf kaum beschleunigen.

Die deutschen Unternehmen haben ihre Warenausfuhren im Berichtsmonat Juli dennoch merklich ausgeweitet. Im Vergleich zum Vormonat sind die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen nach der Zahlungsbilanzstatistik um 2,2 % gestiegen. Die Ausfuhrpreise blieben zuletzt nach einem kräftigen Anstieg seit Beginn des Jahres weitgehend unverändert, sodass sich auch preisbereinigt ein deutlicher Zuwachs der Warenausfuhren ergab. Die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen sind im Berichtsmonat Juli mit einem Plus von 2,3 % ähnlich stark expandiert wie die Ausfuhren. Die Einfuhrpreise gingen im Berichtsmonat Juli aufgrund rückläufiger Rohstoffpreise zurück.

Die Industrie befindet sich weiterhin auf einem moderaten Wachstumspfad. Die Industrieproduktion nahm im Juli, auch dank einer günstigen Konstellation der Ferientage, moderat zu und blieb auch in der Tendenz leicht aufwärtsgerichtet. Eine positive Dynamik ist vor allem bei den Herstellern von Investitionsgütern zu beobachten, die ihre Produktion seit einem Jahr kontinuierlich ausweiteten. Dagegen geht die Erzeugung von Vorleistungsgütern seit Jahresbeginn spürbar zurück. Insgesamt positiv entwickelten sich auch die Industrieumsätze, insbesondere die mit dem Ausland. Der schwache Euro und die allmähliche kon-

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. September 2015 vorlagen.

2 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

junkturelle Erholung im Euroraum dürften hierzu beigetragen haben. Die Auftragseingänge befinden sich trotz des Rückgangs im Juli auf einem hohen Niveau und blieben in der Tendenz ebenfalls aufwärtsgerichtet. Das deutliche Minus bei der Auslandsnachfrage sollte dabei angesichts der starken Vormonate nicht überbewertet werden. Allerdings signalisiert der ifo Konjunkturtest, dass die gegenwärtige Debatte um China und das weltweite holprige Wachstumstempo nicht spurlos an den Unternehmen vorbeigehen könnte. Während die Lage von den Unternehmen überaus gut bewertet wird, haben sich ihre Geschäftserwartungen in den letzten Monaten etwas eingetrübt. In der Baubranche wurde die Produktion nach der schwachen Frühjahrsbelebung im Juli wieder spürbar gesteigert. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe entwickelten sich aktuell zwar schwach. Angesichts der insgesamt guten Rahmenbedingungen und des gestiegenen Geschäftsklimas ist für die zweite Jahreshälfte jedoch mit einer Belebung im Bausektor zu rechnen.

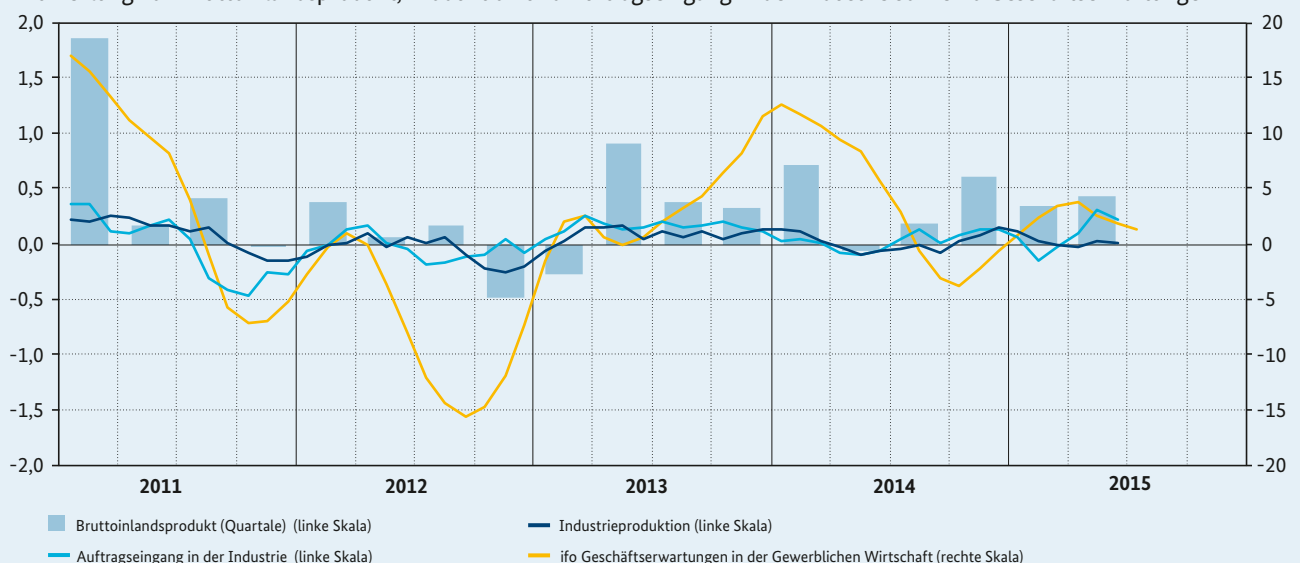
Der private Konsum hat die Konjunktur auch im zweiten Quartal beflügelt. Der Wachstumsbeitrag fiel mit +0,1 Prozentpunkten allerdings geringer aus als in den Vorquartalen. Der Einstieg ins Herbstquartal gelang gut. Nach einem schwachen Frühjahrsergebnis sind die Umsätze im Einzel-

handel im Juli wieder um 1,6 % gestiegen. Zudem entwickelt sich der Kfz-Handel weiter dynamisch. Die Stimmung unter den Händlern hat sich seit dem Jahreswechsel deutlich verbessert. Das Preisklima ist vor allem wegen der gesunkenen Energiepreise mit einem Anstieg des Verbraucherpreisniveaus um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr ausgesprochen ruhig. Auch deshalb bewegt sich das Konsumklima der Verbraucher trotz leichter Abschwächung auf einem sehr hohen Niveau.

Die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt setzt sich fort. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im Juli saisonbereinigt mit einem Anstieg um 26.000 Personen stärker zu als in den Vormonaten. Gegenüber dem Vorjahr stieg ihre Zahl im Inland um 160.000 (Ursprungszahl) auf knapp 43,0 Mio. Personen. Es ist weiterhin die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die für die Zuwächse sorgt. Sie erhöhte sich im Juni saisonbereinigt um 41.000 Personen. Nach Ursprungszahlen stieg die registrierte Arbeitslosigkeit jahreszeitlich bedingt auf 2,796 Mio. Personen. Dies waren 106.000 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr. Saisonbereinigt ging sie im August nach leichtem Anstieg im Vormonat jedoch um 7.000 Personen zurück. Die Frühindikatoren sprechen für eine Fortsetzung der positiven Arbeitsmarktendenzen mit gemäßigttem Tempo.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



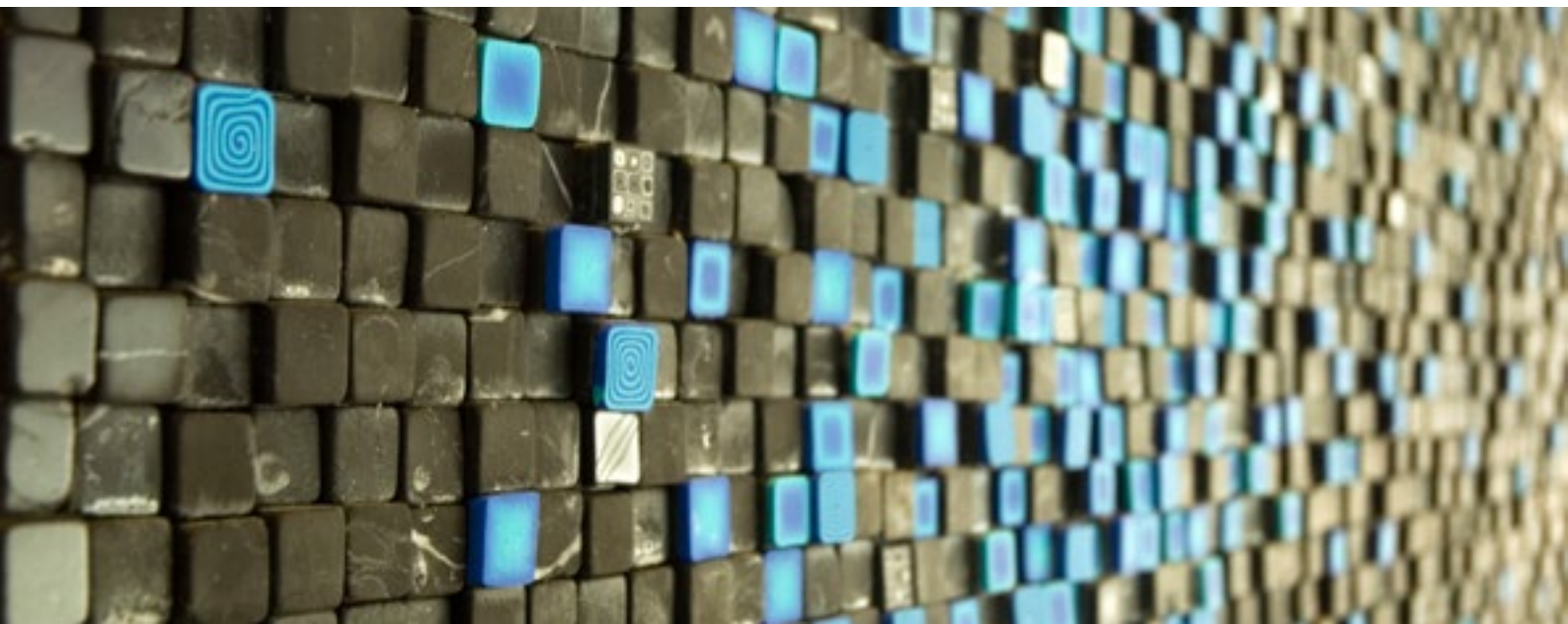
* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

Wachstumsdynamik und „Kleinteiligkeit“ der ostdeutschen Wirtschaft

Ansatzpunkte zur Wachstumsförderung und Überwindung der kleinteiligen Unternehmensstruktur in Ostdeutschland

Die stockende wirtschaftliche Konvergenz der ostdeutschen Wirtschaft wird von vielen Beobachtern größtenteils einem besonderen Strukturmuster zugeschrieben: der sogenannten Kleinteiligkeit. Größere Unternehmenseinheiten, die beispielsweise durch Skalenerträge häufig überdurchschnittlich hohe Innovationsleistungen und dank des Engagements auf Auslandsmärkten entscheidende Wachstumsimpulse für die Wirtschaft setzen können, sind nur in geringem Maße vertreten. Ein Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) unterstreicht die Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft und unterbreitet Vorschläge für wachstumsfördernde Maßnahmen zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen.¹



25 Jahre nach der Wiedervereinigung erreicht die ostdeutsche Wirtschaft rund zwei Drittel der westdeutschen Wirtschaftskraft (Bruttoinlandsprodukt je Einwohner)². Der Konvergenzprozess ist in den letzten Jahren nur sehr langsam vorangekommen. In der Wissenschaft und politischen Diskussion wird als eine wesentliche Ursache hierfür immer wieder die Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft angeführt. Damit ist gemeint, dass ostdeutsche Unternehmen im Vergleich zu den westdeutschen – gemessen an der Anzahl der Beschäftigten und am Umsatz – durchschnittlich kleiner sind. Insbesondere fehlen in Ostdeutschland Großunternehmen und vor allem auch Unternehmens- und Konzernzentralen („Headquarterlücke“), von denen aus verschiedene Unternehmenseinheiten gesteuert werden.

Die DIW Econ GmbH hat deshalb im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer und Parlamentarischen Staatssekretärin Iris Gleicke das Phänomen der Kleinteiligkeit wissenschaftlich begutachtet. Empirisch untersucht wurden Stand und Entwicklung der Größenstruktur der Unternehmenslandschaft sowie die Bedeutung großer Unternehmenseinheiten für die regionale Wirtschaftsstruktur. Darüber hinaus wurden Wachstumsfaktoren sowie spezifische Wachstumshemmnisse für ostdeutsche Unternehmen identifiziert und daraus Handlungsempfehlungen für eine wirksamere Förderpolitik abgeleitet.

Die Studienergebnisse basieren auf einer umfassenden Auswertung von Unternehmensstatistiken, Expertengesprächen und einer Unternehmensbefragung von über 500 Unternehmen.

- 1 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): „Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft. Gibt es spezifische Wachstumshemmnisse für die Bildung größerer Unternehmenseinheiten?“, Berlin, Juni 2015. Das Gutachten kann von den Internetseiten des BMWi sowie der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, PSt Gleicke, heruntergeladen werden (www.beauftragte-neue-laender.de).
- 2 Die Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) liegt in den neuen Ländern bei 71 % des westdeutschen Niveaus.

Tabelle 1: Zahl der Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen im Vergleich zu der von großen Unternehmen nach Größenklassen (2010)

Region		Größenklassen							Anteil der GU an Gesamtzahl in %
		KMU		Großunternehmen					
		unter 250	250 – 349	350 – 449	450 – 549	550 – 649	über 650	Summe GU	
Westdeutschland	Gewerbliche Wirtschaft	1.000.921	2.405	1.349	770	551	2.266	7.341	0,73
	Verarbeitendes Gewerbe	136.537	1.060	641	391	266	978	3.336	2,39
Ostdeutschland	Gewerbliche Wirtschaft	197.398	331	154	97	52	155	789	0,40
	Verarbeitendes Gewerbe	26.764	168	80	43	20	61	372	1,37
Berlin	Gewerbliche Wirtschaft	49.661	80	40	23	15	92	250	0,50
	Verarbeitendes Gewerbe	3.269	11	5	3	3	18	40	1,21

Berechnungen auf Basis des Unternehmensregisters

Quelle: DIW Econ Gutachten zur Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft

Zentrale Ergebnisse

Stand der Kleinteiligkeit

Die Kleinteiligkeit der Unternehmensstruktur ist nach wie vor ein besonderes Strukturmerkmal der ostdeutschen Wirtschaft.

Zwar sind in Ost- wie in Westdeutschland rund 80 Prozent aller Unternehmen in der gewerblichen Wirtschaft Kleinunternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten. Wesentliche Unterschiede treten aber hinsichtlich großer Unternehmen auf: Nicht nur absolut, sondern auch relativ zur jeweiligen Gesamtzahl der Unternehmen sind in Ostdeutschland weniger Großunternehmen angesiedelt (vgl. Tabelle). In den Größenklassen ab 250 Beschäftigten liegen die Anteile in Ostdeutschland und Berlin um 30 bis 50 Prozent unterhalb der westdeutschen Werte. Der Anteil der Unternehmen mit über 650 Beschäftigten ist in Westdeutschland dreimal und in Berlin mehr als doppelt so hoch wie in Ostdeutschland.

Diese Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft wird noch deutlicher, wenn die Beschäftigten- und Umsatzanteile nach Größenklassen betrachtet werden: Beispielsweise erzielten ostdeutsche Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten im Jahr 2010 etwa 20 Prozent des Umsatzes und beschäftigten etwa 10 Prozent der Beschäftigten (bezogen auf Ostdeutschland). In Westdeutschland lagen diese Werte mit Umsatzanteilen von über 40 Prozent und Beschäftigungsanteilen von etwa 35 Prozent wesentlich höher. Dies liegt auch daran, dass das durchschnittliche westdeutsche Großunternehmen mit über 500 Beschäftigten fast doppelt so groß ist wie sein entsprechendes ostdeutsches Pendant.

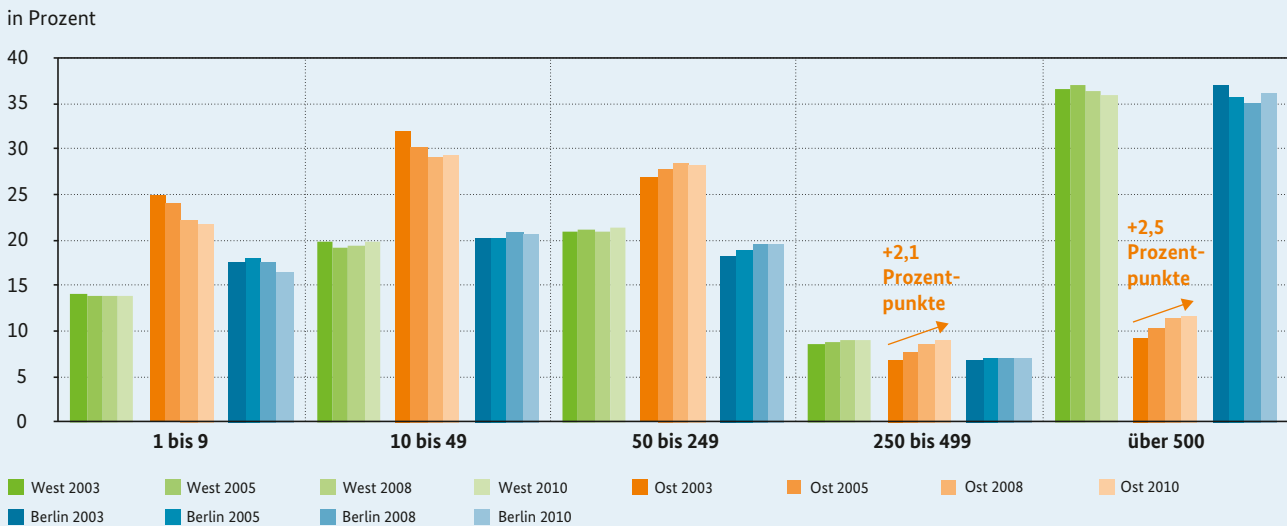


Ein ähnliches Bild ergibt sich für das Verarbeitende Gewerbe, auch wenn es im Vergleich zur gesamten gewerblichen Wirtschaft etwas weniger von Kleinunternehmen geprägt ist.

Dynamik der Unternehmensentwicklung

Die Zahl ostdeutscher Großunternehmen ist seit 2003 spürbar gestiegen. So lag die Zahl der Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft im Jahr 2010 gut 60 Prozent über dem Niveau von 2003. Bei den mittelgroßen Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten in Ostdeutschland ist vor allem im Verarbeitenden Gewerbe ein stärkeres Größenwachstum zu verzeichnen als in Westdeutschland. Diese grundsätzlich positive Entwicklung ist jedoch nicht so stark, als dass insgesamt eine rasche Angleichung an die Größenklassenverhältnisse Westdeutschlands erwartet werden kann.

Abbildung 1: Beschäftigungsverteilung in der gewerblichen Wirtschaft nach Größenklassen und West- und Ostdeutschland sowie Berlin (2003, 2005, 2008, 2010, Verteilung in Prozent)



Lesbeispiel: Etwa 27 % der Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands arbeiten 2003 in Unternehmen der Größenklasse „50 bis 249 Beschäftigte“.

Quelle: DIW Econ. Berechnungen auf Basis des Unternehmensregisters. Die gewerbliche Wirtschaft umfasst die Wirtschaftszweige der Abschnitte B bis J und L bis N (WZ 2008).

Bedeutung von Großunternehmen für die regionale wirtschaftliche Entwicklung

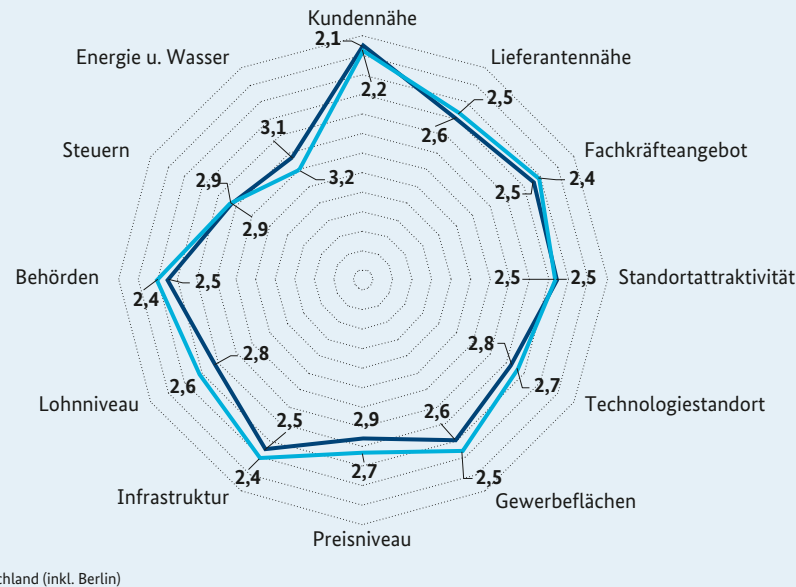
Größere Unternehmen spielen für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region eine entscheidende Rolle. Sie zahlen in der Regel höhere Löhne und Sozialleistungen und bieten bessere Aufstiegschancen. Sie haben einen einfacheren Zugang zum Kapitalmarkt. Besondere Größenvorteile ergeben sich bei Forschung und Entwicklung und daraus folgenden Innovationen: Größere Unternehmen können beispielsweise Risiken besser diversifizieren oder höhere Investitionsvolumina tragen, um von Skaleneffekten zu profitieren. Sie sind überdurchschnittlich stark auf internationalen Märkten engagiert, sowohl durch Exporte als auch durch Direktinvestitionen, und nutzen dort Wachstumschancen. Große Unternehmen verfügen meist über vielfältige regionale und überregionale Kontakte und stellen – zusammen mit Hochschulen – häufig Knotenpunkte in Beschaffungs-, Innovations- und Absatznetzwerken dar. Insofern setzen große Unternehmen in hohem Maße Wachstumsimpulse für die regionale Wirtschaft.

Wachstumsfaktoren

Im Hinblick auf die Frage, wie dem mittelständisch geprägten Unternehmenssektor in Ostdeutschland und damit auch der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung insgesamt weitere Wachstumsimpulse verliehen werden können, wurden im Rahmen der Studie sechs Themenbereiche auf ihre besondere Relevanz für das Wachstum ostdeutscher Unternehmen empirisch untersucht:

- ▶ Investitionstätigkeit
- ▶ Fachkräftemangel in Ostdeutschland
- ▶ Klassische Standortfaktoren (Infrastruktur, Bürokratie usw.)
- ▶ Innovationstätigkeit und Produktivität
- ▶ Exportorientierung
- ▶ Persönlichkeitsmerkmale der ostdeutschen Unternehmensführer.

Untersucht wurde, ob es insbesondere im Vergleich zu Westdeutschland schlechtere oder bessere Wachstumsbedingungen gibt. Daraus wurden im Anschluss Schlussfolgerungen für die Förderpolitik abgeleitet.

Abbildung 2: Durchschnittliche Bewertung verschiedener Standortfaktoren von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend), 2011

Quelle: DIW Econ. Berechnungen auf Basis des IAB-Betriebspansels. Die gewerbliche Wirtschaft umfasst die Wirtschaftszweige der Abschnitte B bis J und L bis N (WZ 2008). Es werden nur Betriebe berücksichtigt, die den Standortfaktor als sehr wichtig oder äußerst wichtig erachten.

Investitionstätigkeit, Fachkräftemangel und klassische Standortfaktoren

Nach den vorliegenden Analysen gibt es keine wesentlichen Unterschiede beim Investitionsverhalten zwischen ost- und westdeutschen Betrieben in den verschiedenen Größenklassen. Der Anteil der Erweiterungsinvestitionen fällt im Osten sogar etwas höher aus. Zu geringe Investitionen scheinen also keine Ursache für die Kleinteiligkeit zu sein. Insofern begründet sich daraus kein spezifischer Handlungsbedarf für Ostdeutschland.

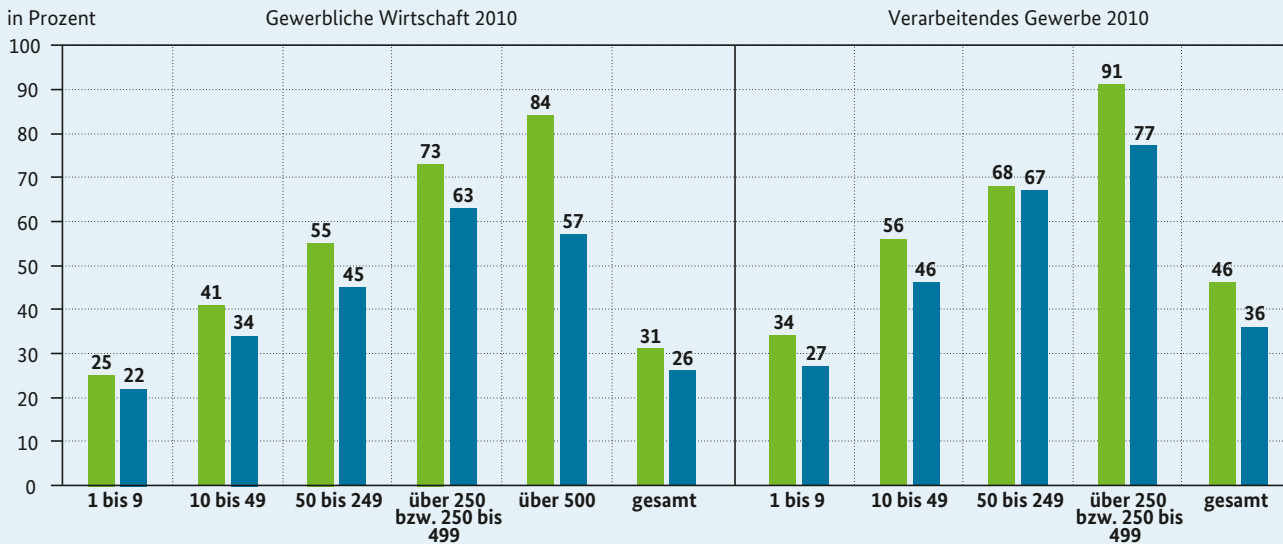
Die Verfügbarkeit von Fachkräften wird von den ost- und westdeutschen Unternehmen ungefähr gleich bewertet. Auch die Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Probleme bei der Besetzung von Fachkräftestellen sind ähnlich. Trotzdem könnte aufgrund der absehbar schlechteren demografischen Entwicklung in Ostdeutschland der Fachkräftemangel zukünftig ein Wachstumshemmnis darstellen, das den weiteren Aufholprozess erschweren würde. Um im zunehmenden Wettbewerb um Fachkräfte bestehen zu können, könnten bspw. betriebliche Anpassungsprozesse oder höhere Löhne notwendig sein.

Keine oder kaum eine Rolle für den stockenden Aufholprozess spielen die klassischen Standortfaktoren wie Lohn- und Mietpreisniveau, Infrastruktur, Bürokratie, Gewerbeflächenangebot etc. (vgl. Abbildung 2). Abgesehen vom

Thema Energie und Wasser schätzen die ostdeutschen Betriebe ihre Standortbedingungen im Durchschnitt sogar leicht günstiger ein.

Forschung und Entwicklung, Innovationstätigkeit und Produktivität

In der Innovationsleistung der ostdeutschen Unternehmen ist trotz der als zielführend und notwendig erachteten Förderprogramme ein erhebliches Defizit feststellbar (vgl. Abbildung 3, S. 18). Ostdeutsche Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft betreiben seltener Forschung und Entwicklung (FuE), bringen seltener Innovationen hervor und sind durchschnittlich weniger produktiv als westdeutsche Unternehmen. Im Verarbeitenden Gewerbe ist der Abstand zur FuE-Tätigkeit westdeutscher Unternehmen etwas geringer. Da die unterdurchschnittliche Innovationstätigkeit über alle Größenklassen beobachtet werden kann, scheint die geringere Innovationskraft nicht primär eine Folge der kleinteiligen ostdeutschen Wirtschaftsstruktur zu sein. Bei größeren Unternehmen kann eine Ursache darin liegen, dass Forschung und Entwicklung in erster Linie am Hauptsitz eines Unternehmens angesiedelt sind. Da auch die größeren ostdeutschen Unternehmen häufig Produktionsstätten in einem Konzernverbund mit Hauptsitz außerhalb Ostdeutschlands sind, ist das FuE-Niveau niedriger. Eine weitere mögliche Erklärung für die geringeren Innovati-

Abbildung 3: Produktverbesserungen

Quelle: DIW Econ. Berechnungen auf Basis des IAB-Betriebspanels. Die gewerbliche Wirtschaft umfasst die Wirtschaftszweige der Abschnitte B bis J und L bis N (WZ 2008). Das Verarbeitende Gewerbe umfasst die Wirtschaftszweige des Abschnitts C (WZ 2008). Frage: „Hat Ihr Betrieb im letzten Geschäftsjahr 2010 eine vorher bereits von Ihnen angebotene Leistung oder ein Produkt verbessert oder weiterentwickelt?“ Lesebeispiel: Etwa 57 % der Betriebe der Größenklasse mit über 500 Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands geben an, Produktverbesserungen durchgeführt zu haben.

onsaktivitäten der ostdeutschen Unternehmen ist, dass sie – insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe – tendenziell einfachere und günstige Vor- und Zwischenprodukte liefern. Die Wertschöpfungstiefe und der innovative Anteil sind geringer.

Die geringe FuE- und Innovationstätigkeit dürfte auch eine zentrale Ursache dafür sein, dass sich der Abstand bei der Produktivität, dem zentralen Parameter der Wettbewerbsfähigkeit, zwischen den ost- und westdeutschen Unternehmen in den letzten Jahren nicht verändert. Ansätze zur Steigerung der Produktivität liegen in der Einführung und Vermarktung neuer Produkte, auch vermehrt auf internationalen Märkten. Die sich daraus ergebende erhöhte Wettbewerbsfähigkeit könnte wesentlich zum Unternehmenswachstum beitragen.

Exportorientierung

Ostdeutsche Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft exportieren über alle Größenklassen hinweg sowohl seltener als auch in geringerem Umfang. Im Verarbeitenden Gewerbe ist diese Lücke etwas kleiner als in der gesamten Wirtschaft. Dadurch entgehen ostdeutschen Unternehmen Wachstumschancen in Bezug auf weitere Absatzmärkte, mögliche Skaleneffekte, Lerneffekte und Kooperationspartner.

Unternehmerpersönlichkeit und Unternehmensziele

Unternehmensstrategie, Wachstumsorientierung und Wachstumsmöglichkeiten sind ganz wesentlich von der Persönlichkeit der Unternehmensleitung abhängig. Im Rahmen einer repräsentativen Unternehmensbefragung im Verarbeitenden Gewerbe wurde ermittelt, dass Kapazitätsausweitungen für etwa ein Drittel der ostdeutschen Geschäftsführer nicht Teil des Geschäftsmodells sind. Ein Vergleich mit Westdeutschland ist nicht möglich, da die Befragung nur in Ostdeutschland stattfand. Allgemein wachsenden Unternehmen ohne Wachstumsziel jedoch deutlich seltener als solche mit einer klaren Wachstumsorientierung. Die Befragung ergab zudem, dass bei den wachsenden Unternehmen der Anteil der jüngeren Geschäftsführer und derjenigen mit Hochschulabschluss höher war. Auch waren in den wachsenden Unternehmen Geschäftsführer mit kaufmännischer Ausbildung häufiger vertreten.

Vorgeschlagene Aktionsfelder und Folgemaßnahmen

Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass keine grundlegende Änderung der Förderpolitik in Ostdeutschland erforderlich ist. Die Förderpolitik wird vielmehr als notwendig und insgesamt auch als zielführend erachtet. Dies trifft insbesondere auf die Investitions- und Innovations-

förderprogramme zu. Auf Grundlage der identifizierten Wachstumshemmnisse für ostdeutsche Unternehmen identifizieren die DIW-Forscher weitere Handlungsmöglichkeiten zur Überwindung der Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft. Zusammen mit weiteren Überlegungen kann der Wachstums- und Konvergenzprozess mit folgenden praxisnahen und unternehmensbezogenen Maßnahmen verstärkt werden:

Gründungs- und Wachstumsförderung innovativer KMU

Quantität und Qualität von Unternehmensgründungen in den neuen Bundesländern sollen steigen. Dabei soll ein Fokus auf insbesondere innovativen und potenziell wachsenden Unternehmen liegen. Eine besondere Herausforderung stellt der Generationenwechsel in den eigentümergeprägten Unternehmen (Unternehmensnachfolge) dar. Dieser kann auch durch Unternehmenszusammenschlüsse bewältigt werden, wodurch zugleich größere Unternehmenseinheiten entstehen könnten.

Stärkung von innovativen Netzwerken und Clustern

Zur Überwindung der mit der Kleinteiligkeit verbundenen Nachteile wurden bereits frühzeitig Netzwerke und Clusterbildung in den neuen Ländern unterstützt und bis heute im Rahmen der Investitionsförderung, vor allem aber im Rahmen der Innovationsförderung schrittweise weiter ausgebaut. In Zukunft sollte die Zusammenarbeit der Unternehmen untereinander, aber insbesondere auch mit wissenschaftlichen Einrichtungen verbessert werden. Eine engere Zusammenarbeit von Industrienetzwerken könnte ein Ansatzpunkt in diesem Bereich sein.

Internationalisierung

In der Erschließung von Auslandsmärkten liegt eine Wachstumschance für ostdeutsche Unternehmen. Anknüpfend an die Stärkung der Zusammenarbeit der Industrienetzwerke und -parks soll auch ihre Internationalisierung verstärkt werden. Dies soll vor allem durch Zusammenarbeit und Austausch mit Netzwerken auf internationaler Ebene erzielt werden. Eine besondere Rolle könnte hierbei die internationale Vermarktung der ostdeutschen „Industriepark-Modelle“ für die Investorenwerbung aus dem Ausland spielen.



Managementfortbildung

Die Anforderungen des Wettbewerbs, des technischen Fortschritts und neuerdings auch der demografischen Veränderungen auf den Arbeitsmärkten erfordern hohe fachliche und soziale Führungskompetenzen der Unternehmensleitungen. Neben den verschiedenen Weiterbildungsangeboten und Führungskräfteprogrammen wird häufig nach einem persönlichen Erfahrungsaustausch mit erfolgreichen und etablierten Unternehmerpersönlichkeiten gesucht. Ansatzpunkt wäre hier die Prüfung eines „Expertservice“ für junge Unternehmerinnen/Unternehmer.

Nächste Schritte

In nächster Zeit sollen die beschriebenen und gegebenenfalls weitere Maßnahmen mit Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik diskutiert und weiter konkretisiert werden. Zur Durchführung dieser Aufgabe wurde vor Kurzem die VDI Technologiezentrum GmbH damit beauftragt, das BMWi im Rahmen eines ausgeschriebenen Projekts von Mitte 2015 bis Ende 2017 zu unterstützen. Die Aufgabe besteht darin, unternehmensnahe Hilfestellungen, die die Wirkung des Förderinstrumentariums für die neuen Bundesländer verstärken, gemeinsam mit den genannten Akteuren zu identifizieren und in konkrete Projekte und Maßnahmen umzusetzen.

Kontakt: Tobias Zuchtriegel, Arbeitsstab Neue Bundesländer, Referat Wirtschafts- und Finanzpolitik

Stärkung der Berufsaufsicht über die Wirtschaftsprüfer

Bundestag berät über Abschlussprüferaufsichtsreformgesetz (APAREG)

Infolge der EU-Abschlussprüferreform 2014 muss bis Juni 2016 die geänderte Abschlussprüferrichtlinie ins deutsche Recht umgesetzt werden. Am 1. Juli 2015 hat die Bundesregierung den Entwurf eines Abschlussprüferaufsichtsreformgesetzes (APAREG) beschlossen, das nun im Bundestag und im Bundesrat debattiert wird. Der Entwurf sieht im Grundsatz die „Eins zu eins“-Umsetzung der europäischen Vorgaben vor und zielt darauf ab, die Selbstverwaltung der Wirtschaftsprüfer weitestgehend zu erhalten. Dennoch stehen erhebliche Umstrukturierungen bevor. Kernelement der Reform ist die Übertragung von Aufgaben der Abschlussprüferaufsichtskommission und der Wirtschaftsprüferkammer auf eine neue Abschlussprüferaufsichtsstelle beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle.



Das Recht der Abschlussprüfung (siehe Kasten) befindet sich im Umbruch. Am 16. Juni 2014 sind die überarbeitete EU-Abschlussprüferrichtlinie sowie die EU-Verordnung zur Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse (sog. Public Interest Entities, kurz PIE) in Kraft getreten (vgl. Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Ausgabe Juni 2014). Mit den europäischen Vorgaben soll die Qualität der Abschlussprüfungen verbessert sowie die Aussagekraft der Prüfungsergebnisse erhöht werden. Die EU-Kommission hatte die Reform 2010 unter dem Eindruck der Finanzkrise und im allgemeinen Zusammenhang mit der Finanzmarktregulierungsreform angestoßen. Eine solide Abschlussprüfung sei wesentliche Voraussetzung dafür, Zuversicht und Marktvertrauen wiederherzustellen, und trage so zu erhöhter Finanzstabilität bei.

Abschlussprüfung

Die **Abschlussprüfung** ist die gesetzlich vorgeschriebene Prüfung des Jahresabschlusses von Unternehmen. Sie ist im Wesentlichen im Handelsgesetzbuch (HGB) geregelt. Die Prüfung darf nur von Wirtschaftsprüfern und – eingeschränkt – vereidigten Buchprüfern sowie den jeweiligen Berufsgesellschaften durchgeführt werden, deren Berufsrecht in der Wirtschaftsprüferordnung (WPO) geregelt ist.

Für die Abschlussprüfung von Unternehmen von öffentlichem Interesse (englisch: public interest entities – **PIE**), z. B. Banken, Versicherungen und börsennotierte Unternehmen, bestehen strengere Anforderungen auch aufgrund der unmittelbar anwendbaren Verordnung (EU) Nr. 537/2014. So müssen die Prüfer dieser Unternehmen umfangreichere Pflichten erfüllen und sich Inspektionen unterziehen. Für die Abschlussprüfung und -prüfer sonstiger Unternehmen (**non-PIE**) gelten die allgemeinen Regelungen der Abschlussprüferrichtlinie und deren Umsetzung u. a. im HGB und in der WPO.

Tabelle 1: Wesentliche Themen der Richtlinienumsetzung

Abschlussprüferaufsichtsreformgesetz APAReG (BMWi)	Abschlussprüfungsreformgesetz AReG (BMJV)
<ul style="list-style-type: none"> • Umstrukturierung der Aufsicht: Abschlussprüferaufsichtsstelle beim BAFA • Neuordnung des berufsaufsichtlichen und des berufsgerichtlichen Verfahrens • System der Qualitätskontrolle • Ahndung von Berufspflichtverstößen und Veröffentlichung von Sanktionen • Änderungen des Berufsrechts 	<ul style="list-style-type: none"> • Externe Rotation • Begrenzung der Nichtprüfungsleistungen • Bestätigungsvermerk • Prüfungsbericht • Prüfungsausschüsse

Quelle: Eigene Darstellung

Bis zum 17. Juni 2016 sind die Vorgaben der Richtlinie in nationales Recht umzusetzen sowie die notwendigen Durchführungsvorschriften und Anpassungen an die Verordnung vorzunehmen.

Innerhalb der Bundesregierung sind die Zuständigkeiten für die Reform geteilt: Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) verantwortet die Anpassungen in den Bereichen Berufsrecht und Berufsaufsicht. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) ist zuständig für die inhaltliche Ausgestaltung der Abschlussprüfung im Handelsgesetzbuch und im Gesellschaftsrecht. Dazu gehören auch die Themen externe Rotation, Beschränkung von Beratungsleistungen, Bestätigungsvermerk und Prüfungsausschüsse. Hierzu hat das BMJV im März einen Referentenentwurf für ein „Abschlussprüfungsreformgesetz (AReG)“ vorgelegt, der derzeit überarbeitet wird.

Zu den vom BMWi verantworteten Anpassungen des Berufsrechts und der Berufsaufsicht (Wirtschaftsprüferordnung – WPO) hat die Bundesregierung am 1. Juli 2015 den Entwurf eines Abschlussprüferaufsichtsreformgesetzes (APAReG) beschlossen. Das Gesetzgebungsvorhaben befindet sich damit bereits im parlamentarischen Verfahren. Inhalt ist im Wesentlichen eine „Eins zu eins“-Umsetzung der europäischen Vorgaben unter weitestmöglicher Entlastung von kleinen und mittleren Prüfungsgesellschaften sowie die Umsetzung von bereits längerfristig bestehendem Änderungsbedarf.

Einige wesentliche Inhalte des APAReG werden im Folgenden detaillierter dargestellt:

1. Abschlussprüferaufsichtsstelle

Die national und international hoch anerkannte Aufsichtstätigkeit der derzeitigen Abschlussprüferaufsichtskommission (APAK) wird in eine berufsstandsunabhängige Abschlussprüferaufsichtsstelle (APAS) beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) überführt und zugleich gestärkt.

Die bestehende APAK erfüllt bereits die EU-Anforderungen an Qualifikation und Unabhängigkeit der Aufsicht. Ihre Rechtsform und Struktur als ehrenamtliche, nicht rechtsfähige Personengemeinschaft entspricht aber nicht mehr den EU-Vorgaben. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient sie sich derzeit nämlich der Mitarbeiter der Wirtschaftsprüferkammer (WPK), die auch die Verwaltungsakte im Rahmen der Berufsaufsicht erlässt. Die zukünftige Aufsichtsbehörde muss gemäß den EU-Vorgaben aber über eigene Mitarbeiter (insbesondere Inspektoren) verfügen und im Rahmen der Berufsaufsicht eigenständig Verwaltungsakte und Maßnahmen erlassen können.

Die neu errichtete APAS wird organisatorisch, personalrechtlich und haushalterisch in das BAFA eingebunden. Gemäß den EU-Anforderungen an die Qualifikation der Leitung und an die Letztverantwortung ist sie fachlich unabhängig, unterliegt aber der Rechtsaufsicht des BMWi. Die Kontinuität und Qualität der bisherigen berufsstandsunabhängigen Aufsicht wird insbesondere durch eine weitestmögliche Übernahme des vorhandenen qualifizierten Personals gesichert. Die nationale und internationale Anerkennung für die Aufsicht wird daher bei der Eingliederung in das BAFA erhalten bleiben.



2. Erhalt der Selbstverwaltung und Neuordnung des berufsaufsichtlichen Verfahrens

Die berufliche Selbstverwaltung wird weitestmöglich erhalten. Sie hat sich bei den Wirtschaftsprüfern – wie auch bei anderen Freien Berufen – als effektiv und bürokratiearm bewährt. Soweit es europarechtlich zulässig ist (insbesondere im Bereich der non-PIE-Abschlussprüfung), werden Aufgaben gesetzlich auf die bestehende Selbstverwaltung der Wirtschaftsprüfer in der WPK unter der Letztverantwortung der APAS übertragen.

Die Ahndung von schweren Berufspflichtverletzungen, die zuvor nur durch die Berufsgerichte sanktioniert werden konnten, erfolgt künftig durch die WPK und die APAS. Zugleich werden die Rechtsschutzmöglichkeiten gegen die durch WPK und APAS erteilten Sanktionen deutlich ausgeweitet (Ausweitung des Instanzenzugs über das Oberlandesgericht bis hin zum Bundesgerichtshof). Dadurch wird die gerichtliche Überprüfbarkeit berufsaufsichtlicher Maßnahmen deutlich verbessert. Dies ermöglicht eine einheitliche, konsistente und zügige Berufsaufsicht, stärkt die berufliche Selbstverwaltung und gewährleistet einen besseren Rechtsschutz der Betroffenen.

Für Verwaltungsentscheidungen, etwa in den Bereichen Zulassung und präventive Berufsaufsicht, bleibt es beim

bewährten Verwaltungsrechtsweg. Auch die Sparkassenaufsicht und die Länderzuständigkeit bei der Aufsicht über die genossenschaftlichen Prüfungsverbände bleiben erhalten.

3. System der Qualitätskontrolle

Das System der Qualitätskontrolle, d. h. die Kontrolle der praxisinternen Qualitätssicherung durch ausgewählte, praxisfremde Berufsangehörige, die sogenannten Prüfer für Qualitätskontrolle, bleibt im Bereich der non-PIE-Prüfungen erhalten. Zur Vermeidung übermäßiger bürokratischer Belastungen werden insbesondere für kleinere und mittelgroße Prüfpraxen europarechtlich zulässige Erleichterungen umgesetzt und Doppelprüfungen vermieden.

Die Teilnahmebescheinigung, die seit Jahren von vielen Berufsangehörigen als bürokratische Belastung und Berufszulassungsschranke empfunden wurde, wird durch Anzeige und Eintragung im Berufsregister ersetzt. Eine Abschlussprüfung kann damit grundsätzlich bereits vor Durchführung der ersten Qualitätskontrolle durchgeführt werden. Die erste Qualitätskontrolle erfolgt aufgrund einer Risikoanalyse durch die WPK innerhalb der folgenden drei Jahre. Der Kontrollzyklus für Abschlussprüfer von kleinen und mittleren Unternehmen von öffentlichem Interesse wird von drei auf die für non-PIE-Prüfer geltenden sechs Jahre verlängert.

Die Qualitätskontrolle selbst wird verschlankt. Zum einen sind nur noch gesetzliche Abschlussprüfungen und von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Auftrag gegebene Prüfungen Gegenstand der Qualitätskontrolle. Zum anderen muss der Prüfer für Qualitätskontrolle kein Testat über die Gewährleistung der Einhaltung der Berufsausübungsregelungen abgeben. Er prüft „eins zu eins“ zu den Richtlinienvorgaben anhand der Prüfungsunterlagen einzelner Mandate die Angemessenheit und Wirksamkeit des internen Qualitätskontrollsystems. Die beiden „Qualitätssicherungsprüfungen“ Qualitätskontrolle und Inspektion (früher Sonderuntersuchung) nähern sich damit methodisch an. Hinsichtlich der Prüfungsintensität bleiben hingegen Unterschiede bestehen. Aufgrund des nunmehr ausdrücklich kodifizierten Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes ist eine dem Einzelfall angepasste Prüfungstiefe zu wählen, die sich an Risikogesichtspunkten der von der Praxis geprüften Abschlussprüfungsmandate orientiert.

Die Prüfer für Qualitätskontrolle werden zukünftig von der APAS beaufsichtigt. Dadurch soll die öffentliche Wahrnehmung und Glaubwürdigkeit des Qualitätskontrollverfahrens und damit das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Berufsstand verbessert werden.

4. Ahndung von Berufspflichtverstößen und Veröffentlichung von Sanktionen

Die neuen detaillierten Richtlinienvorgaben zur Sanktionierung von Berufspflichtverletzungen erfordern Änderungen und Ergänzungen in der WPO. Konnten Sanktionen bisher nur gegen einzelne Berufsangehörige ausgesprochen werden, soll dies künftig auch gegen deren Prüfgesellschaften möglich sein. Berufspflichtverstöße, die bei einer Qualitätskontrolle festgestellt werden, können zukünftig zu berufsaufsichtlichen Verfahren und Sanktionen führen. Die bisherige sogenannte „Firewall“ (Verbot, Feststellungen aus der präventiven Berufsaufsicht bei der Verhängung von berufsaufsichtlichen Maßnahmen wie Rüge und Geldbuße zu verwerten) wird aufgehoben. Die geänderte Regelung achtet dabei weiterhin den verfassungsrechtlich verankerten Grundsatz, dass sich niemand selbst belasten muss. Zudem sollen berufsaufsichtliche Maßnahmen zukünftig von WPK bzw. APAS veröffentlicht werden.



5. Änderungen des Berufsrechts

In Umsetzung der verschärften europäischen Vorgaben sieht der Gesetzesentwurf neue oder strengere berufsrechtliche Regelungen etwa zum Qualitätssicherungssystem, zu den Unabhängigkeitsanforderungen und Dokumentationspflichten vor. Weitere Änderungen sind durch die Öffnung des Abschlussprüfungsmarkts für EU- und EWR-Abschlussprüfungsgesellschaften bedingt.

Darüber hinaus wird bereits längerfristig bestehender Änderungsbedarf umgesetzt. Beispielsweise wurden Regelungen zur Vereinbarkeit insbesondere von Angestellten-tätigkeiten mit dem Beruf des Wirtschaftsprüfers überarbeitet. Verwaltungsverfahren sollen durch erleichterte Formerfordernisse gemindert werden.

Für die vereidigten Buchprüfer wird die Möglichkeit einer verkürzten Prüfung zum Wirtschaftsprüfer wieder eingeführt.

Ausblick

Mit Kabinettsbeschluss vom 1. Juli 2015 befindet sich das APAREG nunmehr im parlamentarischen Verfahren. Die Umsetzungsfrist läuft am 17. Juni 2016 ab; dann finden auch die Vorgaben der Verordnung, insbesondere auch zu den Aufsichtsstrukturen, unmittelbar Anwendung.

Kontakt: Dr. Alexander Lücke, Angela Regina Stöbener, LL.M., Martina Giesler (Referat Freie Berufe Gewerberecht)

Ein Jahr Digitale Agenda 2014 – 2017

Vor rund einem Jahr hat die Bundesregierung mit der Digitalen Agenda 2014 – 2017 einen wichtigen Baustein für eine moderne Wirtschafts- und Digitalpolitik gesetzt und eine „digitale Offensive“ ausgerufen. Deutschland soll bei der Digitalisierung führendes Land in Europa werden.



INDUSTRIE 4.0

Die Digitalisierung verändert und prägt unseren Alltag, unser Wirtschaften und unser Arbeiten. Sie lässt kaum einen Bereich des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens unberührt. In ihrer Transformationswirkung wird sie zu Recht mit den Umwälzungen verglichen, die die Erfindung des Buchdrucks oder die erste industrielle Revolution ausgelöst haben. Sie birgt große volkswirtschaftliche Potenziale, die es zu erschließen gilt. Allein mit Blick auf die Digitalisierung und Vernetzung industrieller Produktionsprozesse, die sogenannte Industrie 4.0, wird aus volkswirtschaftlicher Sicht in Deutschland mittelfristig ein Mehrwert von mehr als 30 Mrd. Euro pro Jahr erwartet.



Um diese Potenziale zu nutzen und Deutschland fit für die digitale Zukunft zu machen, hat die Bundesregierung vor gut einem Jahr im August 2014 unter der gemeinsamen

Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi), des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) die Digitale Agenda 2014 – 2017 beschlossen.

Die Digitale Agenda setzt die politischen Ziele der Digitalpolitik der Bundesregierung und benennt die zentralen Vorhaben, die in den kommenden Jahren zur Fortführung des digitalen Wandels beitragen sollen.

Die Digitale Agenda hat drei Kernziele

1. Wachstum und Beschäftigung durch die stärkere Erschließung des Innovationspotenzials.
2. Zugang und Teilhabe durch den Aufbau flächendeckender Hochgeschwindigkeitsnetze und die Förderung digitaler Medienkompetenz für alle Generationen.
3. Vertrauen und Sicherheit im Netz für Gesellschaft und Wirtschaft durch die Verbesserung der Sicherheit und den Schutz der IT-Systeme und Dienste.

Die Kernziele werden in sieben Handlungsfeldern umgesetzt

1. Digitale Infrastrukturen
2. Digitale Wirtschaft und digitales Arbeiten
3. Innovativer Staat
4. Digitale Lebenswelten in der Gesellschaft
5. Forschung, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien
6. Sicherheit, Schutz und Vertrauen für Gesellschaft und Wirtschaft
7. Europäische und internationale Dimension der Digitalen Agenda

Das BMWi konzentriert sich aufgrund seiner Zuständigkeiten insbesondere auf die Umsetzung der Maßnahmen im Handlungsfeld 2 „Digitale Wirtschaft und digitales Arbeiten“ sowie im Handlungsfeld 7 „Europäische und internationale Dimension der Digitalen Agenda“.

Das erste Jahr der Umsetzung

Die Bundesregierung ist bei der Umsetzung der Digitalen Agenda ein gutes Stück vorangekommen. Entscheidende Schritte wurden unternommen und zentrale Vorhaben sichtbar vorangebracht, um die mit der Agenda gesetzten Ziele rasch zu erreichen. Die Gestaltung der optimalen Rahmenbedingungen für die Digitalisierung ist aber ein offener, kontinuierlicher Prozess, der fortwährender Anstrengungen bedarf. Das BMWi richtet seine Maßnahmen vor allem darauf aus, dass sich die Digitalisierung in neuen Marktchancen und Exportmöglichkeiten für unsere Wirtschaft auszahlt, dass sie für die Beschäftigten in Deutschland gute Arbeit schafft und für die Gesellschaft insgesamt neue Freiräume und Formen der sozialen Teilhabe ermöglicht. Die Maßnahmen werden in drei Kategorien zusammengefasst:



Digitale Transformation, digitale Innovation und digitale Souveränität

Erstens – Digitale Transformation. Das BMWi hat es sich zur Aufgabe gemacht, Wirtschaft und Gesellschaft für die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung zu sensibilisieren und die Unternehmen, insbesondere auch im Mittelstand, in der digitalen Transformation zu unterstützen und zu fördern.

Ein zentrales Instrument dazu ist der Nationale IT-Gipfel inklusive seines unterjährigen Prozesses, in dem sich Politik und Wirtschaft über zentrale Fragen der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) austauschen und Initiativen ergreifen (siehe Infobox S. 26). Unter Federführung des BMWi wurde dieser Prozess im letzten Jahr auf die Digitale Agenda neu ausgerichtet und verstärkt auch für Anwenderindustrien und gesellschaftliche Gruppen geöffnet, während er in der Vergangenheit im Wesentlichen auf die Anbieter von IT ausgerichtet war.



Nationaler IT Gipfel Berlin 2015

Der diesjährige IT-Gipfel wird am 18. und 19. November in Berlin stattfinden. Dabei werden die Themen

- ▶ Innovative Digitalisierung und Industrie 4.0
- ▶ Digitale Netze und Mobilität
- ▶ Innovativer Staat/Sicherheit, Schutz und Vertrauen
- ▶ Digitale Arbeitswelt sowie
- ▶ Digitaler Wandel und kreative Inhalte

im Fokus stehen.

Alle mit der neuen Gipfelstruktur geschaffenen Plattformen (siehe http://bit.ly/gipfel_plattformen für eine Übersicht) arbeiten seit April und bereiten Gipfel-Projekte vor.

Unter BMWi-Co-Federführung arbeiten

- ▶ die Plattform „Innovative Digitalisierung der Wirtschaft“
- ▶ die Plattform „Industrie 4.0“
- ▶ das Forum „Europäische und internationale Dimension der Digitalisierung“

Die Plattform „Innovative Digitalisierung der Wirtschaft“ identifiziert prioritäre Handlungsbedarfe im Bereich der digitalen Wirtschaft und beschleunigt Lösungen durch gemeinsame Aktionen.

In den vier Fokusgruppen der Plattform werden Projekte wie z. B. ein Positionspapier zu „Leitplanken für die digitale Souveränität“, Dialogveranstaltungen zum Nutzen der intelligenten Vernetzung, Sensibilisierungsveranstaltungen für den Mittelstand sowie Strategien und Rahmenbedingungen für die digitale Transformation der Dienstleistungsbranche entwickelt.

Die Plattform „Industrie 4.0“ wird rund 250 Anwendungsbeispiele präsentieren, die insbesondere dem Mittelstand und den Beschäftigten den Nutzen und Mehrwert der Vernetzung und Digitalisierung industrieller Produktions- und Wertschöpfungsprozesse plastisch verdeutlichen sollen.

Das Forum „Europäische und internationale Dimension der Digitalisierung“ fördert die politische Diskussion von Grundsatz- und Querschnittsthemen der Digitalen Agenda sowie aktueller Trends aus europäischer bzw. internationaler Perspektive. In einem Workshop werden z. B. Ziele und Elemente eines investitionsfreundlichen Ordnungsrahmens für die digitale Wirtschaft in Europa erarbeitet.

15 Monate nach Verabschiedung der Digitalen Agenda und der entsprechenden Neuausrichtung des Gipfelprozesses wird der IT-Gipfel Gelegenheit geben, erste Ergebnisse und Maßnahmen zu bilanzieren.

Die Digitalisierung betrifft in starkem Maß die Industrie, die für die deutsche Wirtschaft besonders große Bedeutung hat. Wertschöpfungsketten und die Beziehungen zwischen Herstellern und Kunden werden auf neue Grundlagen gestellt. Es gilt, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie in dieser digitalen Welt zu erhalten und auszubauen und so auch in Zukunft der weltweit führende Fabrikaurüster für die Industrie zu bleiben.

Mit der Einrichtung der Plattform Industrie 4.0 wurde im April 2015 ein zentrales Forum für alle relevanten Akteure aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft erfolgreich etabliert. In einem gemeinsamen Prozess wer-

den Antworten auf Fragen nach den geeigneten Rahmenbedingungen in den Bereichen Recht, Standardisierung und Sicherheit erarbeitet. Auch Fragen der Ausbildung und Qualifizierung sowie nach weiterem Forschungsbedarf werden adressiert.

Eine besondere Herausforderung stellt die Digitalisierung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) dar, die in der Regel nicht über eigene IT-Abteilungen verfügen und die Möglichkeiten und Risiken für ihr Geschäftsmodell schwer abschätzen können. Mit der Initiative „Mittelstand-Digital“ unterstützt das BMWi KMU bei der Beantwortung dieser Fragen mit nutzerorientierten Leitfäden, Praxisbeispielen



und Veranstaltungen. Eine besondere Rolle wird dabei den neu einzurichtenden Kompetenzzentren zukommen (siehe unten Abschnitt „Ausblick“).

Darüber hinaus gibt es zahlreiche branchenspezifische Maßnahmen, zum Beispiel für Dienstleistungsbereiche, den Handel und das Handwerk sowie die Kultur- und Kreativwirtschaft.

Zweitens – Digitale Innovation. Treiber des digitalen Wandels sind digitale Innovationen – oft entwickelt oder vorangetrieben von Start-ups und von Forschungseinrichtungen.

Deutschland hat hier gute Voraussetzungen. Allerdings fehlt es in Deutschland – gerade im internationalen Vergleich – noch an Wagniskapital. Die Bundesregierung sieht sich dem Ziel verpflichtet, Deutschland als Investitionsstandort für Wagniskapital international wettbewerbsfähig zu gestalten. Bisher wurde zur Unterstützung von Start-ups der INVEST-Zuschuss von der Einkommensteuer befreit, eine vorbörsliche Plattform „Deutsche Börse Venture Network“ eingerichtet und das technologie- und branchenoffene Programm German Accelerator (Standort New York) aufgebaut. Gemeinsam mit anderen Bundesministerien arbeitet das BMWi weiter an einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Wagniskapital.

Die Vernetzung von Start-ups wird durch Netzwerke für Gründerinnen, Plattformen mit der etablierten Industrie und Dienstleistern und durch Gründerwettbewerbe unterstützt. Auch die Initiativen und Empfehlungen des Beirats Junge Digitale Wirtschaft beim BMWi spielen hier eine wichtige Rolle.

Des Weiteren wurden zur Erschließung und Gestaltung des Innovationspotenzials der Digitalisierung zahlreiche Initiativen und Technologieprogramme insbesondere zu Industrie 4.0 und Smart Services sowie mit Blick auf mittelständische Unternehmen ergriffen.

Die nutzbringende Weiterverwendung von Datensätzen öffentlicher Stellen wird durch die Novelle des Informationsweiterverwendungsgesetzes (IWG) zur Umsetzung der entsprechenden europäischen Gesetzgebung (PSI-Richtlinie) befördert.

Mit der Strategie „Intelligente Vernetzung“ flankiert das BMWi nachfrageseitig den Ausbau der digitalen Infrastruktur, für den das BMVI federführend ist. Es geht dabei vor allem darum, vorhandene Infrastrukturen und Informationen intelligent zu nutzen und eine sektorübergreifende Vernetzung der Akteurinnen und Akteure mittels innovativer Technologien und Anwendungen zu fördern.



Mit dem Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Telemediengesetzes (TMG) will die Bundesregierung mehr öffentliche WLAN-Hotspots in deutschen Städten schaffen, indem die Rechtssicherheit für die Betreiber von WLAN-Netzen in Haftungsfragen verbessert wird. So können etwa Flughäfen, Cafés, Hotels oder Bürgerämter ihren Kunden und Gästen ihr WLAN anbieten bzw. Verbraucherinnen und Verbraucher möglichst überall mobil und unkompliziert das Internet nutzen.

Drittens – Digitale Souveränität. Wichtige Elemente digitaler Souveränität sind der Zugang zu vertrauenswürdiger IT für unsere Wirtschaft, für unsere öffentliche Verwaltung und für Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Beherrschung bestimmter digitaler Schlüsseltechnologien und -kompetenzen.

Zu digitaler Souveränität gehört auch ein innovationsfreundlicher Ordnungsrahmen für Deutschland und Europa. Dieser soll den Entwicklungen durch die Digitalisierung Rechnung tragen, Innovationen und neue Ideen befördern und gleichzeitig hohe Standards für gute Arbeit,

Datensouveränität und selbstbestimmtes Leben der Verbraucherinnen und Verbraucher bewahren. Hierzu hat das BMWi unter anderem einen Fachdialog angestoßen, der Input liefern soll für die anstehende nationale Diskussion und die europäische Debatte über den digitalen Binnenmarkt und die Überarbeitung des Rechtsrahmens im Bereich der elektronischen Kommunikation (sogenannter TK-Review).

Die Bundesregierung hat zudem den Entwurf eines Gesetzes zur freien Routerwahl beschlossen. Sie will damit dem Verbraucher die Möglichkeit geben, zwischen verschiedenen Routern für den Internetzugang frei wählen zu können und nicht mehr an den vom jeweiligen Netzbetreiber zur Verfügung gestellten Router gebunden zu sein.

Auf europäischer Ebene wurde eine politische Einigung im Rahmen der Digital-Single-Market-Verordnung zur Abschaffung ungerechtfertigter Roaming-Gebühren und zur Regelung der Netzneutralität auf europäischer Ebene zwischen Rat und Europäischem Parlament erzielt.

Ausblick

Angesichts der enormen Dynamik und des Tempos bei der Digitalisierung hat sich das BMWi auch für das zweite Jahr „Digitale Agenda“ viel vorgenommen:

Die Plattform „Industrie 4.0“ wird gemeinsam mit dem BMWi regionale Mittelstandstage durchführen, um den Mittelstand in der Fläche gezielt anzusprechen. In diesem Zusammenhang fördert das BMWi mit der Initiative Mittelstand-Digital bis zu fünf „Mittelstand 4.0 – Kompetenzzentren“ im gesamten Bundesgebiet, die mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe bei der Digitalisierung, Vernetzung und Anwendung von Industrie 4.0 unterstützen sollen. Die Aufgabe besteht darin, aktuelles praxisrelevantes Wissen zur Digitalisierung, Anwendung von Industrie 4.0 und Vernetzung betrieblicher Prozesse zusammenzuführen und in die „Sprache des Mittelstandes“ zu übersetzen.

Ergänzend dazu werden vier Mittelstand 4.0-Agenturen von Industrie 4.0 mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten ihre Arbeit aufnehmen. Als Experten werden diese Agenturen neue Erkenntnisse über Digitalisierung und Industrie 4.0 aufbereiten, weiterentwickeln und adressatengerecht übersetzen. Sie werden ihr fachspezifisches Know-how und ihre Expertise im Technologie-Transfer in die Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren einbringen und an weitere Multiplikatoren wie z. B. Verbände und Kammern vermitteln.

Die Plattform Industrie 4.0 wird Problemlösungsstrategien erarbeiten, auf deren Basis Unternehmen ihre zukünftigen Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle individuell entwickeln können. Die Plattform konzentriert sich zunächst auf die fünf Handlungsfelder (1) Referenzarchitektur und technische Standards, (2) die Analyse des Forschungs- und Innovationsbedarfs für Industrie 4.0 aus Sicht der Industrie, (3) Sicherheit vernetzter Systeme für den Standort Deutschland in einem europäischen und globalen Gesamtkontext, (4) Anpassung des rechtlichen Rahmens an die neuen technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten und (5) Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung für die Arbeit in der Industrie 4.0. Aus diesen fünf Handlungsfeldern entwickelt die Plattform Empfehlungen an die Politik zur Überführung des rechtlichen Rahmens aus der analogen in die digitale Welt, Empfehlungen für die Unternehmen und Empfehlungen für die Arbeitgeber und Beschäftigten; außerdem Konzepte für Arbeitsorganisation und Unternehmenskultur, die den technologischen Wandel und die veränderten Bedürfnisse von Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmern berücksichtigen. Im Rahmen der Vernetzung von Start-ups liegt ein Fokus auf dem Zusammenbringen mit der etablierten Industrie und der Dienstleistungswirtschaft.

Die IT-Gipfel-Plattform „Innovative Digitalisierung der Wirtschaft“ bereitet eine Matching-Veranstaltung vor, die Start-ups mit Mittelständlern zusammenbringen und Kooperationen fördern soll. Die Veranstaltung soll Pilotprojekt sein, dem im nächsten Jahr weitere Veranstaltungen gleicher Art folgen sollen. Bis 2017 will das BMWi die Rahmenbedingungen für unsere digitale Wirtschaft und das deutsche Start-up-Ökosystem weiter so verbessern, dass junge, innovative Firmen aus Deutschland herauswachsen und Weltmarktführer werden können.

Zur Sensibilisierung des Nicht-IT-Mittelstands für die Digitalisierung entwickelt die Plattform ein modulares Veranstaltungskonzept als „Schablone“ für regional selbständig durchzuführende Sensibilisierungsveranstaltungen zu branchenübergreifenden Themen.

Für den Bereich der Dienstleistungen wird die Plattform auf Basis von Expertenhearings in verschiedenen Branchen Eckpunkte für eine erfolgreiche Gestaltung der Digitalisierung in der Dienstleistungsbranche erarbeiten und mit Empfehlungen an Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in einem Thesenpapier zusammenfassen.

Mit dem Entwurf zum Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende will das BMWi die Vorgaben des Koalitionsvertrages, „Rahmenbedingungen für intelligente Netze zu schaffen“, umsetzen. Das Gesetz soll schnellstmöglich in Kraft treten.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung den Dialog auf europäischer Ebene intensivieren, der in vielen Bereichen wie dem Internethandel, Datenschutz und Urheberrecht von besonderer Bedeutung ist. Durch Maßnahmen für einen digitalen Binnenmarkt können grundlegende Weichen gestellt werden. Deutschland wird sich weiterhin aktiv und konstruktiv daran beteiligen.

Kontakt: Dr. Ulrike Engels und
Dr. Christina Schmidt-Holtmann
Referat: Digitale Agenda, Digitale Wirtschaft,
Nationaler IT-Gipfel

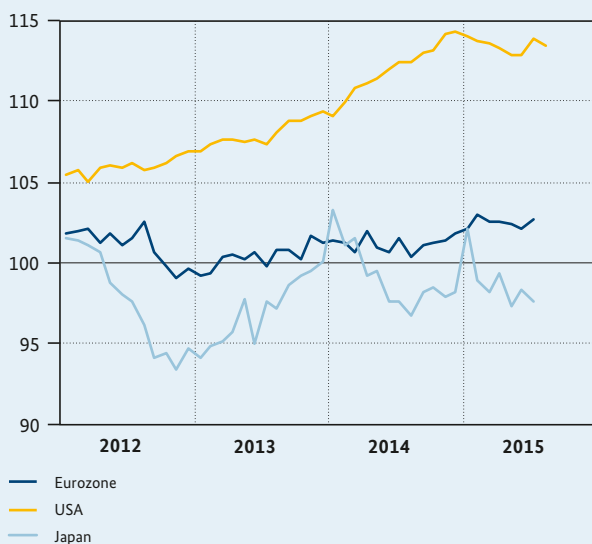
II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Fragile Schwellenländer.

Die Weltwirtschaft entwickelte sich im ersten Halbjahr relativ schwach. Hierauf hat zuletzt auch der Internationale Währungsfonds (IWF) hingewiesen. Im Juni hat die weltweite Industrieproduktion jedoch etwas an Schwung gewonnen.¹ Diese Dynamik kam aus den Schwellenländern. Allerdings signalisieren Indikatoren wie das ifo Weltwirtschaftsklima oder der Markit Composite PMI keine durchgreifende Verbesserung. Die jüngsten Turbulenzen an den Finanzmärkten legen nahe, dass sich die Risiken insbesondere in den Schwellenländern erhöht haben. In Bezug auf China hat die Unsicherheit über den Zustand der Wirtschaft deutlich zugenommen. Die niedrigen Ölpreise dämpfen nach wie vor die Wachstumsaussichten der rohstoffexportierenden Schwellenländer wie Russland oder Brasilien. In den Industrieländern zeigte sich dagegen das Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr relativ robust. Insbesondere in den Vereinigten Staaten ist das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2015 kräftig gestiegen. Aber auch im Eurogebiet setzte sich die gemäßigte konjunkturelle Erholung fort.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

Die niedrigen Ölpreise und die weiterhin eher expansiv ausgerichtete Geldpolitik sollten in der Weltwirtschaft insgesamt weiter für positive Impulse sorgen. Dagegen könnten sich die jüngsten Turbulenzen an den Devisen-, Rohstoff- und Finanzmärkten dämpfend auf die Realwirtschaft auswirken. Ein Warnsignal bleibt der deutliche Rückgang des Welthandelsvolumens im Verlauf des ersten Halbjahres. Insgesamt dürfte sich das globale Wirtschaftswachstum im weiteren Jahresverlauf kaum beschleunigen. Das globale Wachstum wird daher im Gesamtjahr 2015 etwas schwächer ausfallen als bisher z. B. vom IWF erwartet. Insbesondere die Entwicklungen in einigen Schwellenländern belasten den Ausblick. Für das Jahr 2016 wird dann eine leichte Belebung erwartet.

USA: Bleiben Wachstumsmotor.

Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung in den Vereinigten Staaten ist nach dem schwachen ersten Quartal im zweiten Quartal 2015 kräftig um annualisiert 3,7% angestiegen. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte haben beschleunigt zugenommen. Demgegenüber verlangsamte sich die Ausweitung der Anlageinvestitionen in allen Bereichen (Ausrüstungen, Gewerbe- und Wohnungsbauinvestitionen). Die Exporte beschleunigten sich im zweiten Quartal kräftig. Insgesamt kam vom Außenhandel ein leicht positiver Wachstumsbeitrag.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2014 Q2	2014 Q3	2014 Q4	2015 Q1	2015 Q2
Euroraum	0,1	0,3	0,4	0,5	0,4
USA	1,1	1,1	0,5	0,2	0,9
Japan	-2,0	-0,3	0,3	1,1	-0,3

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Euroraum	11,1	11,1	11,1	10,9	-
USA	5,4	5,5	5,3	5,3	5,1
Japan	3,3	3,3	3,4	3,3	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Euroraum	0,0	0,3	0,2	0,2	0,1
USA	-0,2	0,0	0,1	0,2	0,2
Japan	0,6	0,5	0,4	0,3	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. September 2015 vorlagen.

Zu Beginn des zweiten Halbjahres verlief die wirtschaftliche Entwicklung noch verhalten. Zwar hat sich die Industrieproduktion zuletzt etwas erhöht. Der nationale Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe ist im August aber zum zweiten Mal in Folge zurückgegangen. Der konsolidierte Markt Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen stagnierte zuletzt, zeigt aber weiterhin eine Expansion an. Der Arbeitsmarkt setzt seine positive Entwicklung fort. Die Arbeitslosenquote ist im August auf 5,1% gefallen. Alles in allem erscheint der Aufschwung in den USA sehr stabil. Gestützt auf den starken Arbeitsmarkt und günstiges Rohöl kann die US-Wirtschaft eine Zinswende verkraften und ein Wachstumsmotor in der Weltwirtschaft bleiben. Der starke Dollar dürfte allerdings die Exportwirtschaft belasten. Der IWF erwartet für das Jahr 2015 ein Wirtschaftswachstum von 2,5%. Für das Jahr 2016 geht der IWF von einer Beschleunigung auf 3,0% aus.

Japan: Zurückhaltende Expansion.

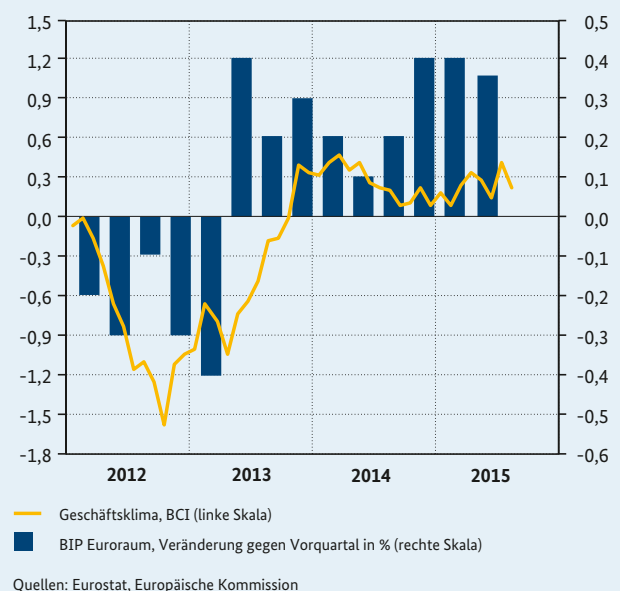
Nach einer Schwächephase im Sommerhalbjahr 2014 ist die japanische Wirtschaft im Winterhalbjahr und insbesondere im ersten Quartal 2015 kräftig expandiert. Im zweiten Quartal gab es allerdings einen Dämpfer. Das Bruttoinlandsprodukt ging um 0,3% zurück. Hierzu trug die schwache Exportentwicklung bei. Zu Beginn des zweiten Halbjahres sank die Industrieproduktion im Juli saisonbereinigt um 0,8%. Sie bewegt sich seit einigen Monaten sehr volatil seitwärts. Ihre Auftragseingänge haben sich im Juni und Juli von ihrem vorherigen Rückgang erholt. Der Markt-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe stieg im August leicht an und befindet sich seit Mai durchgehend oberhalb der Expansionsschwelle. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich im Juli gemessen an den Vorjahresabständen weiter fort und die Arbeitslosenquote nahm leicht ab. Insgesamt dürfte die japanische Wirtschaft trotz der Belastung durch die schwache chinesische Wirtschaft im zweiten Halbjahr weiter moderat expandieren. In seinem Update zum World Economic Outlook vom Juli erwartet der IWF für 2015 ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 0,8% und für das Jahr 2016 von 1,2%.

Euroraum: Gefestigte Konjunktur.

Im Euroraum setzt sich die moderate Erholung fort. Die wirtschaftliche Aktivität ist im zweiten Quartal um 0,4%

gestiegen, nach einem Anstieg um 0,5% im ersten Quartal. Von den großen Mitgliedstaaten wächst vor allem die spanische Wirtschaft mit +0,9% im ersten und nochmals +1,0% im zweiten Quartal dynamisch. Frankreich stagnierte dagegen im zweiten Quartal nach einem allerdings sehr guten Jahresstart. In Italien war das Wirtschaftswachstum nach der Rezession mit +0,3% das zweite Quartal in Folge positiv. Auch andere südeuropäische Mitgliedstaaten wie Portugal und Zypern konnten solide Zuwächse verzeichnen. Die griechische Wirtschaft überraschte im zweiten Quartal mit einem Zuwachs um 0,9%.

Euroraum: BIP und Geschäftsklima
(saisonbereinigt)



Zu Beginn des zweiten Halbjahres hat sich die Industrieproduktion im Eurogebiet nach zwei Rückgängen in Folge im Juli etwas erholt. Der Economic Business Climate Indicator verschlechterte sich im August, liegt aber weiter über seinem Niveau zu Jahresbeginn. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ging im Juli weiter um 0,2 Prozentpunkte auf 10,9% zurück. Die Konjunktur im Euroraum dürfte sich im Verlauf des Jahres – angeregt von dem niedrigen Ölpreis und einem schwachen Wechselkurs – weiter festigen. Die Entwicklungen in und um Griechenland bleiben jedoch eine Unsicherheitsquelle, auch wenn sich die Konjunktur im Eurogebiet bisher davon wenig beeindruckt ließ. Der IWF hat für das Jahr 2015 zuletzt ein Wachstum im Euroraum in Höhe von 1,5% erwartet. Für das Jahr 2016 geht der IWF von einer leichten Beschleunigung auf 1,7% aus.

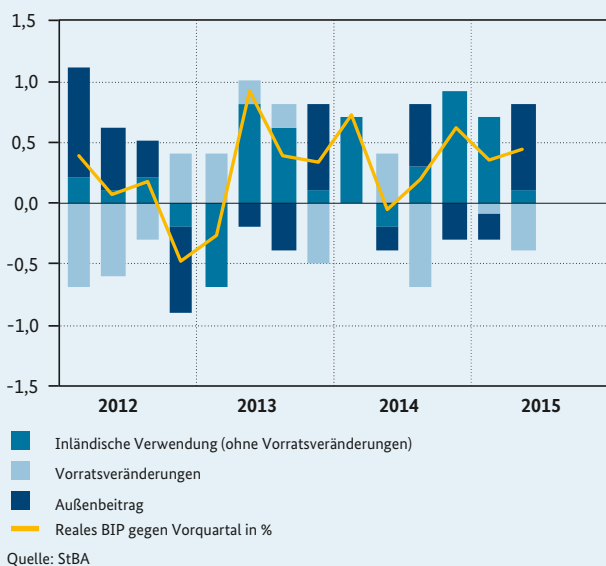
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die Konjunktur bleibt aufwärtsgerichtet.

Im Spätsommer ist die Konjunktur in Deutschland intakt. Trotz außenwirtschaftlicher Verunsicherung im Zusammenhang mit den Finanzmarkturbulenzen in einigen Schwellenländern und einem lediglich moderaten weltwirtschaftlichen Tempo ist die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland aufwärtsgerichtet.² Die industrielle Produktion entwickelte sich nach einem rückläufigen Sommermonat wieder positiv. Die Bauwirtschaft hat nach den jüngst vorliegenden Indikatoren zum Wachstumspfad zurückgefunden. Obgleich das Welthandelsvolumen im ersten Halbjahr zurückging, war im Außenhandel zuletzt eine positive Entwicklung zu beobachten. Die nach wie vor günstige Situation am Arbeitsmarkt, eine auch infolge des Preisniveaurückgangs auf den Rohstoffmärkten niedrige Teuerungsrate und positive Einkommensaussichten stützen den Konsum der privaten Haushalte in Deutschland. Jüngst veröffentlichte Stimmungsindikatoren waren gemischt und sprechen trotz der Verunsicherung über die weitere Entwicklung in China für eine günstige konjunkturelle Entwicklung. Auch die vorliegenden harten Indikatoren signalisieren, dass die deutsche Wirtschaft gut in das dritte Vierteljahr gestartet ist.

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts
(Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten, preis-, kalender- und saisonbereinigt)



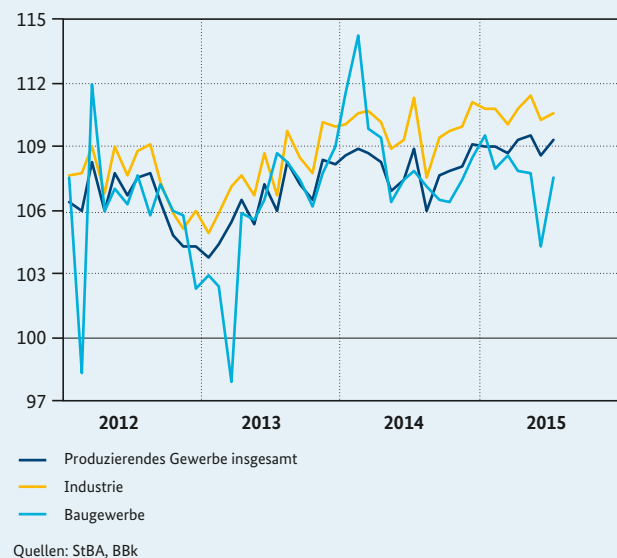
2. Produzierendes Gewerbe

Die positive Industriekonjunktur setzt sich in moderatem Tempo fort.

Die Produktion im Baugewerbe legt nach schwachem Frühjahr wieder zu.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist weiterhin aufwärtsgerichtet. Im Juli nahmen sowohl die Industrieproduktion als auch die Erzeugung im Baugewerbe zu.

Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Mit dem leichten Anstieg der Industrieproduktion im Juli setzt sich die moderate Wachstumsdynamik der letzten beiden Quartale fort. Dabei dürfte die diesjährige Konstellation der Ferientage positiv zum Juliergebnis beigetragen haben. Während die Herstellung von Vorleistungsgütern seit Jahresbeginn rückläufig war, konnte die Produktion im Bereich der Investitionsgüter deutlich ausgeweitet werden.

Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

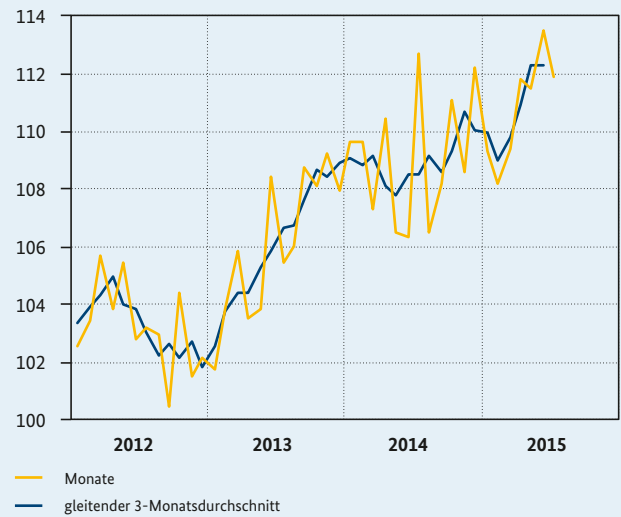
	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
Produktion					
Insgesamt	0,3	0,3	0,5	-1,1	0,3
Vorleistungsgüter	0,3	-0,4	-0,2	-0,3	-0,8
Investitionsgüter	0,3	0,6	0,7	-2,3	2,8
Konsumgüter	-0,2	1,2	2,2	0,3	-3,7
Umsätze					
Insgesamt	0,6	0,8	0,8	-2,0	2,0
Inland	0,8	0,1	1,0	-0,7	0,3
Ausland	0,4	1,5	0,6	-3,2	3,7
Auftragseingänge					
Insgesamt	-1,4	3,0	-0,3	1,8	-1,4
Inland	1,0	-0,7	-0,9	-1,9	4,1
Ausland	-3,3	5,8	0,3	4,4	-5,2
Vorleistungsgüter	-1,7	0,9	1,2	-0,4	-0,2
Investitionsgüter	-1,6	4,4	-1,2	3,6	-1,6
Konsumgüter	0,7	3,2	0,2	-1,0	-6,3

Quellen: StBA, BBk

Die Umsätze legten im Juli ebenfalls zu und entwickeln sich insgesamt sehr dynamisch. Zwar stagnierte das Inlandsgeschäft im zweiten Quartal, jedoch konnte das Auslandsgeschäft deutlich gesteigert werden. Insbesondere aus dem sich gegenwärtig erholenden Euroraum kommen seit über zwei Jahren verlässliche Impulse. Zudem beflügelt der schwache Euro die Umsätze in Euro mit Drittstaaten.

Die Auftragseingänge fielen im Juli geringer aus als im Vormonat. Insgesamt hat sich die Bestelltätigkeit aber seit dem Frühjahr recht positiv entwickelt. Auch hier profitieren die Unternehmen von der regen Auslandsnachfrage. Die Bestellungen aus den Ländern außerhalb des Euro-raums haben im Juli allerdings einen spürbaren Dämpfer erhalten, den vor allem die Kfz-Branche zu spüren bekam (Juli: -16,3%). Angesichts der starken Vormonate sollte dieser Rückgang nicht überbewertet werden, fiel aber dennoch sehr kräftig aus. Gemessen am Auftragsbestand hat sich die Auftragslage im Juli gegenüber dem Vorjahr um 4,6% verbessert. Neben dem sonstigen Fahrzeugbau, der maßgeblich durch Großaufträge gekennzeichnet ist, finden sich insbesondere im Maschinenbau volle Auftragsbücher. Das Verarbeitende Gewerbe insgesamt meldet eine stabile Auftragsreichweite von fünf Monaten.

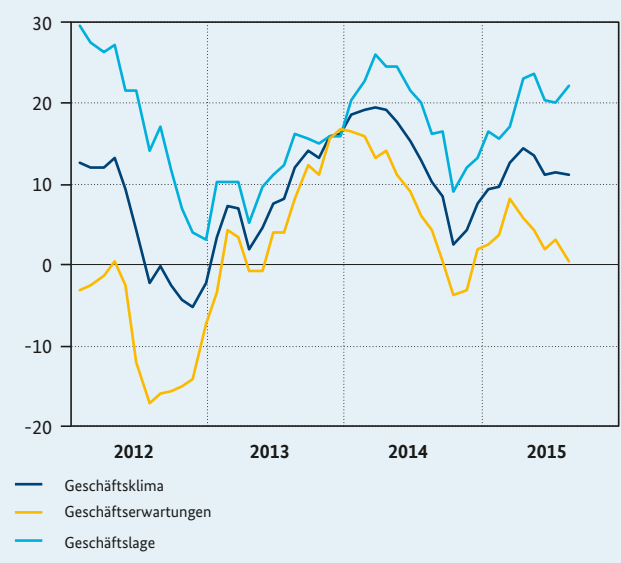
Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Die Stimmung in der Industrie ist weiterhin gut. Allerdings haben sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen seit dem Frühjahr etwas eingetrübt. Hintergrund dürfte die aktuelle Debatte um die wirtschaftliche Lage in China und die gedämpften Wachstumsperspektiven der Schwellenländer insgesamt sein.

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe
(saisonbereinigt, Salden)



Quelle: ifo Institut

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
Insgesamt	1,1	-1,8	-0,1	-3,2	3,2
Bauhauptgewerbe	1,1	-0,7	0,6	-2,3	0,6
Ausbaugewerbe	1,2	-3,4	-0,9	-4,3	6,2

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
Insgesamt	8,3	-5,1	-4,7	4,9	-4,3
Hochbau	2,8	-3,1	-2,9	2,6	-3,5
Wohnungsbau*	5,2	-4,9	-6,4	1,5	-2,9
Gewerblicher*	-2,7	0,4	0,2	7,4	-3,9
Öffentlicher*	17,5	-9,4	-3,0	-10,0	-3,3
Tiefbau	15,2	-7,4	-6,7	7,7	-5,3
Straßenbau*	17,6	-8,6	-5,0	7,4	-4,4
Gewerblicher*	13,7	-6,9	-10,0	14,1	-16,1
Öffentlicher*	13,9	-6,2	-4,7	-0,2	9,8
Öffentlicher Bau insg.	16,2	-7,9	-4,4	1,4	0,5

Quellen: StBA, BBk

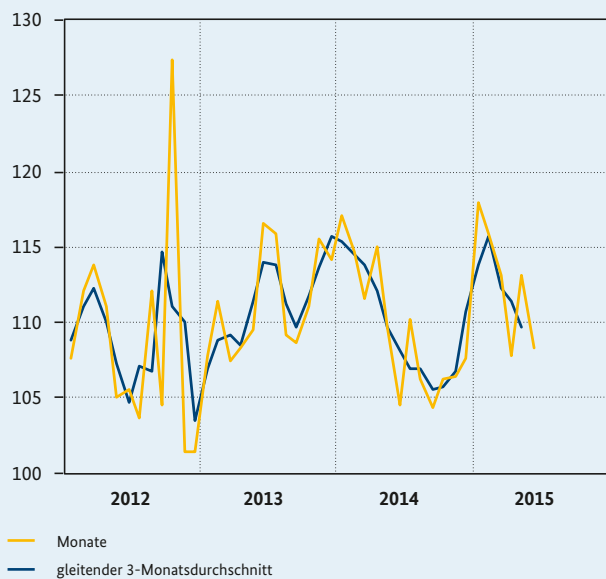
* Angaben in jeweiligen Preisen

Von der üblichen Frühjahrsbelebung in der Baubranche war nach dem milden Winter wenig zu spüren. Saisonbereinigt gingen sowohl die Bauinvestitionen als auch die Bauproduktion im zweiten Quartal zurück. Der Einstieg in die zweite Jahreshälfte fiel dagegen wieder besser aus. Nach dem Rückgang im zweiten Quartal stieg die Bauproduktion im Juli spürbar um 3,2% an.

Die Entwicklung der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe war in den letzten Monaten recht volatil. Im Juni gingen die Bestellungen wieder kräftig zurück, womit sich die negative Grundtendenz fortsetzte. Dagegen hat sich die Auftragslage nach Umfragen des ifo Instituts seit Jahresbeginn spürbar verbessert. Im August gaben die Bauunternehmen eine durchschnittliche Auftragsreichweite von über drei Monaten an.

Auch das Geschäftsklima hat sich seit dem Frühjahr deutlich aufgehellt. Im August wurde die Einschätzung der aktuellen Lage kräftig angehoben. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate wurden zuversichtlicher. Insgesamt bleiben die Rahmenbedingungen für die Baubranche weiterhin gut.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

3. Privater Konsum

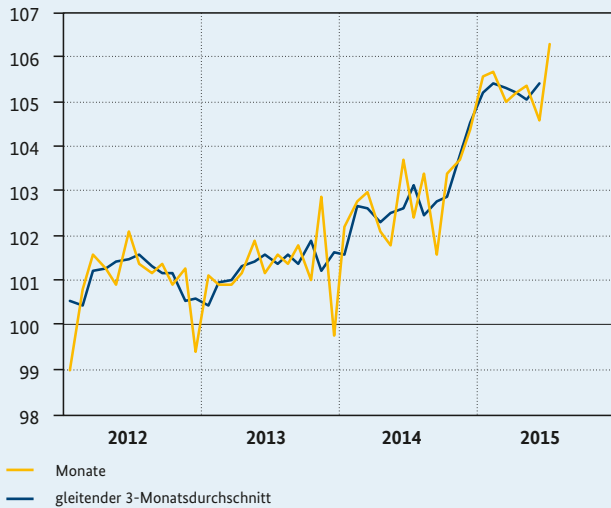
Die Umsätze im Einzel- und Kfz-Handel legen zu.

Die Verbraucher sind etwas weniger optimistisch.

Der private Konsum hat auch im zweiten Quartal zur positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beigetragen. Sein Wachstumsbeitrag ist mit +0,1 Prozentpunkten allerdings weniger stark ausgefallen als in den vorherigen drei Quartalen. Angesichts der positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt wird der private Konsum auch in der zweiten Jahreshälfte eine wichtige Stütze der Konjunktur bleiben.

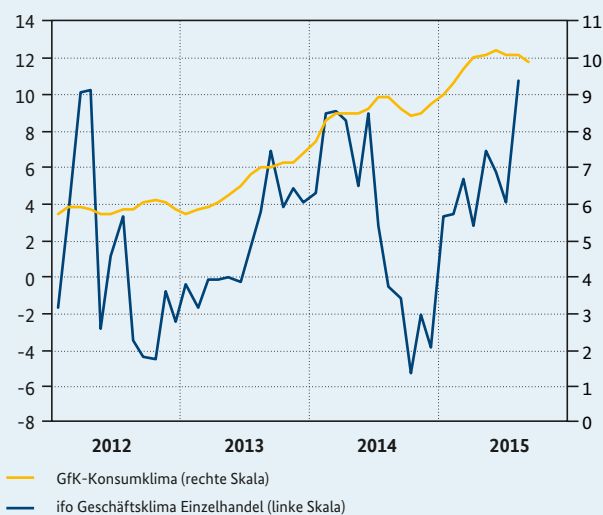
Dies zeigen unter anderem die Umsätze im Einzelhandel, die im Juli um 1,6% zunahmen. Auch beim Handel mit Kraftfahrzeugen setzte sich der schwungvolle Aufwärtstrend im Juni ungebremst fort. Seit Jahresbeginn sind die Kfz-Umsätze, die allerdings auch gewerbliche Käufe einschließen, um 4% gestiegen. Gleichwohl hat sich die Dynamik bei den Neuzulassungen durch private Halter verringert. Die Stimmung unter den Händlern blieb gut. Das ifo Geschäftsklima hat sich seit Jahresbeginn merklich aufgehellt und konnte im August noch einmal deutlich zulegen.

Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK

Auch die Stimmung unter den Verbrauchern bleibt auf einem hohen Niveau. Zuletzt hat sich das GfK-Konsumklima minimal eingetrübt. Die Konjunkturaussichten werden von den Haushalten weniger optimistisch eingeschätzt und die Anschaffungsneigung hat zum dritten Mal in Folge nachgegeben.

4. Außenwirtschaft

Der Außenhandel entwickelt sich in einem schwierigen Umfeld positiv.

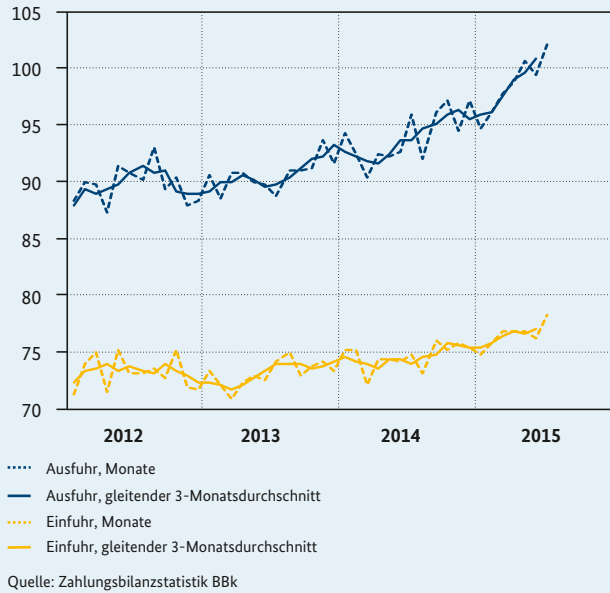
Die Exporterwartungen trüben sich angesichts gestiegener Risiken etwas ein.

Der deutsche Außenhandel kann sich trotz der moderaten Entwicklung der Weltwirtschaft gut behaupten. Im zweiten Quartal hat das Auslandsgeschäft mit einem Beitrag von +0,7 Prozentpunkten maßgeblich zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Im Juli wurden nach der Statistik der Zahlungsbilanz Waren und Dienstleistungen im Wert von 124,6 Mrd. Euro exportiert und damit etwas mehr als im Vormonat. Der positive Trend der letzten Monate setzte sich fort. Die Ausfuhrpreise haben in den letzten Monaten mehr oder weniger stagniert. Knapp 60% der Warenexporte gingen im ersten Halbjahr dieses Jahres in die anderen EU-Länder, ein Plus von 6,0% gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode. Die Ausfuhren in viele Schwellenländer entwickelten sich dagegen schwächer, insbesondere jene nach Russland (-31%). Die Exporte nach China stagnierten.

Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen entwickelten sich ebenfalls positiv, aber weniger dynamisch als die Ausfuhren. In jeweiligen Preisen wurden im Juli saisonbereinigt 2,3% mehr Waren und Dienstleistungen eingeführt als im Vormonat. Gleichzeitig sind die Einfuhrpreise deutlich rückläufig.

Warenhandel

(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Insgesamt ist der Außenhandel gut in die zweite Jahreshälfte gestartet. In jeweiligen Preisen gab es im Juli im Handel mit Waren und Dienstleistungen einen Überschuss von 19,5 Mrd. Euro. Für die Leistungsbilanz ergab sich damit ein positiver Saldo von 23,4 Mrd. Euro. Für das laufende Jahr kumulieren sich die Leistungsbilanzüberschüsse auf 137,5 Mrd. Euro. Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr (+20%) ist maßgeblich auf die geringere Ölrechnung zurückzuführen.

Außenhandel*

	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik) Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	0,6	3,3	2,0	-0,8	2,2
Einfuhr	0,0	1,5	-0,1	0,2	2,3
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik) Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	5,3	8,5	4,5	13,5	6,2
Eurozone	2,9	6,4	4,9	11,0	5,5
EU Nicht-Eurozone	7,6	9,5	8,1	13,5	6,9
Drittländer	6,4	9,9	2,4	15,8	6,4
Einfuhr	1,8	4,1	2,9	6,0	6,1
Eurozone	0,6	4,1	5,5	3,6	6,2
EU Nicht-Eurozone	1,9	3,8	4,3	6,5	7,3
Drittländer	3,3	4,2	-1,3	9,0	5,3

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

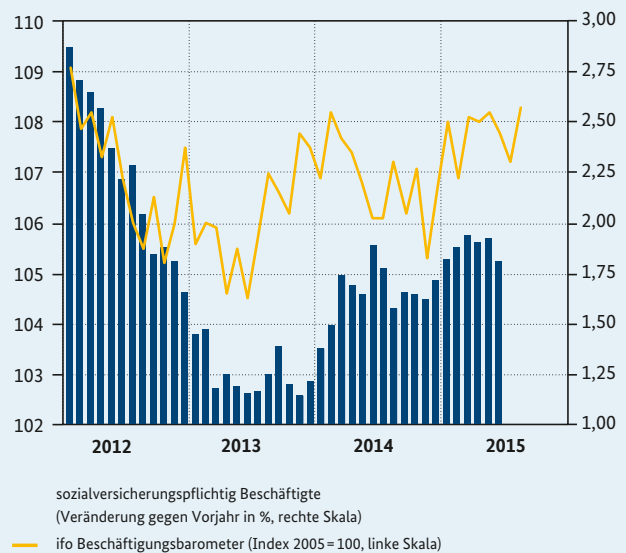
Insgesamt bleibt das Ausland wichtiger Impulsgeber für die deutsche Wirtschaft. Im Verarbeitenden Gewerbe gingen die Bestellungen aus dem Ausland im Juli zwar zurück, sie zeigen sich in der Tendenz aber deutlich aufwärtsgerichtet. Die Auslandsumsätze nahmen dagegen im Juli deutlich zu und sind bei stärkeren Schwankungen auch in der Tendenz deutlich aufwärtsgerichtet. Die außenwirtschaftlichen Risiken haben sich zuletzt allerdings erhöht. Dies zeigt sich auch an den ifo Exporterwartungen, die sich seit dem Frühjahr merklich eingetrübt haben. Zuletzt dürfte vor allem die Debatte um die weitere Entwicklung Chinas dazu beigetragen haben.

5. Arbeitsmarkt

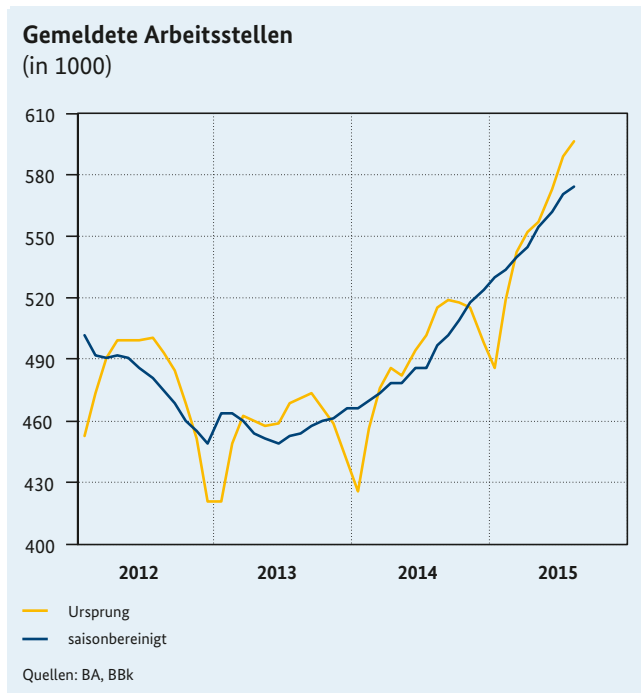
Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiterhin positiv, gegenwärtig mit gemäßigtem Tempo

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt setzt sich fort. Die Erwerbstätigkeit nahm im Juli saisonbereinigt stärker zu als in den Vormonaten. Die Arbeitslosigkeit, die im Vormonat saisonbereinigt leicht anstieg, nahm im August wieder leicht ab. Der Rückgang der geringfügig Beschäftigten setzte sich nicht weiter fort. Die Nachfrage nach Arbeitskräften nahm weiter zu. Insgesamt deuten die Indikatoren auf eine Fortsetzung der positiven Tendenzen mit gemessenem Tempo hin.

ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



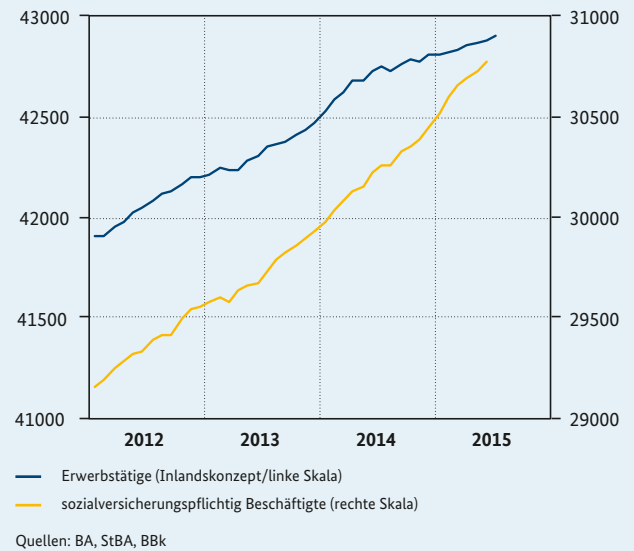
Die Frühindikatoren senden im August insgesamt weiterhin positive Signale. Das ifo Beschäftigungsbarometer verbesserte sich und liegt deutlich über seinem langfristigen Durchschnitt. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) signalisiert, dass die Arbeitsagenturen mit einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten rechnen.



Die Zahl der offenen Stellen entwickelt sich im August weiter positiv. Der Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen hat sich im August saisonbereinigt erneut um 4.000 erhöht. Die Zeitarbeit bietet rund ein Drittel der gemeldeten Stellen an. Auch im Handel, im Gesundheits- und Sozialwesen, im Verarbeitenden Gewerbe und bei den qualifizierten Unternehmensdienstleistungen besteht eine hohe Nachfrage. Der BA-X Stellenindex stieg im August auf ein neues Höchstniveau von 194 Punkten.

Bei der Erwerbstätigkeit setzte sich der positive Trend im laufenden Jahr fort. Von Juni auf Juli erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt um 26.000 Personen. Der Zuwachs war doppelt so groß wie im Durchschnitt des zweiten Quartals. In Ursprungszahlen wurden im Inland knapp 43,0 Mio. Erwerbstätige ermittelt, 160.000 Personen mehr als vor einem Jahr. Es war weiterhin der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, der das Wachstum der Erwerbstätigkeit ausmacht. In der ersten Jahreshälfte trug hierzu bei, dass geringfügige Beschäfti-

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (in 1000, saisonbereinigt)



gung mit der Einführung des Mindestlohns teilweise in sozialversicherungspflichtige Stellen umgewandelt wurde.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm im Juni saisonbereinigt um 41.000 Personen zu. Damit entwickelte sich ihr Aufbau weiterhin dynamischer als bei der Erwerbstätigkeit. Insgesamt stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf 30,72 Mio. Personen (Ursprungszahl), was ein Plus von 547.000 gegenüber dem Vorjahr bedeutet.

Den absolut stärksten Anstieg im Vorjahresvergleich verbuchten die qualifizierten Unternehmensdienstleistungen (Juni: +87.000 Personen). Die Beschäftigung im Bereich Pflege und Soziales stieg um 66.000, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen um 64.000 und der Handel um 61.000 Personen.

Die sonstigen Formen der Erwerbstätigkeit entwickelten sich gegenüber dem Vorjahr unterschiedlich. Die Zahl der Selbständigen ist im zweiten Quartal 2015 erneut deutlich um 96.000 auf 4,32 Mio. Personen gesunken. In Arbeitsgelegenheiten waren im Juli 93.000 ALG-II-Empfänger beschäftigt, 11,0% weniger als im Vorjahr. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten hat sich mit 4,89 Mio. Personen im Juni verringert. Der Vorjahresabstand -198.000 oder -3,9% hat sich nicht mehr vergrößert. Insgesamt 2,47 Mio. Personen bzw. 8,0% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten übten zusätzlich einen geringfügigen Nebenjob aus.

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q1	Q2	Juni	Juli	Aug.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,993	2,772	2,711	2,773	2,796
gg. Vorjahr in 1.000	-116	-114	-122	-99	-106
gg. Vorperiode in 1.000*	-46	-27	0	8	-6
Arbeitslosenquote	6,9	6,3	6,2	6,3	6,4

Erwerbstätige (Inland)

	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
in Mio.	42,5	42,8	42,9	43,0	43,0
gg. Vorjahr in 1.000	243	175	182	157	160
gg. Vorperiode in 1.000*	33	45	8	11	26

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

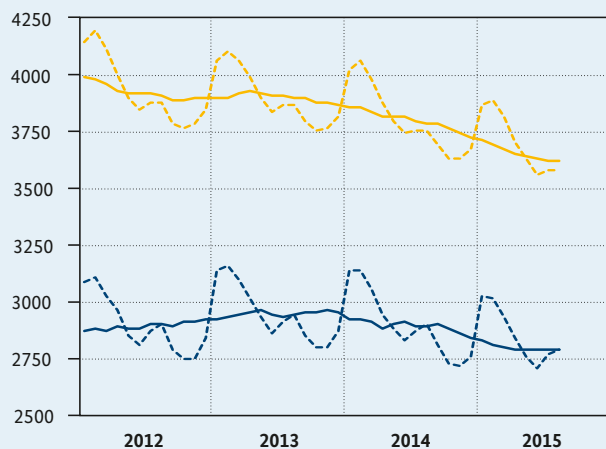
	Q1	Q2	April	Mai	Juni
in Mio.	30,4	30,7	30,6	30,7	30,7
gg. Vorjahr in 1.000	-193	310	572	581	547
gg. Vorperiode in 1.000*	199	140	34	35	42

Quellen: BA, StBA, BBk

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm im August saisonbereinigt um 7.000 Personen ab, nach einem Anstieg um 8.000 im Vormonat. Nach Ursprungszahlen stieg die Arbeitslosigkeit etwas weniger als jahreszeitlich üblich auf 2,796 Mio. Personen. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen betrug im August 1,04 Mio. Personen, 41.000 weniger als vor einem Jahr.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (in 1000)

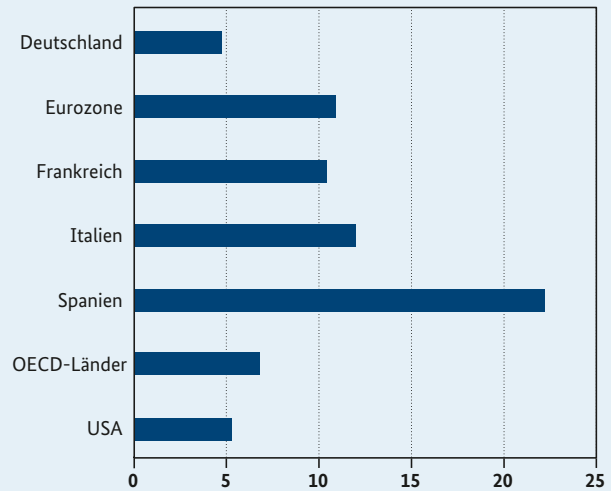


..... Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), Ursprung
 — Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), saisonbereinigt
 Arbeitslose, Ursprung
 — Arbeitslose, saisonbereinigt

Quellen: BA, IAB, BBk

Internationale Erwerbslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Juli 2015)



Quelle: Eurostat

Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote betrug im Juli 4,7%. Im internationalen Vergleich hat Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, belief sich im August auf 3,59 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Dies waren 172.000 Personen weniger als vor einem Jahr.

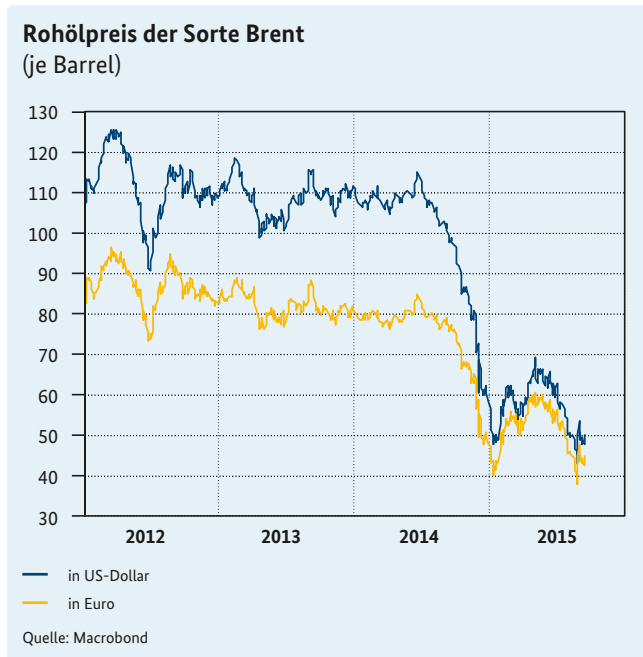
6. Preise

Rohölpreis sinkt Ende August auf ein Sechs-Jahres-Tief.

Das Preisklima in Deutschland bleibt entspannt. Das Verbraucherpreisniveau verharrte im August nahezu auf Vorjahresniveau.

Nach einer leicht aufwärtsgerichteten Preistendenz im Frühjahr schwächte sich diese auf allen Wirtschaftsstufen in den Sommermonaten ab. Ursächlich hierfür war in erster Linie ein erneuter Preisrutsch an den internationalen Rohstoffmärkten. Insbesondere der Rohölpreis geriet zum Beginn der zweiten Jahreshälfte verstärkt unter Druck. Das anhaltende Überangebot auf den Weltmärkten in Kombination mit den schwächeren Wachstumsaussichten für China, dem zweitgrößten Ölnachfrager, dominiert die

aktuelle Rohölpreisentwicklung. Mitte September notierte der Preis für ein Barrel der Sorte Brent mit rund 46 US-Dollar ca. 4 % unter Vormonatsniveau. Im Vergleich zum Vorjahr halbierte er sich.

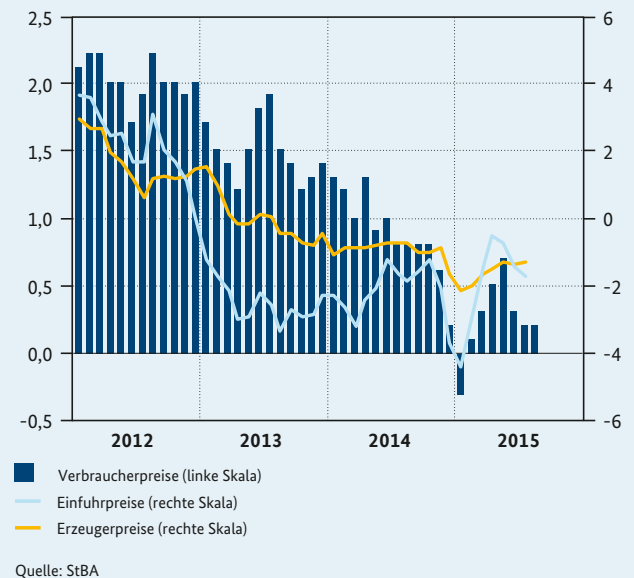


Bei den Einfuhrpreisen beschleunigte sich der Preisrückgang im Juli nach einer vorübergehenden Erholung im zweiten Quartal wieder. Im Vergleich zum Vormonat verringerten sie sich spürbar um saisonbereinigt 0,5 %, vor allem weil Energieprodukte und Metalle erheblich günstiger importiert werden konnten. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum sanken die Preise für Einfuhrgüter im Juli um 1,7 %, nach -1,4 % im Juni. Kräftige Preisrückgänge binnen Jahresfrist gab es vor allem im Bereich Energie, z. B. bei Rohöl (-34,5 %) und Gas (-5,5 %) sowie bei Mineralölzeugnissen (-28,2 %). Die Importpreise ohne Energie lagen demgegenüber um 2,5 % über dem Vorjahresniveau.

Die Ausfuhrpreise bewegten sich zuletzt seitwärts. Im Juli nahmen die Preise für Exportgüter gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt geringfügig zu (+0,1 %) und glichen den leichten Preisrückgang des Vormonats (-0,1 %) aus. Binnen Jahresfrist konnten die deutschen Exporteure ihre Preise um 1,2 % erhöhen. Überdurchschnittlich stiegen im Vorjahresvergleich die Preise bei Investitionsgütern (+2,7 %). Die Preisrelation im Außenhandel (Terms of Trade) verbesserte sich im Juli deutlich um 3,0 % gegenüber dem Vorjahreswert (Juni 2015: +2,7 %).

Preisentwicklung

(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Die industriellen Erzeugerpreise verharrten im Juli auf dem Niveau des Vormonats. Mineralölzeugnisse verbilligten sich (-1,4 %) den zweiten Monat in Folge. Auf Jahressicht reduzierten sich die Preise für Industrieprodukte um 1,3 %. Während die Energiepreise deutlich um 4,1 % (darunter Mineralölzeugnisse um -12,8 %) und die Preise für Vorleistungs- und Konsumgüter etwas weniger stark nachgaben (-0,6 % bzw. -1,2 %), verteuerten sich Investitionsgüter moderat (+0,8 %).

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Juli	Aug.	Juli	Aug.
Insgesamt	0,2	0,0	0,2	0,2
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,4	0,3	1,0	1,2
Nahrungsmittel	-0,7	-0,3	0,4	0,8
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	3,8	0,4	0,5	0,8
Pauschalreisen	16,0	2,3	-0,2	0,8
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	-0,1	0,1	2,6	2,7
Energie	-0,5	-2,1	-6,2	-7,6
Haushaltsenergie	-1,0	-1,0	-5,7	-6,7
Kraftstoffe	0,5	-4,2	-7,1	-9,5
Dienstleistungen	0,9	0,2	1,1	1,2
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,0	-0,1	-	-

Quellen: StBA, BBk

Die Verbraucherpreise sind von Juli auf August nach der Stagnation im Vormonat saisonbereinigt leicht um 0,1% zurückgegangen. Ausschlaggebend waren ein erneuter Rückgang der Energiepreise und eine saisonal bedingte Verbilligung von Nahrungsmitteln zur Haupterntezeit. Dagegen stiegen die Preise für Pauschalreisen im Ferienmonat August erneut an. Die jährliche Teuerungsrate in Deutschland lag im August unverändert bei 0,2%. Der Rückgang der Energiepreise im Vorjahresvergleich (-7,6%) wirkte wie in den Vormonaten dämpfend. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) erhöhte sich leicht auf 1,2%.

Zum Jahresende 2015 dürfte das Verbraucherpreisniveau moderat zunehmen.

7. Monetäre Entwicklung

Die Unsicherheit über die chinesische Konjunktur belastet globale Aktienmärkte.

Die Renditen europäischer Staatsanleihen bleiben stabil.

Die Europäische Zentralbank (EZB) belässt ihre Leitzinsen weiterhin unverändert und setzt ihre expansive Geldpolitik fort. Seit September 2014 liegt der Hauptrefinanzierungssatz bei 0,05%. Die Einlagenfazilität liegt mit -0,20% im negativen Bereich. Zudem führt die EZB geldpolitische Sondermaßnahmen im Rahmen des *Erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten* (EAPP) durch, um den Markt zusätzlich mit Liquidität zu versorgen. Das Ankaufprogramm soll bis mindestens September 2016 fortgesetzt werden und monatlich einen Umfang von rund 60 Mrd. Euro haben. Die EZB hat durch die Ankaufprogramme ihre Bilanz seit vergangem Dezember von 2,03 auf 2,57 Bio. Euro ausgeweitet.

Die amerikanische Geldpolitik bleibt ebenfalls expansiv ausgerichtet. Seit Ende 2008 hält die US-Notenbank den Leitzins auf einem Rekordtief von 0,00 bis 0,25%. Zwar zeichnet sich bereits seit einiger Zeit eine allmähliche Normalisierung der Geldpolitik ab. Ob eine erste Zinserhöhung bereits im September erfolgt, war zu Redaktionsschluss noch offen. Der IWF sprach Anfang Juni die Empfehlung aus, mit einer Anhebung des Leitzinses noch bis ins Jahr 2016 zu warten.

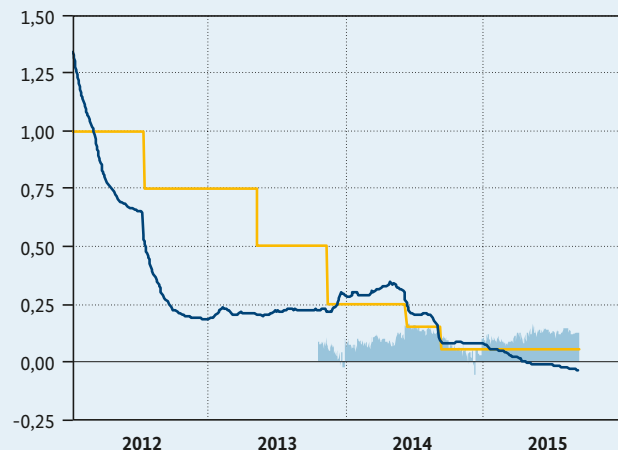
EZB Bilanzsumme
(in Billionen Euro)



Quellen: EZB, Macrobond

Der allmähliche Erholungsprozess am europäischen Interbankenmarkt setzt sich langsam fort. Der Risikoaufschlag für unbesicherte Interbankenkredite war weitgehend stabil. Die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität, die sich seit Mitte 2012 deutlich rückläufig entwickelt hatte, stieg seit vergangem November von 107 Mrd. Euro auf 475 Mrd. Euro im Juli.

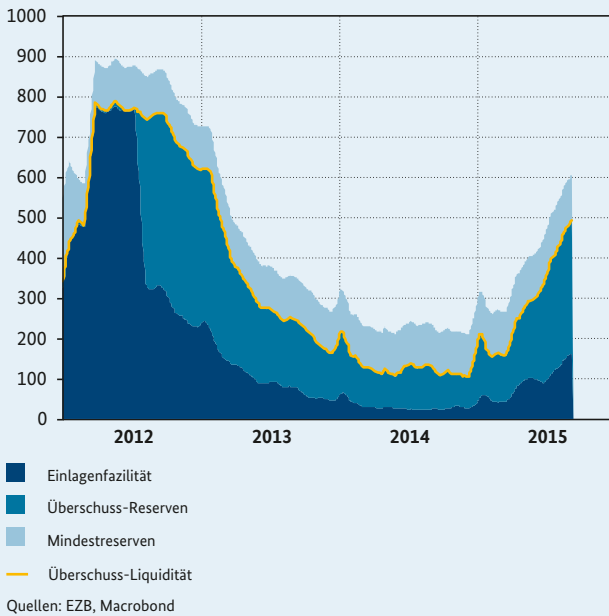
Geldmarktsätze in der Eurozone
(in %)



— EURIBOR, 3 Monate
— EZB Hauptrefinanzierungssatz
■ Risikoprämie, Differenz aus 3-Monats-EURIBOR und 3-Monats-STOXX GC Pooling

Quelle: Macrobond

Liquidität im Eurobankensystem
(in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



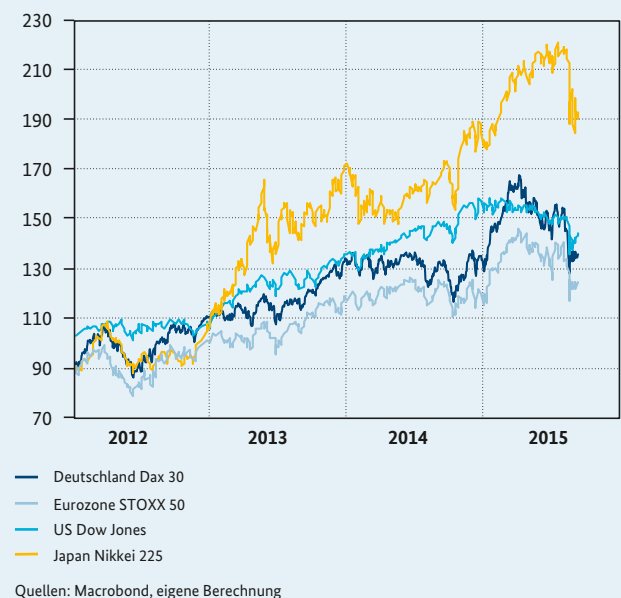
Die globalen Aktienmärkte haben gegenüber dem Vormonat deutliche Verluste verzeichnet. Dies war maßgeblich auf die Unsicherheit bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung in China zurückzuführen. Der Leitindex des chinesischen Aktienmarkts sank gegenüber dem Vormonat um 21,5%. Auch die japanischen Aktien verzeichneten aufgrund der engen Verflechtung mit China deutliche Verluste von 11,1% gegenüber dem Vormonat. An den europäischen Börsen stieg die Unsicherheit deutlich an. Das Volatilitätsmaß für die europäischen Aktien, der VSTOXX Index, erreichte das höchste Niveau seit dem Jahr 2011. Dies ging mit deutlichen Kursverlusten einher. Der breit gefasste europäische STOXX 600 ging im Berichtszeitraum³ um 7,9%, der EURO STOXX 50 für den Euroraum um 9,3% zurück. Der deutsche DAX 30 gab 8,1% nach. Auch der US-amerikanische S&P 500 nahm um 5,7% ab. Die Rohstoffmärkte wurden durch die Börsenturbulenzen ebenfalls beeinflusst. Zwischenzeitlich wurde Rohöl zum niedrigsten Preis seit der Finanzkrise gehandelt.

Der Euro konnte auch in diesem Monat gegenüber dem US-Dollar leicht aufwerten und notiert aktuell bei 1,13 US-Dollar und 1,2% höher als im Vormonat. Gegenüber dem japanischen Yen wertete der Euro im Berichtsmonat

um 1,9% ab. Die chinesische Zentralbank lässt den Yuan in bestimmten Bandbreiten flexibel schwanken. Gegenüber dem Euro hat der Yuan um 0,8% im Vergleich zum Vormonat aufgewertet. Trotz der aktuellen Aufwertungen lag der nominal effektive Wechselkurs der deutschen Wirtschaft gegenüber 61 Handelspartnern im Juli 5,3% niedriger als im Vorjahr.

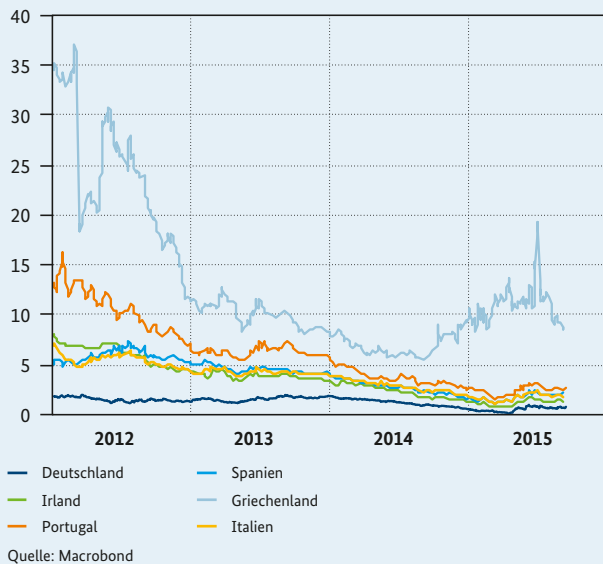
Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen stiegen seit Ende April für viele Staaten des Euroraums von einem sehr niedrigen Niveau aus spürbar an. Die Zinsen für zehnjährige Bundesanleihen in Deutschland hatten in der zweiten Aprilhälfte ein Rekordtief von 0,07% erreicht. Im Juni erzielten die zehnjährigen Bundesanleihen ein Zinsniveau von bis zu 1,0%. Im Zuge fallender Ölpreise und sinkender Inflationserwartungen sind die Renditen wieder auf 0,6% gefallen. Die Renditen griechischer Staatsanleihen haben sich nach Einigung auf ein drittes Hilfspaket von 18% im Juni auf 8,7% am aktuellen Rand verringert. Dies ist noch immer ein Vielfaches dessen, was andere Staaten wie Portugal (2,7%), Spanien (2,1%) oder Italien (1,8%) zuletzt für die Aufnahme von Staatsschulden am Markt leisten mussten. Während die Zinsen für Staatsanleihen im Vergleich zum Vormonat weitgehend stabil waren, zogen die Zinsen für Unternehmensanleihen im Euroraum wieder leicht an.

Aktienindizes
(Preisindizes in Landeswährung, 2011 = 100)



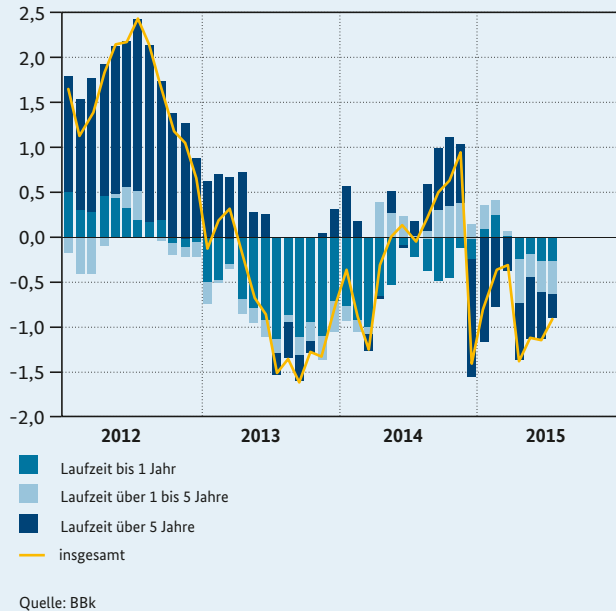
3 Berichtszeitraum: 15. August bis 15. September 2015.

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen (Tageswerte in %)



Der Umfang der in Deutschland an nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften vergebenen Buchkredite lag im Juli 0,9% unter dem Niveau des Vorjahres. Mittelfristige Kredite mit einer Laufzeit von über einem Jahr bis fünf Jahre haben sich auf Jahresfrist am stärksten verringert. Die Kreditvergabe an private Haushalte legte dagegen gegenüber dem Vorjahr um 2,2% zu. Die Wachstumsrate hat sich hier deutlich erhöht. Wichtigste Triebfeder blieb die steigende Vergabe von Wohnungsbaukrediten (+3,6%), die durch das sehr niedrige Zinsniveau begünstigt wird.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland (Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Seit April 2014 steigt die Geldmenge M3 im Euroraum an. Die Jahresrate liegt nun im Juli bei 5,3%. Der Anstieg geht vorrangig auf eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurück, die auf Jahresfrist um 12,1% gestiegen ist. Dies spiegelt neben der Liquiditätspräferenz und den geringen Kosten für Geldhaltung auch die konjunkturelle Erholung des Euroraums wider. Die monetäre Dynamik blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 hatte das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7% betragen.

III.

Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

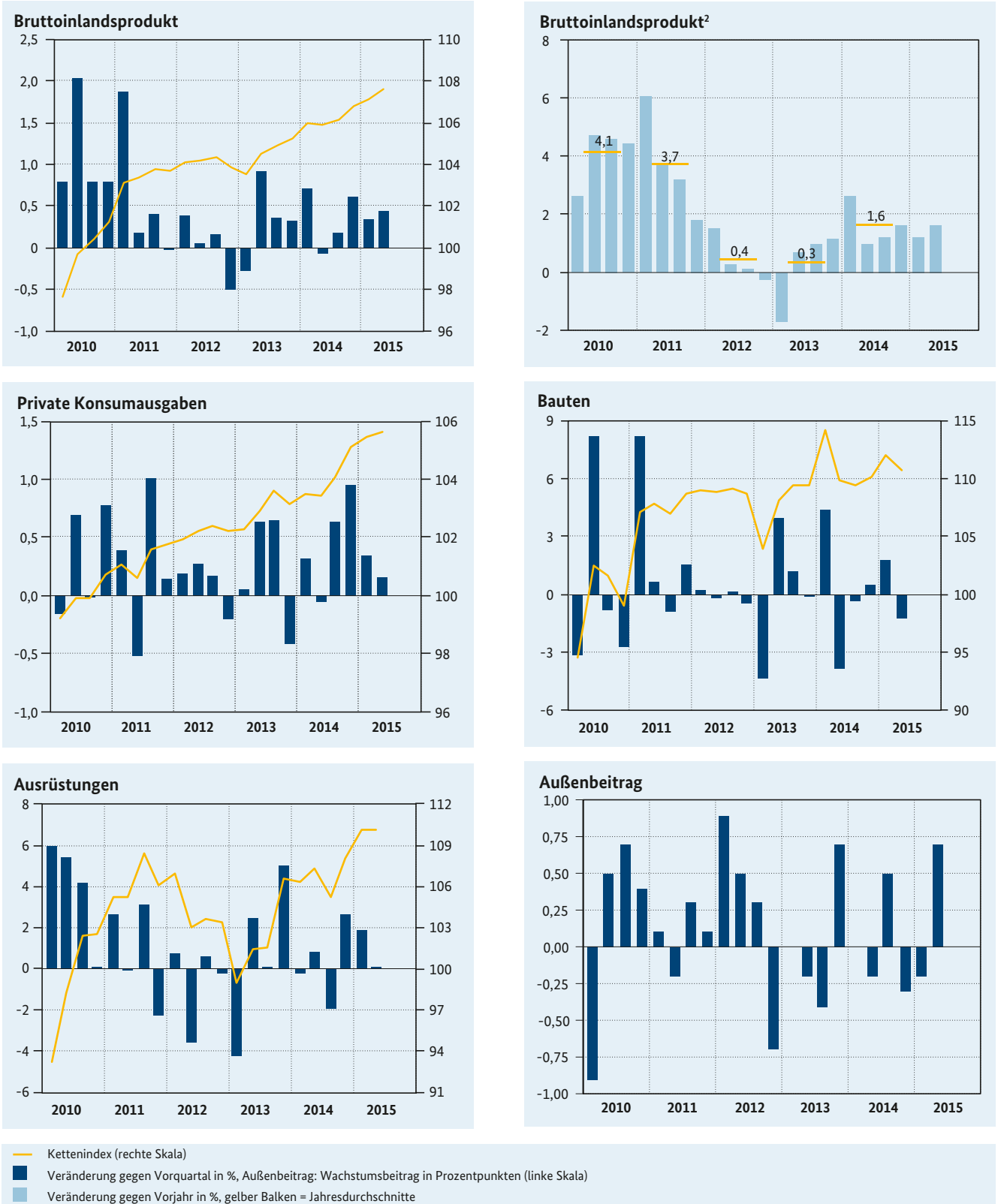
1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2012		2013			2014			2015		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 0,5	- 0,3	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4
Inländische Verwendung	+ 0,3	- 0,3	+ 1,2	+ 0,9	- 0,4	+ 0,8	+ 0,1	- 0,4	+ 1,0	+ 0,6	- 0,3
Private Konsumausgaben ³	- 0,2	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,7	- 0,4	+ 0,3	- 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,2
Konsumausgaben des Staates	+ 0,4	- 0,2	- 0,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,6	- 3,4	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,4	- 1,5	- 0,7	+ 1,3	+ 1,7	- 0,4
Ausrüstungen	- 0,3	- 4,2	+ 2,5	0,0	+ 5,0	- 0,2	+ 0,9	- 1,9	+ 2,6	+ 1,9	+ 0,1
Bauten	- 0,4	- 4,4	+ 4,1	+ 1,2	- 0,1	+ 4,4	- 3,8	- 0,4	+ 0,6	+ 1,8	- 1,2
Sonstige Anlagen	- 2,0	+ 0,9	- 0,8	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7
Exporte	- 1,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,2
Importe	0,0	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 2,3	+ 1,9	+ 0,8
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	+ 0,3	- 0,3	+ 1,1	+ 0,8	- 0,4	+ 0,7	+ 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 0,5	- 0,3
Private Konsumausgaben ³	- 0,1	0,0	+ 0,4	+ 0,4	- 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1
Konsumausgaben des Staates	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,1	- 0,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,1
Ausrüstungen	0,0	- 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,3	0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1	0,0
Bauten	0,0	- 0,4	+ 0,4	+ 0,1	0,0	+ 0,4	- 0,4	0,0	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1
Sonstige Anlagen	- 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	- 0,5	0,0	+ 0,4	- 0,7	0,0	- 0,1	- 0,4
Außenbeitrag	- 0,7	0,0	- 0,2	- 0,4	+ 0,7	0,0	- 0,2	+ 0,5	- 0,3	- 0,2	+ 0,7
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %⁶											
							2014		2015		
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 5,6	+ 4,1	+ 3,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,6
Inländische Verwendung	- 3,2	+ 3,0	+ 2,9	- 1,0	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,1	0,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,8
Private Konsumausgaben ³	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,8
Konsumausgaben des Staates	+ 3,0	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,9
Bruttoanlageinvestitionen	-10,1	+ 5,4	+ 7,2	- 0,4	- 1,3	+ 3,5	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,8
Ausrüstungen	-22,2	+10,9	+ 6,8	- 2,6	- 2,3	+ 4,5	+ 4,5	+ 3,8	+ 2,3	+ 3,9	+ 3,0
Bauten	- 3,4	+ 3,2	+ 8,1	+ 0,5	- 1,1	+ 2,9	+ 0,5	0,0	+ 1,1	- 1,7	+ 0,8
Sonstige Anlagen	+ 0,5	+ 1,1	+ 5,3	+ 1,3	- 0,3	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,7	+ 3,7	+ 2,7	+ 2,7
Exporte	-14,3	+14,5	+ 8,3	+ 2,8	+ 1,6	+ 4,0	+ 2,7	+ 4,7	+ 4,4	+ 4,5	+ 6,6
Importe	- 9,6	+12,9	+ 7,0	- 0,3	+ 3,1	+ 3,7	+ 3,3	+ 2,4	+ 4,6	+ 5,6	+ 5,6

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹

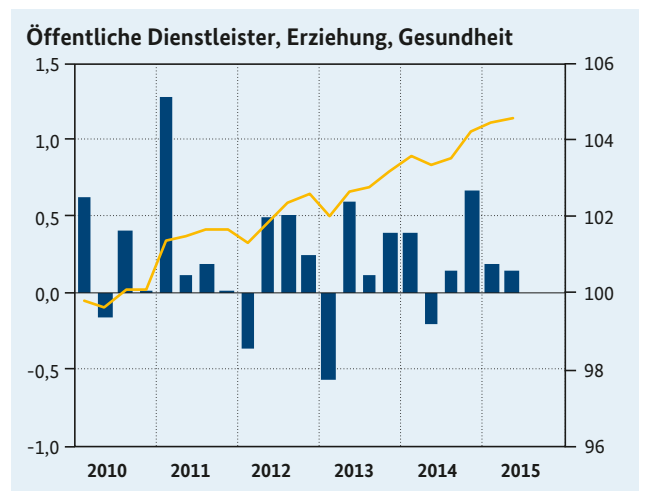
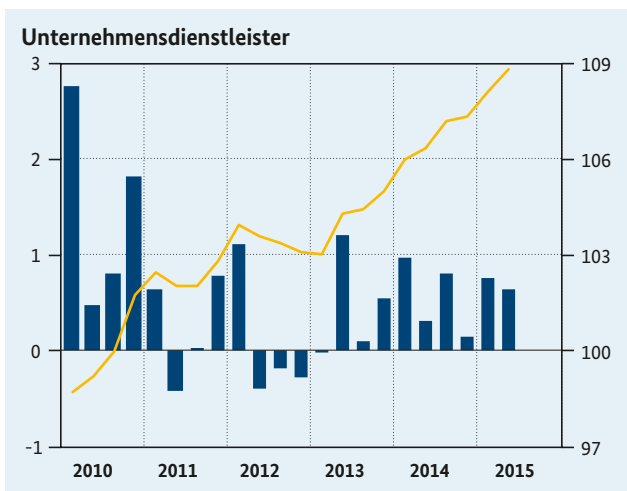
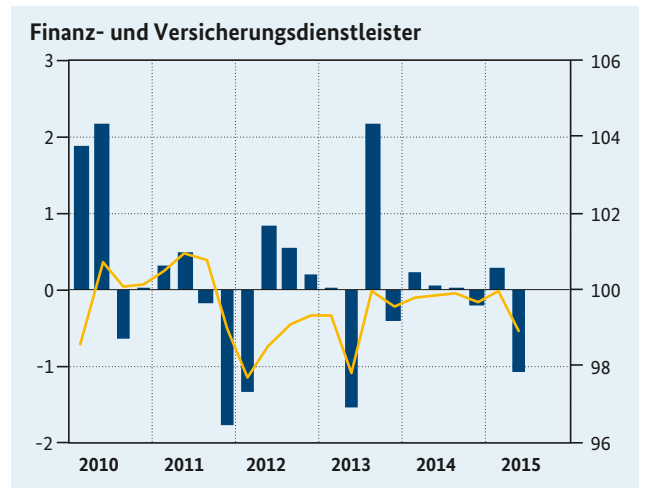
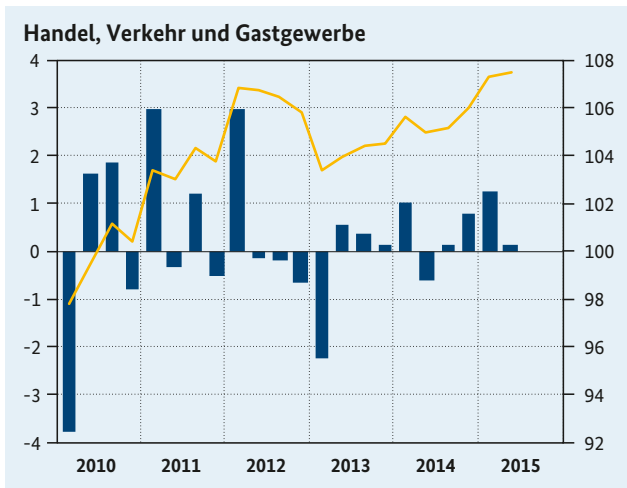
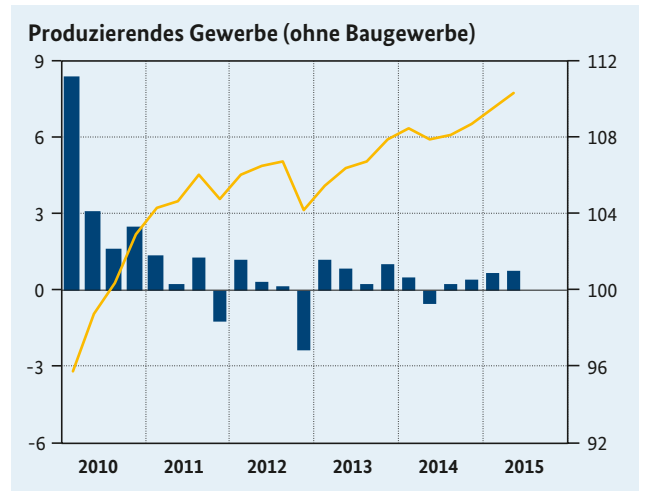
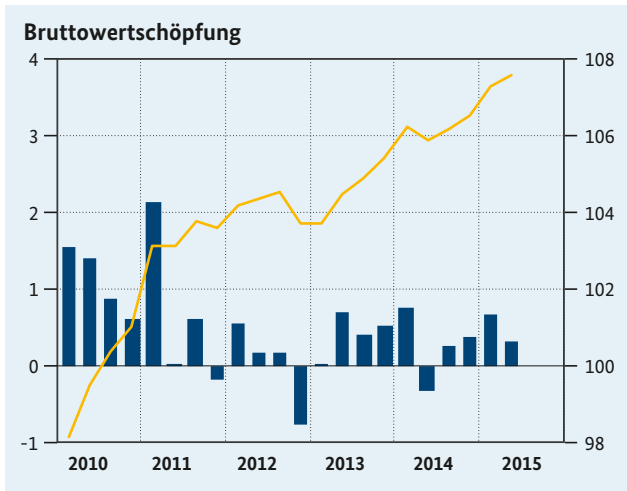


Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

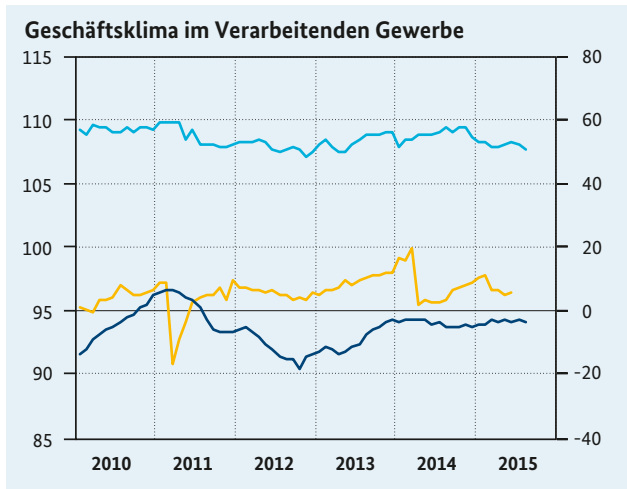


— Kettenindex (rechte Skala)
 ■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

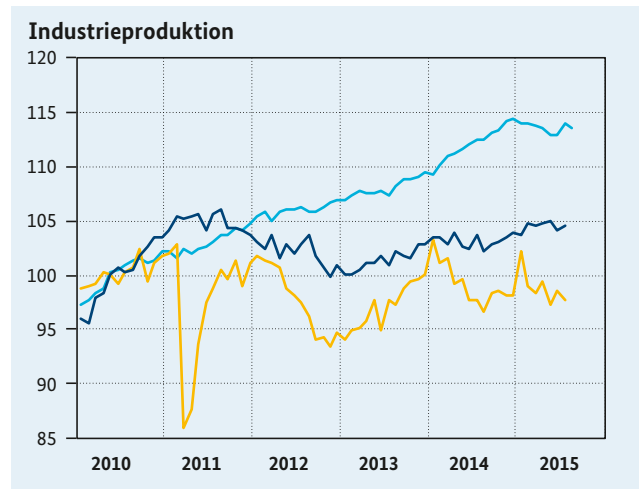
Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

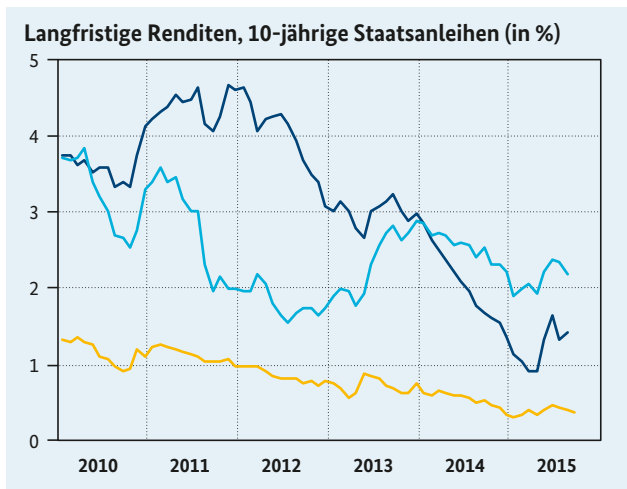
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



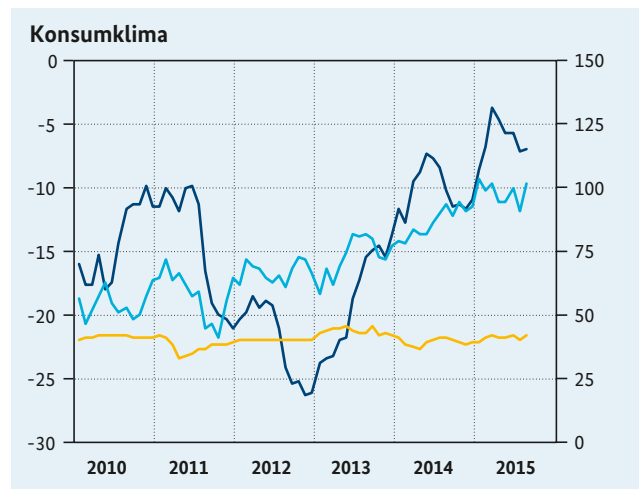
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan

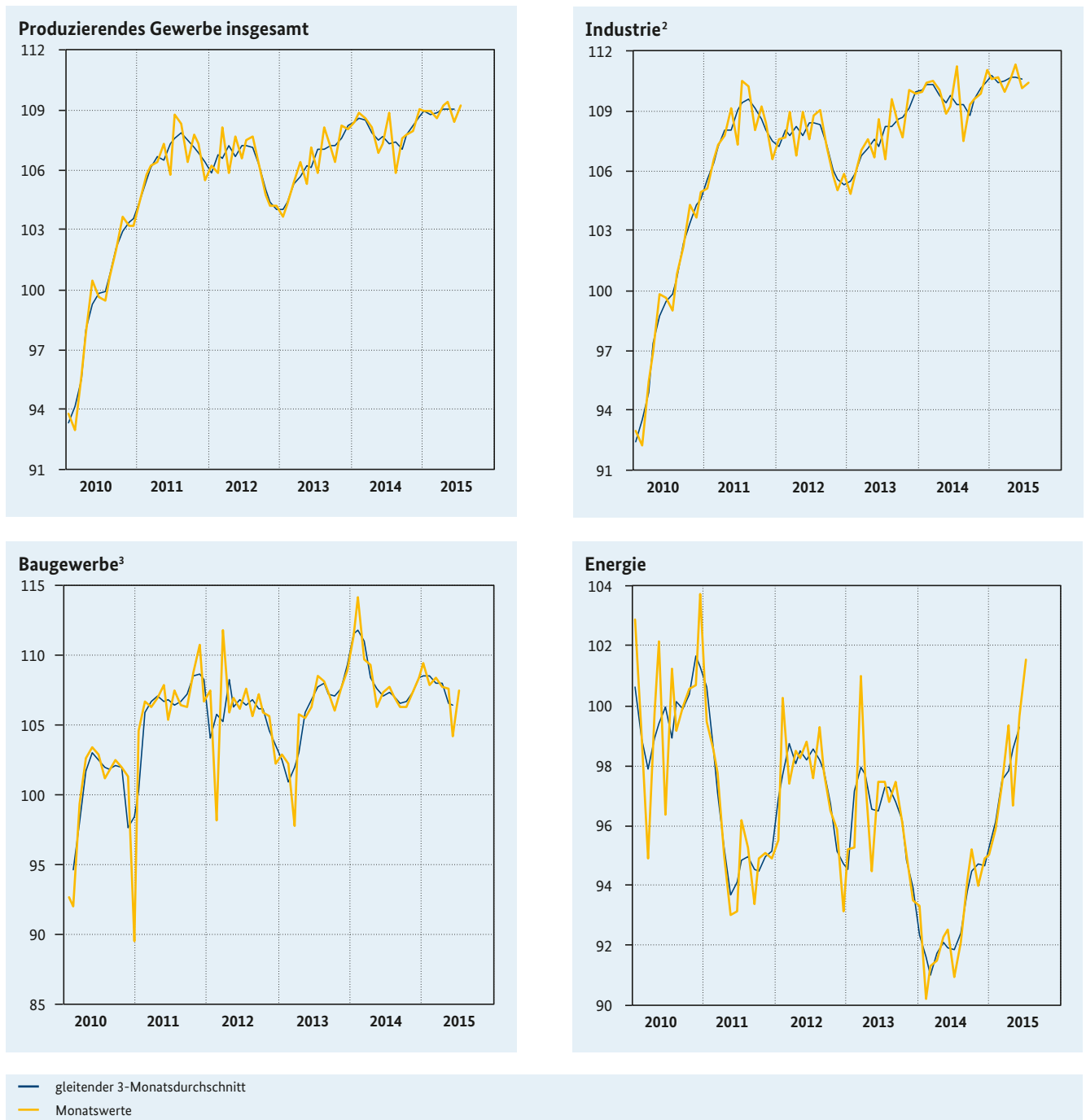


— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

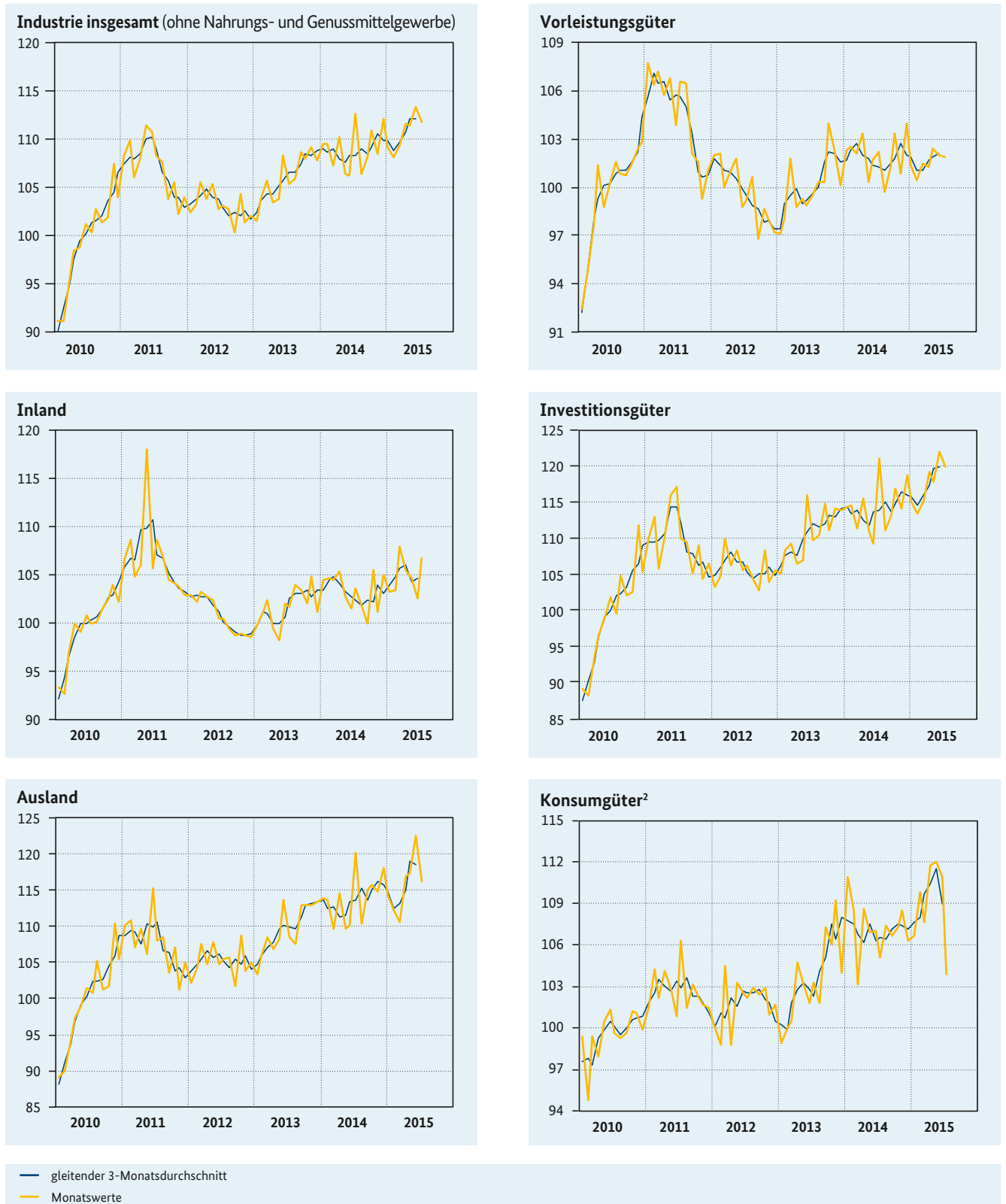
1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



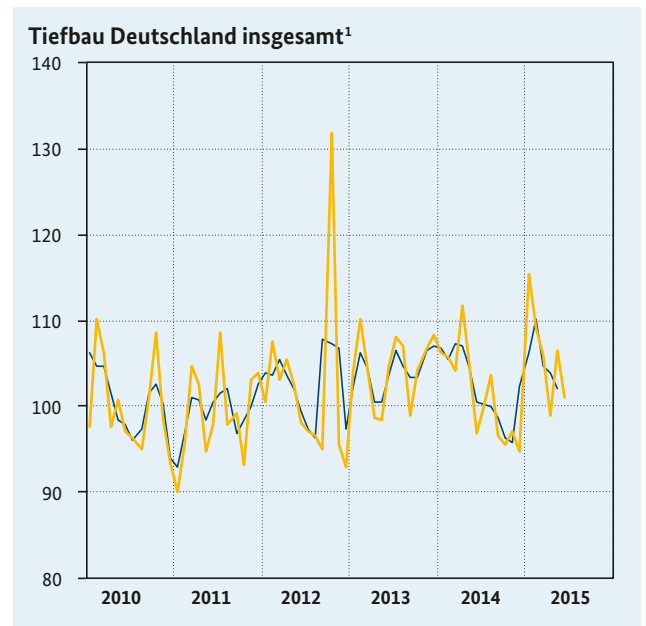
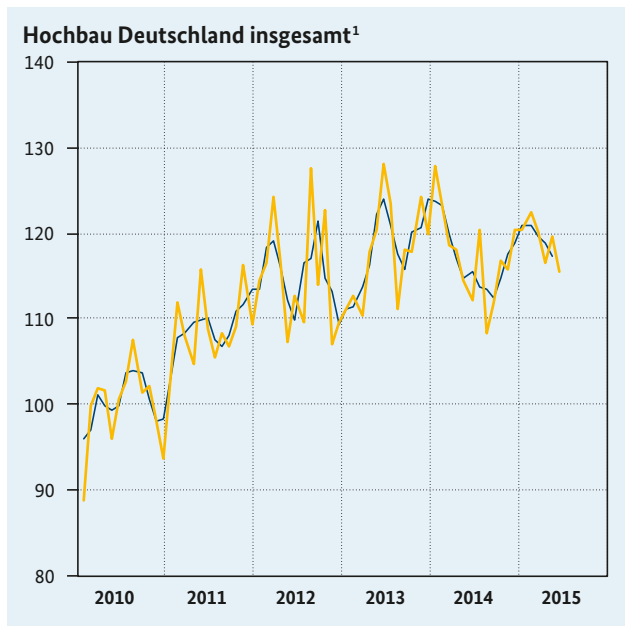
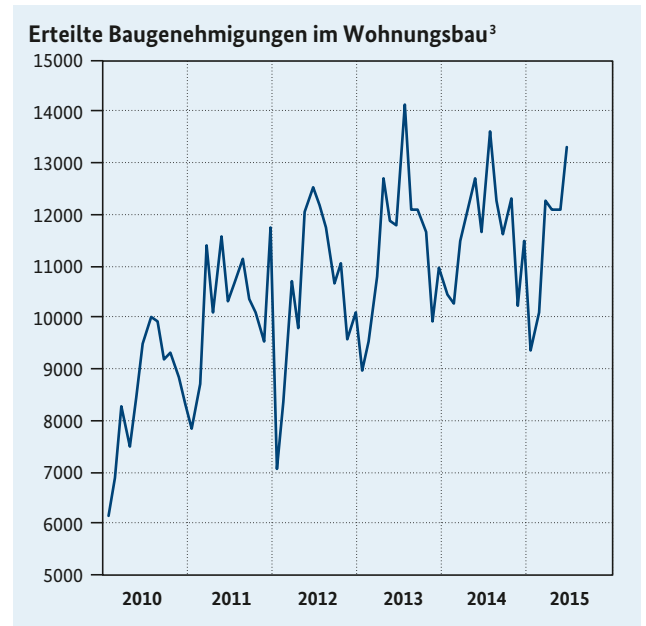
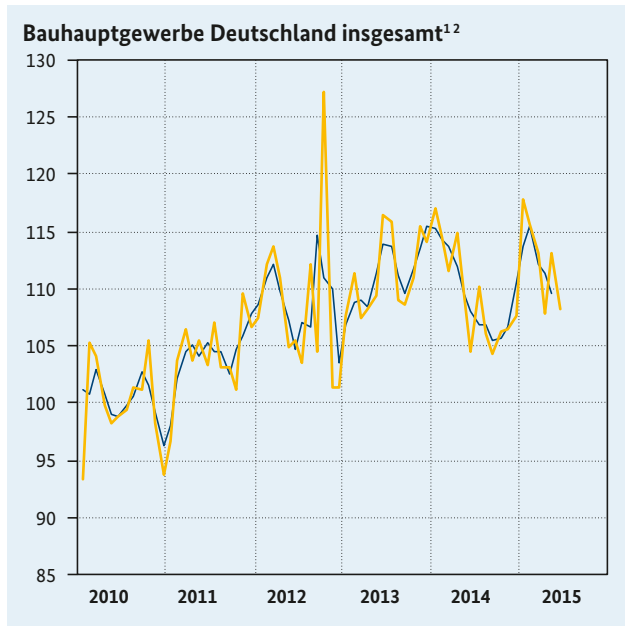
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2014	2015			2015					
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	2,7	6,2	9,1	2,7	7,4	9,5	-	10,3	10,1	8,1	9,0	9,6	-
Geschäftslage	Salden	13,6	9,3	13,5	7,7	12,6	16,6	-	17,0	17,5	15,4	16,6	18,3	-
Geschäftserwartungen	Salden	-7,5	3,4	4,3	-2,3	2,4	2,6	-	3,9	2,8	1,1	1,6	1,3	-
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	3,8	9,2	12,9	4,7	10,5	13,0	-	14,3	13,6	11,0	11,4	11,0	-
Geschäftslage	Salden	17,5	12,3	18,9	11,4	16,4	22,4	-	23,1	23,6	20,4	20,0	22,2	-
Geschäftserwartungen	Salden	-9,0	6,2	7,1	-1,7	4,8	4,0	-	5,8	4,1	2,0	3,0	0,3	-
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	2,6	8,0	13,5	5,9	12,0	13,7	-	13,7	13,7	13,6	14,2	13,4	-
Geschäftslage	Salden	14,8	7,8	20,2	13,1	16,5	18,9	-	18,2	19,2	19,3	20,4	20,0	-
Geschäftserwartungen	Salden	-8,8	8,1	7,0	-1,1	7,6	8,6	-	9,4	8,3	8,1	8,3	7,0	-
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	4,3	10,4	15,1	3,6	10,9	11,2	-	12,8	11,2	9,5	8,2	9,1	-
Geschäftslage	Salden	23,0	14,8	20,4	8,8	15,2	24,0	-	25,2	25,9	20,8	16,9	24,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	-12,7	6,1	9,9	-1,4	6,7	-0,9	-	1,0	-2,5	-1,3	-0,1	-5,7	-
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	5,6	8,7	7,6	2,4	6,9	10,9	-	12,3	15,0	5,3	9,0	8,8	-
Geschäftslage	Salden	13,3	16,3	14,4	11,0	17,6	22,0	-	24,0	23,2	18,7	21,3	18,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	-1,9	1,4	1,1	-5,9	-3,2	0,3	-	1,2	7,0	-7,3	-2,5	-0,9	-
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-5,4	-1,1	-3,0	-3,8	-6,4	-4,5	-	-5,1	-4,7	-3,7	-4,4	-2,9	-
Geschäftslage	Salden	-4,2	0,1	-3,3	-4,5	-7,3	-4,6	-	-4,9	-4,2	-4,8	-7,0	-4,2	-
Geschäftserwartungen	Salden	-6,6	-2,4	-2,8	-3,1	-5,5	-4,4	-	-5,4	-5,3	-2,5	-1,8	-1,6	-
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	17,0	16,7	22,6	23,7	24,3	25,9	-	23,4	26,4	28,0	26,0	30,6	-
Geschäftslage	Salden	28,2	22,9	32,3	32,9	32,0	37,6	-	36,4	38,4	38,0	37,6	41,5	-
Geschäftserwartungen	Salden	6,3	10,8	13,3	14,8	16,8	14,8	-	11,1	15,0	18,4	14,9	20,2	-
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	24,8	16,9	40,0	5,5	41,0	66,3	65,7	70,2	65,7	62,9	63,9	65,7	67,5
Konjunkturerwartungen	Salden	-5,0	44,7	29,6	14,3	52,1	42,2	22,3	53,3	41,9	31,5	29,7	25,0	12,1

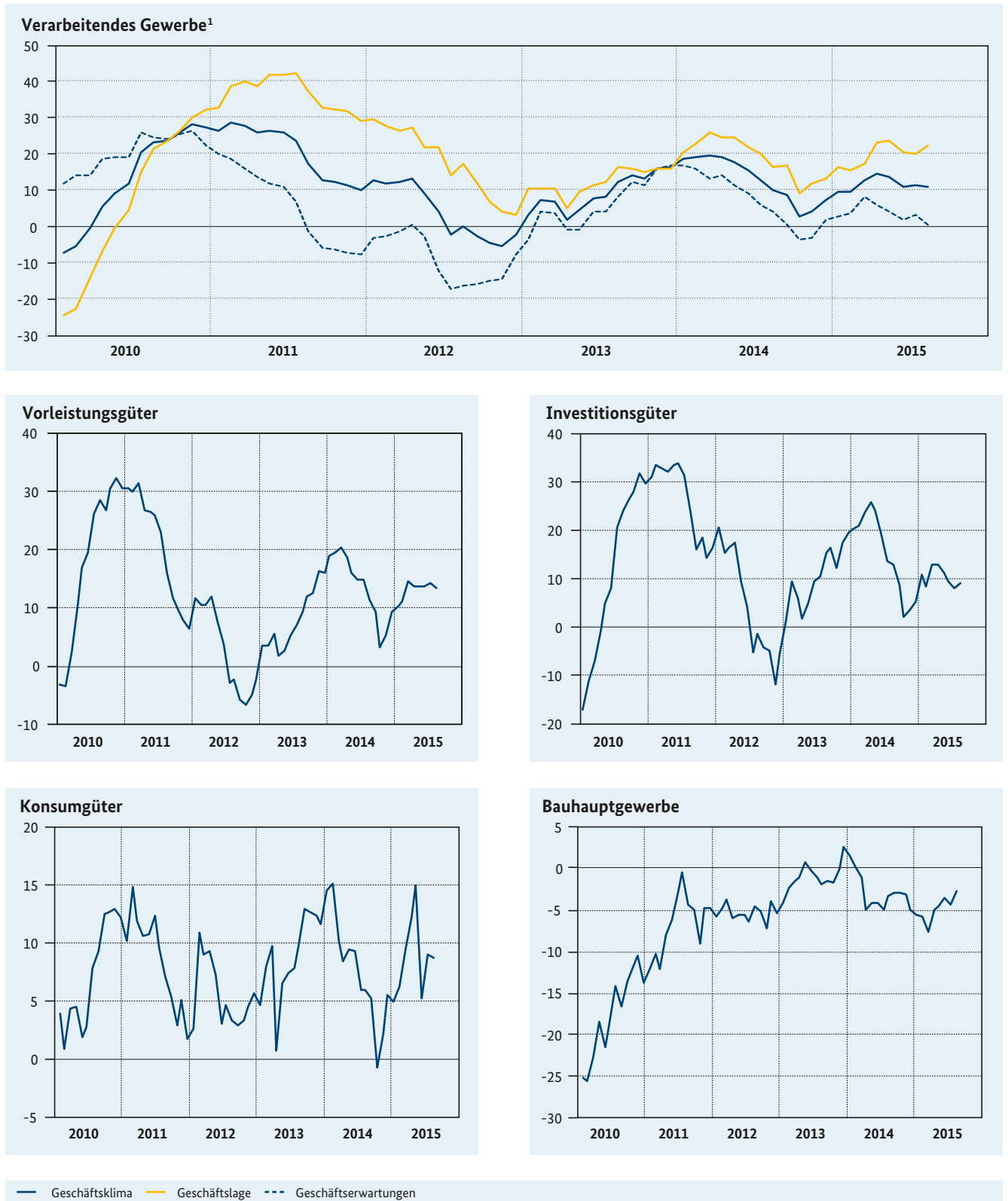
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

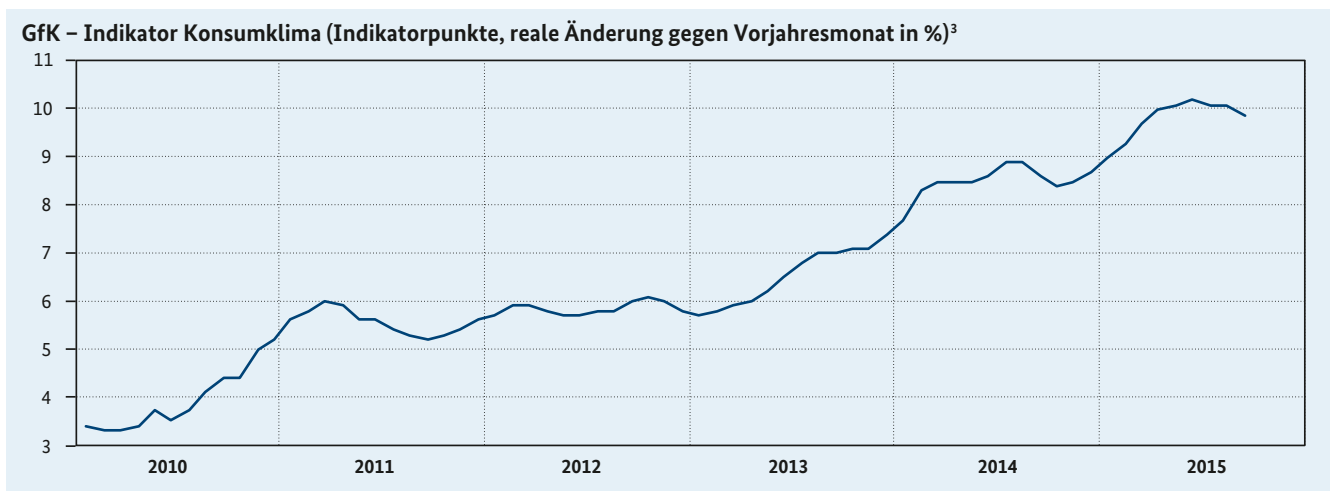
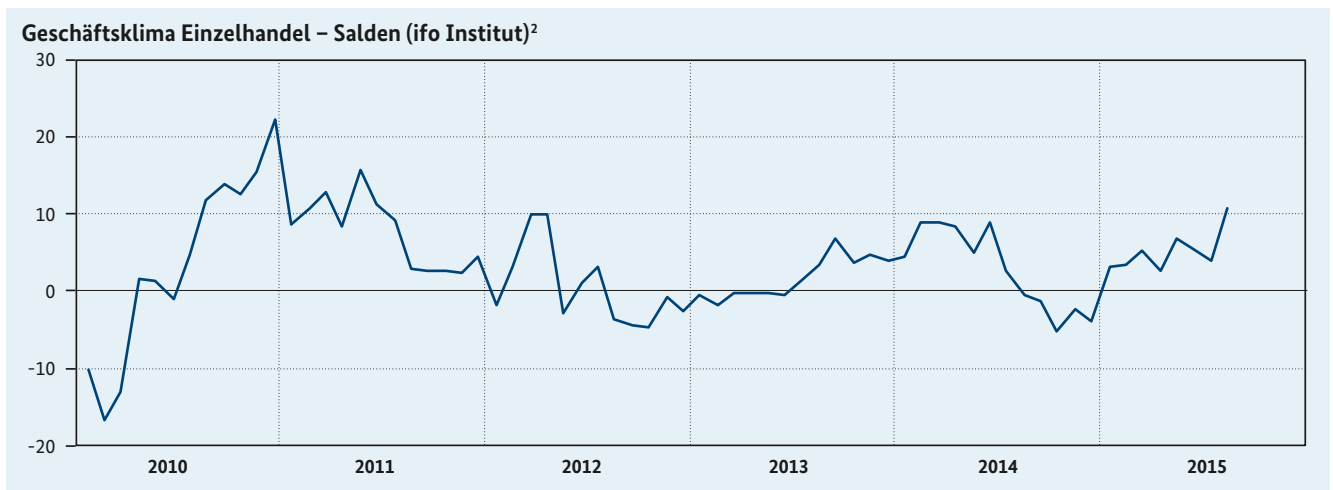
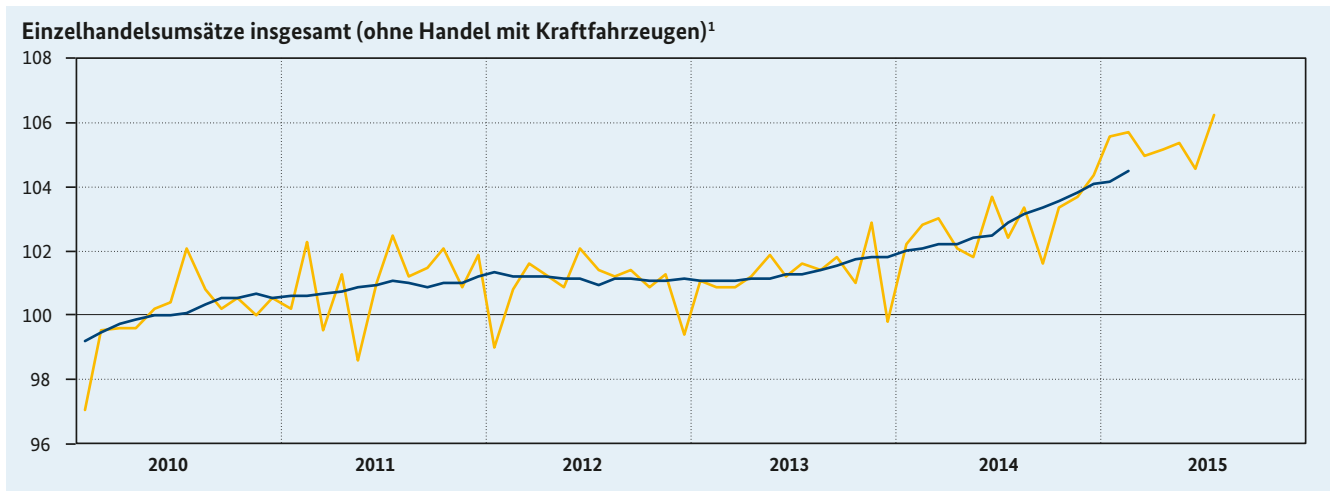
Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

		2014			2015				2015					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	189	183	220	59	59	60	63	19,3	21,1	20,9	19,9	21,8	23,6
	gg. Vp. in %	15,8	-3,4	20,3	18,3	-1,0	2,9	3,6	-3,5	9,4	-1,0	-4,9	9,6	8,4
Warenhandel	in Mrd. €	198	210	231	60	62	61	69	20,2	20,9	21,9	24,0	23,1	23,8
	gg. Vp. in %	23,3	5,9	10,1	10,1	3,6	-1,8	13,0	1,1	3,5	4,9	9,4	-3,6	3,1
Ausfuhr	in Mrd. €	1077	1088	1127	284	289	289	299	96,0	97,8	98,8	100,7	99,4	102,2
	gg. Vp. in %	5,0	1,0	3,6	2,4	1,6	-0,1	3,6	1,3	1,8	1,0	2,0	-1,3	2,7
Einfuhr	in Mrd. €	879	878	896	224	227	227	230	75,8	76,9	76,9	76,8	76,3	78,3
	gg. Vp. in %	1,6	-0,1	2,1	0,5	1,1	0,4	1,1	1,4	1,4	0,0	-0,1	-0,6	2,6
Dienstleistungen	in Mrd. €	-35	-45	-40	-10	-12	-9	-9	-3,0	-2,8	-3,3	-2,9	-3,2	-3,6
	gg. Vp. in %	9,9	26,8	-9,6	16,8	11,2	-25,7	10,1	8,2	-8,3	19,4	-11,7	10,2	11,5
Einnahmen	in Mrd. €	192	201	210	52	53	55	56	18,1	18,7	18,4	18,7	19,1	18,9
	gg. Vp. in %	7,2	4,5	4,2	-0,3	1,3	4,1	2,0	-0,7	3,5	-2,0	2,0	1,7	-0,7
Ausgaben	in Mrd. €	228	246	250	63	64	64	66	21,1	21,5	21,7	21,7	22,3	22,5
	gg. Vp. in %	7,6	7,9	1,7	2,2	3,0	-1,2	3,1	0,5	1,8	0,8	-0,1	2,9	1,1
Primäreinkommen	in Mrd. €	67	58	67	18	17	18	15	5,4	6,5	6,2	3,9	5,3	6,1
	gg. Vp. in %	-5,0	-13,0	16,2	13,5	-4,7	3,1	-13,1	-6,7	19,3	-5,1	-36,1	35,6	15,0
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-41	-41	-39	-8	-9	-10	-12	-3,3	-3,5	-3,9	-5,1	-3,4	-2,8
	gg. Vp. in %	13,9	0,4	-5,0	-26,3	8,8	7,6	25,8	9,2	5,4	10,3	32,4	-32,9	-19,8

Außenhandel nach Ländern²

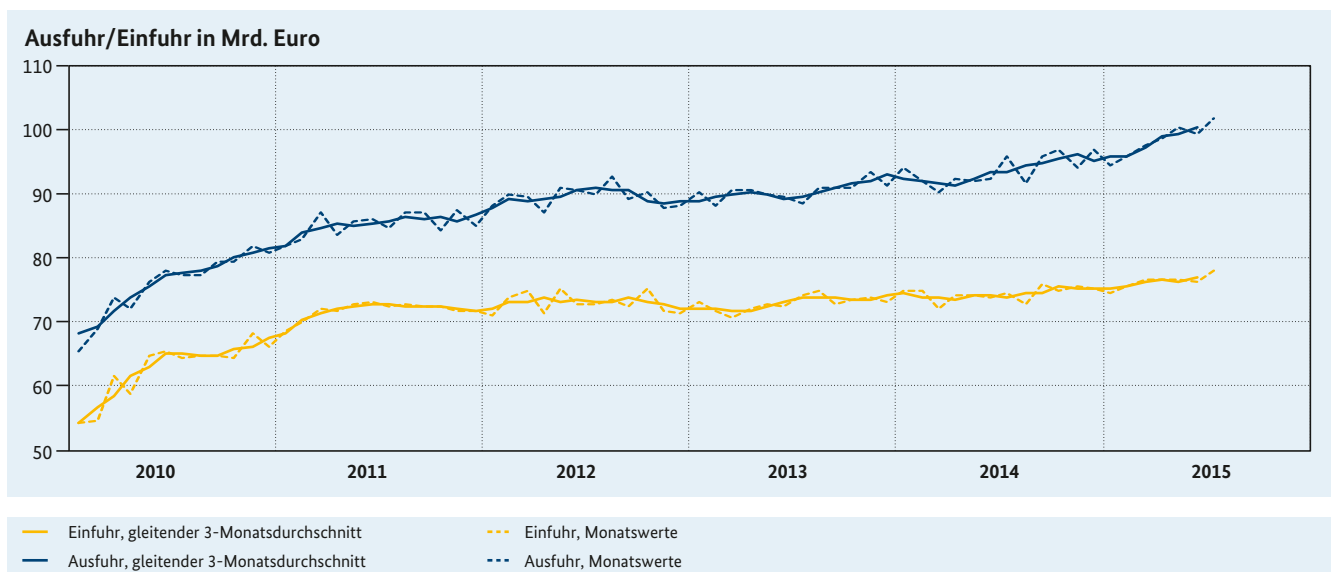
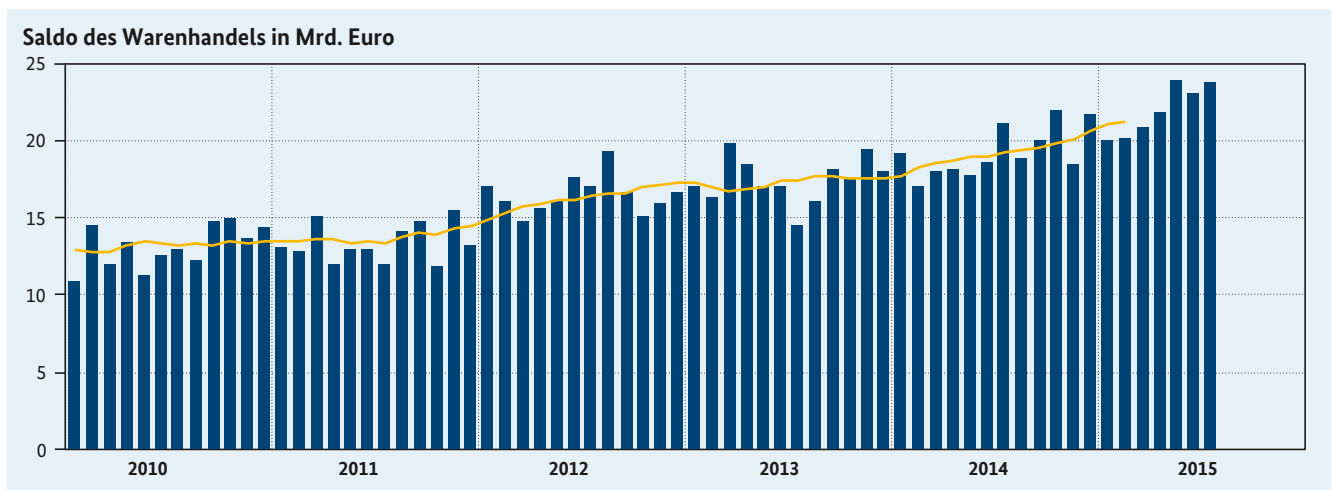
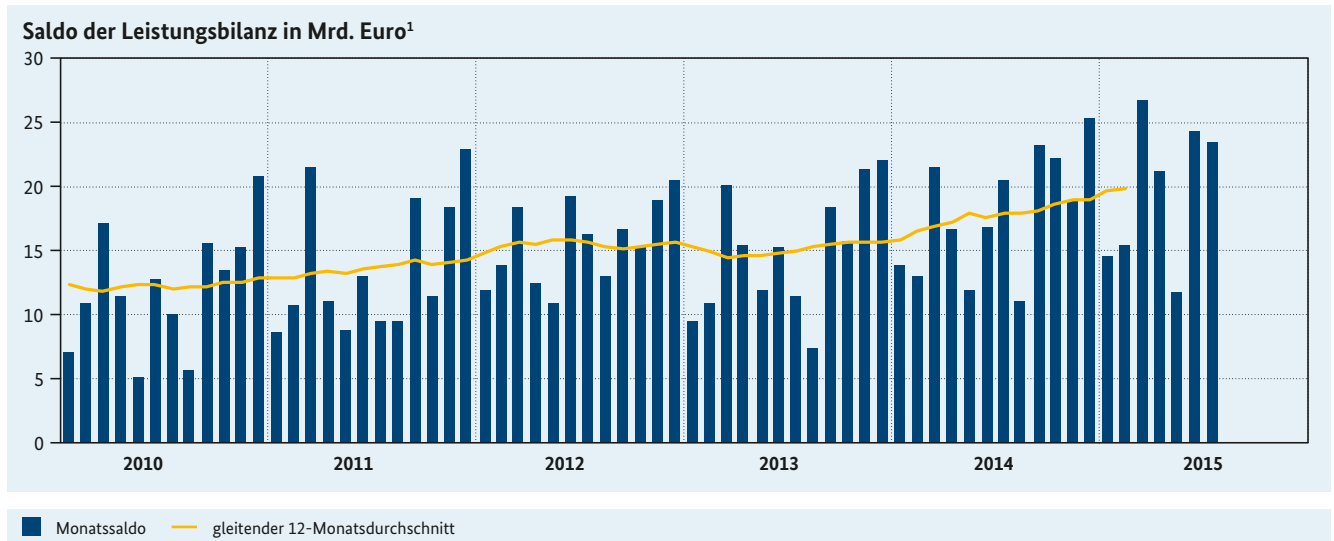
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1096	1093	1134	287	290	293	302	95,6	107,5	100,4	95,8	105,8	107,1
	gg. Vj. in %	3,3	-0,2	3,7	5,4	5,3	5,3	8,5	3,8	12,4	7,5	4,5	13,5	6,2
EU-Länder	in Mrd. €	623	624	657	163	167	172	175	56,5	61,6	57,1	56,4	61,3	60,4
	gg. Vj. in %	-	0,2	5,4	6,4	6,0	4,6	7,5	3,3	11,0	4,5	6,1	11,9	6,0
Eurozone ¹	in Mrd. €	407	403	417	102	105	109	111	35,7	38,6	36,3	35,6	38,8	37,7
	gg. Vj. in %	-	-0,8	3,3	4,2	3,6	2,9	6,4	1,9	9,2	3,2	4,9	11,0	5,5
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	216	220	241	61	62	64	64	20,8	23,0	20,8	20,8	22,5	22,7
	gg. Vj. in %	-	2,0	9,3	10,3	10,4	7,6	9,5	5,8	14,1	6,8	8,1	13,5	6,9
Drittländer	in Mrd. €	473	469	476	124	123	121	127	39,1	45,9	43,3	39,4	44,5	46,7
	gg. Vj. in %	-	-0,8	1,5	4,1	4,4	6,4	9,9	4,5	14,3	11,6	2,4	15,8	6,4
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	906	898	917	228	231	235	237	76,2	84,5	78,6	76,3	81,6	82,1
	gg. Vj. in %	0,4	-0,9	2,1	2,1	2,2	1,8	4,1	0,4	7,1	3,2	2,9	6,0	6,1
EU-Länder	in Mrd. €	573	579	600	147	152	152	156	50,3	55,0	51,9	51,0	53,4	53,7
	gg. Vj. in %	-	1,0	3,7	3,8	2,6	1,0	4,0	0,2	5,2	2,4	5,1	4,5	6,6
Eurozone	in Mrd. €	402	402	413	101	104	105	108	34,8	37,8	35,9	35,1	36,9	36,8
	gg. Vj. in %	-	0,0	2,7	3,0	1,8	0,6	4,1	0,3	5,0	3,1	5,5	3,6	6,2
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	171	177	187	46	48	47	48	15,6	17,2	16,0	15,9	16,5	16,9
	gg. Vj. in %	-	3,3	5,8	5,7	4,3	1,9	3,8	0,0	5,4	0,7	4,3	6,5	7,3
Drittländer	in Mrd. €	333	319	317	81	79	82	80	25,9	29,5	26,7	25,3	28,2	28,4
	gg. Vj. in %	-	-4,0	-0,8	-0,9	1,4	3,3	4,3	0,7	10,9	5,0	-1,3	9,0	5,3

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

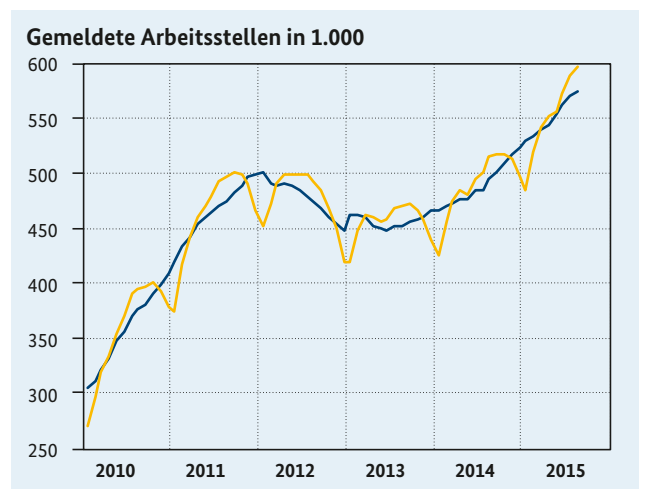
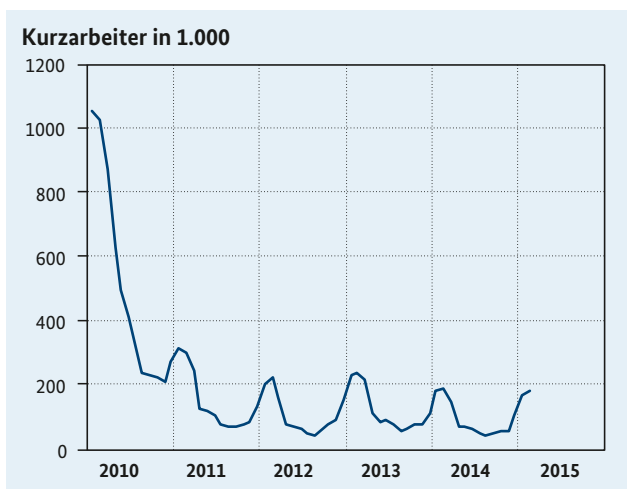
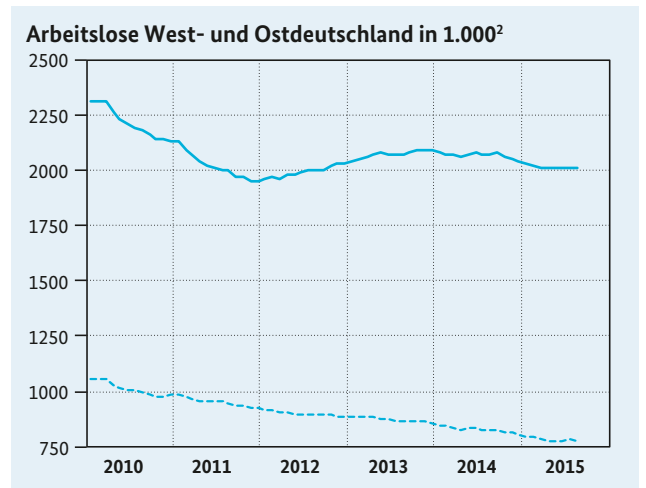
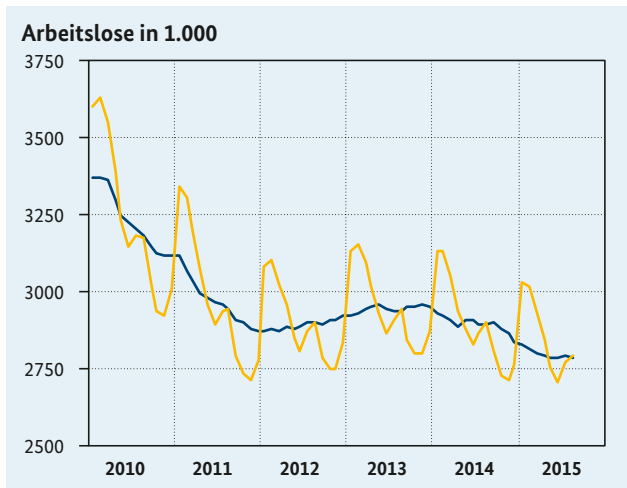
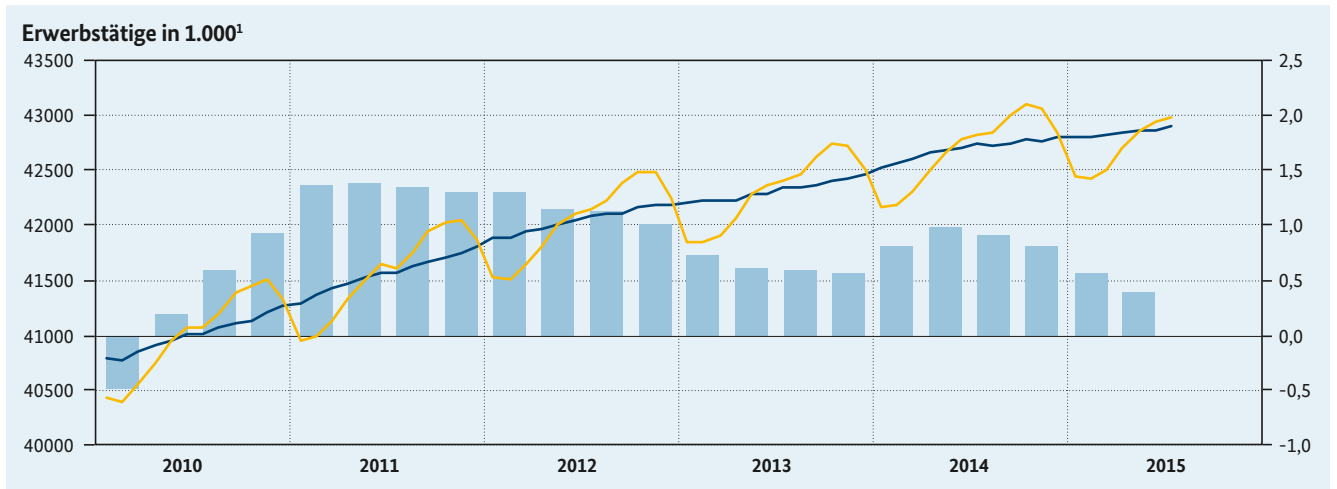
					2014		2015		2015					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	42060	42328	42703	42903	43016	42469	42842	42525	42707	42866	42952	42993	-
	gg. Vj. in Tsd.	+483	+268	+375	+389	+349	+243	+175	+213	+185	+182	+157	+160	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	29361	29728	30218	30365	30570	30376	30686	30512	30632	30706	30722	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+642	+367	+490	+497	+498	+559	+567	+579	+572	+581	+547	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2224	2182	2090	2033	2012	2101	1957	2025	2036	1896	1939	1932	-
	gg. Vj. in Tsd.	-175	-43	-92	-81	-61	-165	-91	-202	-98	-106	-69	-13	-
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	4,9	4,8	5,0	4,7	4,8	4,9	4,6	4,6	4,6	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2897	2950	2898	2860	2738	2993	2772	2932	2843	2762	2711	2773	2796
	gg. Vj. in Tsd.	-79	+53	-52	-43	-89	-116	-114	-123	-100	-120	-122	-99	-106
SGB II	in Tsd.	1995	1981	1965	1951	1892	1983	1950	1976	1975	1946	1929	1943	1945
	gg. Vj. in Tsd.	-89	-14	-16	-18	-44	-49	-36	-52	-30	-43	-36	-20	-23
SGB III	in Tsd.	902	970	933	909	846	1011	822	955	868	815	782	830	851
	gg. Vj. in Tsd.	+10	+67	-36	-25	-46	-67	-78	-71	-70	-77	-86	-79	-83
Westdeutschland	in Tsd.	2000	2080	2075	2073	1970	2137	2003	2097	2044	1995	1969	2019	2042
	gg. Vj. in Tsd.	-27	+80	-6	-1	-39	-55	-60	-62	-50	-66	-65	-57	-63
Ostdeutschland	in Tsd.	897	870	824	788	767	856	769	834	799	767	742	754	754
	gg. Vj. in Tsd.	-53	-27	-46	-42	-50	-61	-54	-61	-51	-54	-56	-42	-43
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	6,6	6,3	6,9	6,3	6,8	6,5	6,3	6,2	6,3	6,4
Westdeutschland	in %	5,9	6,1	5,9	5,9	5,6	6,1	5,7	6,0	5,8	5,6	5,6	5,7	5,8
Ostdeutschland	in %	10,7	10,3	9,8	9,3	9,1	10,1	9,1	9,9	9,5	9,1	8,8	9,0	9,0
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	648	637	641	635	679	597	634	660	543	588	600	645
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	643	645	647	649	649	623	670	719	749	624	638	538	622
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	67	77	49	37	46	51	48	51	54	45	46	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-34	+10	-27	-20	-14	-8	-8	-4	-5	-11	-6	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3928	3901	3803	3735	3648	3854	3631	3812	3704	3627	3562	3586	3586
	gg. Vj. in Tsd.	-284	-27	-99	-107	-129	-167	-176	-171	-172	-172	-184	-169	-172
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	478	457	490	512	510	515	560	542	552	557	572	589	597
	gg. Vj. in Tsd.	+11	-21	+33	+41	+55	+63	+73	+66	+66	+75	+78	+87	+81
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+484	+267	+375	+54	+42	+33	+45	+16	+22	+8	+11	+26	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+643	+367	+490	+113	+113	+199	+140	+67	+34	+35	+42	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-183	-39	-91	-2	-34	-52	-21	-8	-6	-5	-7	-10	-
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	5,0	4,9	4,8	4,7	4,8	4,8	4,7	4,7	4,7	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	-76	+53	-52	-4	-37	-46	-27	-14	-9	-4	0	+8	-6
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-91	-12	-16	-3	-8	-20	-1	-4	+3	-2	+8	+7	-7
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	+15	+65	-37	-1	-28	-26	-26	-10	-12	-2	-8	+2	0
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-24	+80	-6	+4	-24	-26	-14	-8	-3	-5	+2	+3	-3
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-52	-27	-46	-8	-13	-19	-14	-6	-7	+1	-2	+5	-3
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	6,7	6,6	6,5	6,4	6,5	6,4	6,4	6,4	6,4	6,4
Westdeutschland	in %	5,9	6,0	5,9	5,9	5,9	5,8	5,7	5,8	5,8	5,7	5,7	5,7	5,7
Ostdeutschland	in %	10,6	10,3	9,7	9,7	9,5	9,3	9,2	9,2	9,2	9,2	9,2	9,2	9,2
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-282	-26	-99	-28	-47	-52	-49	-17	-20	-8	-17	-5	-7
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+12	-21	+33	+14	+22	+18	+19	+5	+6	+9	+8	+8	+4
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	107,0	106,1	106,8	106,5	106,4	107,7	108,0	108,1	108,0	108,2	107,8	107,2	108,3
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	98,7	99,8	100,6	100,3	101,0	101,0	100,3	100,5	100,2	100,1	100,6	100,7	101,0
BA-X Stellenindex	Index	166,1	159,2	169,1	169,7	177,3	183,0	187,7	184,0	185,0	188,0	190,0	192,0	194,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 - - - Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

- 1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;
- 2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

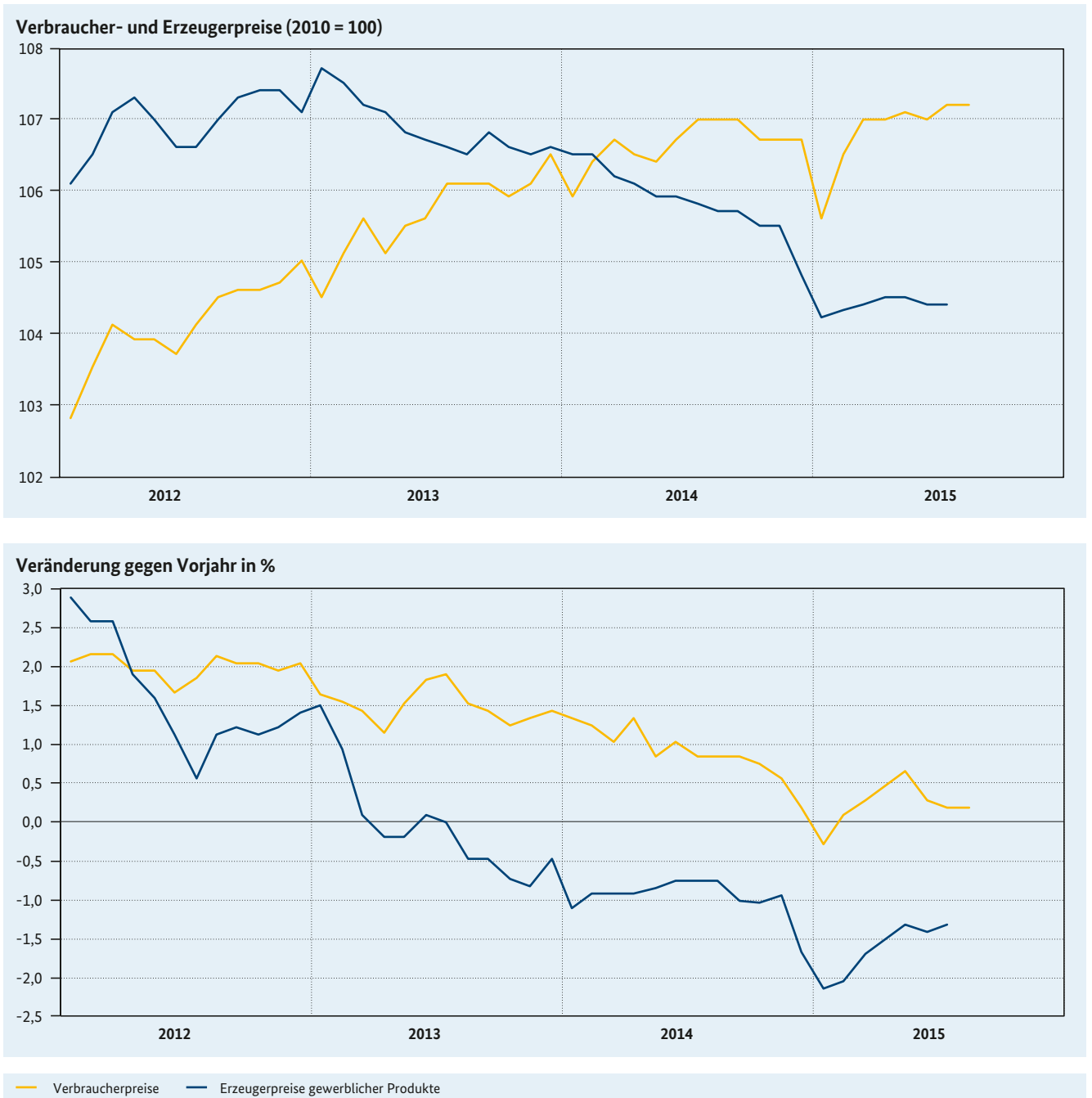
Bundesrepublik Deutschland

		2014			2015				2015					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	104,1	105,7	106,6	107,0	106,7	106,4	107,0	107,0	107,0	107,1	107,0	107,2	107,2
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+0,8	+0,5	+0,1	+0,5	+0,3	+0,5	+0,7	+0,3	+0,2	+0,2
Waren	Index	105,9	107,7	107,9	108,0	107,5	106,4	107,8	107,4	107,8	107,9	107,6	107,0	106,7
	gg. Vj. in %	+2,7	+1,7	+0,2	+0,2	-0,5	-1,4	-0,4	-0,8	-0,6	-0,3	-0,5	-0,7	-0,9
Verbrauchsgüter	Index	109,0	111,5	111,7	112,1	110,8	109,7	111,1	110,4	110,9	111,3	111,1	110,8	109,9
	gg. Vj. in %	+3,9	+2,3	+0,2	+0,2	-0,7	-2,1	-0,9	-1,3	-1,1	-0,6	-1,0	-1,2	-1,8
darunter:	Index	105,7	110,4	111,5	110,9	110,7	112,0	113,0	112,2	113,2	113,2	112,6	111,8	111,5
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+3,4	+4,4	+1,0	+0,4	-0,2	-0,5	+1,2	-0,1	+1,1	+1,4	+1,0	+0,4	+0,8
darunter:	Index	115,8	120,6	119,5	120,0	117,6	114,4	114,5	114,9	114,5	114,8	114,2	113,1	112,0
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	+5,9	+4,1	-0,9	-0,7	-2,2	-4,8	-4,7	-4,2	-4,7	-4,3	-4,9	-5,7	-6,7
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	102,7	104,1	104,8	103,9	106,1	104,2	105,8	106,6	106,7	105,8	105,0	103,0	104,3
	gg. Vj. in %	+1,8	+1,4	+0,7	+0,8	+0,5	+0,2	+0,5	+0,4	+0,6	+0,4	+0,6	+0,7	+1,2
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	98,0	97,4	96,9	96,9	96,7	96,8	97,2	97,0	97,2	97,3	97,2	97,1	97,4
	gg. Vj. in %	-0,8	-0,6	-0,5	-0,4	-0,5	-0,2	+0,3	+0,1	+0,4	+0,4	+0,1	0,0	+0,4
Dienstleistungen	Index	102,4	103,8	105,5	106,1	106,0	106,3	106,3	106,6	106,2	106,3	106,4	107,4	107,6
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,4	+1,6	+1,5	+1,5	+1,4	+1,2	+1,3	+1,2	+1,5	+0,9	+1,1	+1,2
darunter:	Index	102,5	103,8	105,4	105,5	105,9	106,2	106,5	106,3	106,5	106,5	106,6	106,7	106,8
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,2	+1,3	+1,5	+1,4	+1,5	+1,3	+1,2	+1,3	+1,3	+1,2	+1,2	+1,2	+1,1
Insgesamt ohne Energie	Index	102,6	104,2	105,6	105,9	106,0	106,2	106,6	106,7	106,6	106,6	106,6	106,9	107,1
	gg. Vj. in %	+1,5	+1,6	+1,3	+1,3	+1,0	+1,0	+1,2	+1,0	+1,2	+1,3	+1,1	+1,0	+1,1
Energie	Index	116,4	118,0	115,5	116,6	112,5	107,6	110,4	109,3	109,8	110,9	110,4	109,8	107,5
	gg. Vj. in %	+5,7	+1,4	-2,1	-1,9	-3,8	-7,3	-5,6	-5,7	-5,9	-5,0	-5,9	-6,2	-7,6
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	104,1	105,7	106,6	106,9	106,6	106,4	107,1	106,7	107,0	107,2	107,1	107,1	107,0
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+0,8	+0,5	0,0	+0,5	+0,3	+0,4	+0,7	+0,4	+0,3	+0,1
HVPI⁴	Index	113,5	115,3	116,2	116,6	116,2	115,8	116,5	116,6	116,5	116,6	116,4	116,7	116,7
	gg. Vj. in %	+2,2	+1,6	+0,8	+0,8	+0,4	-0,1	+0,3	+0,2	+0,3	+0,7	+0,1	+0,1	+0,1
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	107,0	106,9	105,8	105,7	105,3	104,3	104,5	104,4	104,5	104,5	104,4	104,4	-
	gg. Vj. in %	+1,6	-0,1	-1,0	-0,8	-1,2	-2,0	-1,4	-1,7	-1,5	-1,3	-1,4	-1,3	-
Vorleistungsgüter	Index	105,8	104,6	103,5	103,6	103,4	102,5	102,9	102,5	102,8	103,0	103,0	103,0	-
	gg. Vj. in %	+0,2	-1,1	-1,1	-0,4	-0,4	-1,2	-0,6	-1,1	-0,7	-0,5	-0,4	-0,6	-
Investitionsgüter	Index	102,2	103,0	103,5	103,5	103,7	103,9	104,1	104,0	104,1	104,1	104,2	104,3	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+0,8	+0,5	+0,5	+0,6	+0,6	+0,7	+0,7	+0,8	+0,7	+0,7	+0,8	-
Konsumgüter	Index	106,3	108,4	109,0	109,3	108,1	107,9	108,2	108,2	108,2	108,1	108,3	108,2	-
	gg. Vj. in %	+2,7	+2,0	+0,6	+0,5	-0,8	-1,2	-1,1	-0,9	-1,1	-1,1	-1,0	-1,2	-
Gebrauchsgüter	Index	103,3	104,3	105,7	105,8	105,9	106,6	107,0	106,7	106,9	107,0	107,1	107,2	-
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,0	+1,3	+1,3	+1,2	+1,1	+1,3	+1,1	+1,3	+1,3	+1,3	+1,3	-
Verbrauchsgüter	Index	106,8	109,0	109,5	109,8	108,4	108,1	108,4	108,4	108,4	108,3	108,4	108,3	-
	gg. Vj. in %	+2,9	+2,1	+0,5	+0,3	-1,1	-1,5	-1,4	-1,3	-1,4	-1,5	-1,5	-1,5	-
Energie	Index	113,0	112,0	108,5	107,8	107,0	104,3	104,1	104,5	104,4	104,2	103,8	103,5	-
	gg. Vj. in %	+3,0	-0,9	-3,1	-3,4	-3,9	-5,5	-4,3	-4,7	-4,4	-4,1	-4,4	-4,1	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	105,4	107,5	109,4	109,6	109,8	110,6	110,9	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,5	+2,0	+1,8	+1,7	+1,6	+1,6	+1,6	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	106,3	108,9	110,3	110,8	110,8	111,1	111,3	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+3,7	+2,4	+1,3	+1,3	+1,1	+1,3	+1,2	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2005 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2014		2015		2015					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	125,1	122,5	113,8	117,4	91,9	69,2	76,7	69,6	74,2	78,6	77,2	70,2	61,5
	gg. Vj. in %	-2,8	-2,0	-7,2	-6,0	-24,9	-43,1	-38,2	-43,0	-39,6	-36,5	-38,6	-42,7	-47,6
Nahrungs- und Genussmittel	Index	122,5	109,1	105,9	100,4	98,5	92,2	87,6	89,0	87,8	86,7	88,3	91,5	86,3
	gg. Vj. in %	-5,1	-10,9	-2,9	-4,0	-2,7	-14,7	-25,0	-23,3	-26,3	-26,8	-21,8	-11,8	-15,2
Industrie-Rohstoffe	Index	96,3	93,6	89,0	90,5	84,5	76,2	74,2	74,0	73,6	75,7	73,4	69,2	66,5
	gg. Vj. in %	-15,8	-2,7	-4,9	-0,8	-9,1	-16,4	-17,5	-17,0	-19,4	-15,6	-17,4	-24,3	-27,3
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	130,9	129,1	119,1	123,8	92,9	66,2	76,4	67,3	73,4	78,6	77,2	68,9	58,9
	gg. Vj. in %	-0,4	-1,4	-7,7	-6,7	-28,3	-48,5	-41,8	-47,7	-43,3	-39,9	-42,3	-47,0	-52,3
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	108,7	105,9	103,6	103,6	102,4	101,5	102,9	102,6	103,2	103,0	102,5	101,8	-
	gg. Vj. in %	+2,2	-2,6	-2,2	-1,7	-2,4	-2,9	-0,9	-1,4	-0,6	-0,8	-1,4	-1,7	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	111,6	112,6	111,9	111,1	111,3	113,6	113,7	114,4	114,4	113,6	113,0	111,9	-
	gg. Vj. in %	+3,8	+0,9	-0,6	-0,4	-0,3	+0,5	+1,3	+1,1	+1,2	+1,2	+1,4	+1,1	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	108,4	105,3	102,8	102,9	101,5	100,2	101,8	101,4	102,1	101,9	101,4	100,8	-
	gg. Vj. in %	+2,0	-2,9	-2,4	-1,9	-2,5	-3,3	-1,2	-1,7	-0,8	-1,1	-1,8	-2,0	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	126,8	118,1	109,0	109,1	101,6	91,5	95,8	94,2	96,3	96,7	94,4	90,9	-
	gg. Vj. in %	+3,3	-6,9	-7,7	-6,7	-11,9	-19,6	-14,1	-16,0	-13,4	-13,1	-15,7	-17,3	-
Fertigwaren	Index	102,7	101,3	100,9	100,9	101,5	102,9	103,7	103,6	103,9	103,6	103,6	103,9	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-1,4	-0,4	-0,2	+0,7	+2,4	+3,3	+3,2	+3,6	+3,2	+3,0	+3,2	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,9	104,3	104,0	104,2	104,1	104,8	105,4	105,3	105,6	105,4	105,3	105,4	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-0,6	-0,3	0,0	+0,2	+0,8	+1,4	+1,4	+1,6	+1,4	+1,3	+1,2	-
Terms of Trade	Verhältnis	96,6	98,5	100,4	100,5	101,7	103,3	102,4	102,6	102,3	102,3	102,7	103,5	-
	gg. Vj. in %	-0,5	+2,0	+1,9	+1,7	+2,7	+3,9	+2,4	+2,9	+2,2	+2,2	+2,7	+3,0	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,29	1,33	1,33	1,33	1,25	1,13	1,10	1,08	1,08	1,12	1,12	1,10	1,11
	gg. Vj. in %	-7,6	+3,3	+0,1	0,0	-8,2	-17,7	-19,4	-21,6	-22,0	-18,8	-17,5	-18,8	-16,3
in Yen	Kurs	102,6	129,7	140,4	137,7	143,0	134,2	134,1	130,4	128,9	134,8	138,7	135,7	137,1
	gg. Vj. in %	-7,6	+26,3	+8,3	+5,1	+4,6	-4,7	-4,2	-7,8	-9,0	-3,6	0,0	-1,5	0,0
in Pfund-Sterling	Kurs	0,81	0,85	0,81	0,79	0,79	0,74	0,72	0,72	0,72	0,72	0,72	0,71	0,71
	gg. Vj. in %	-6,5	+4,7	-5,0	-7,1	-6,1	-10,2	-11,5	-13,0	-12,6	-11,5	-10,4	-10,9	-10,4
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	97,7	101,2	101,8	101,3	99,0	93,0	91,2	90,6	89,7	91,6	92,3	91,3	93,0
	gg. Vj. in %	-5,4	+3,6	+0,6	-0,2	-3,6	-10,1	-11,9	-13,1	-13,9	-11,6	-10,1	-10,7	-8,4
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	95,0	98,2	97,9	97,2	94,9	89,2	87,5	86,9	86,1	87,9	88,5	87,5	89,0
	gg. Vj. in %	-5,2	+3,3	-0,3	-1,3	-4,4	-10,8	-12,1	-13,6	-14,3	-11,7	-10,3	-10,9	-8,7
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	96,0	98,4	98,6	98,4	97,7	95,1	94,5	94,3	94,0	94,6	94,7	94,3	94,9
	gg. Vj. in %	-2,3	+2,5	+0,2	-0,2	-1,4	-4,1	-4,5	-5,1	-5,2	-4,3	-4,0	-4,4	-3,6
56 Länder	Index	88,4	90,4	91,1	90,6	89,7	86,6	85,5	85,3	84,6	85,7	86,2	85,7	87,1
	gg. Vj. in %	-3,4	+2,3	+0,7	-0,2	-1,9	-6,1	-6,8	-7,8	-8,3	-6,5	-5,6	-5,9	-4,0

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

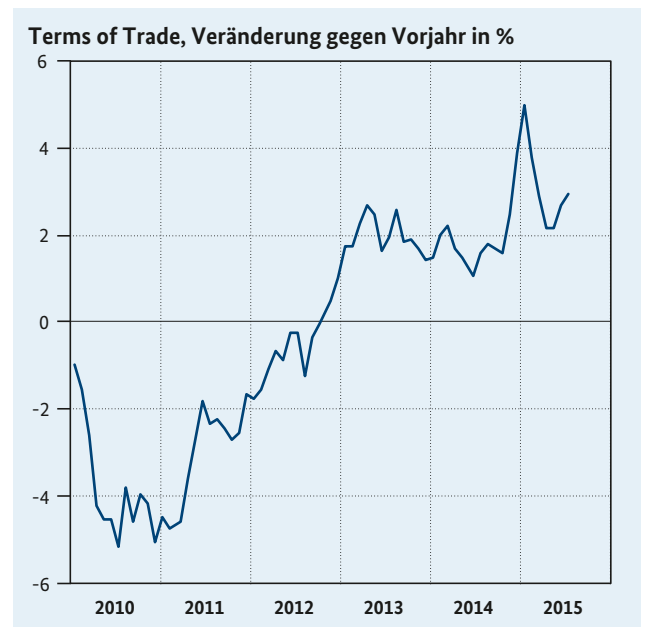
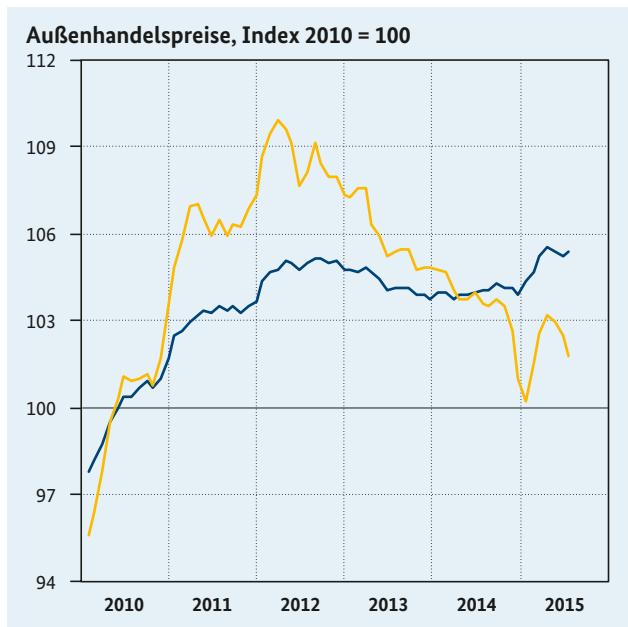
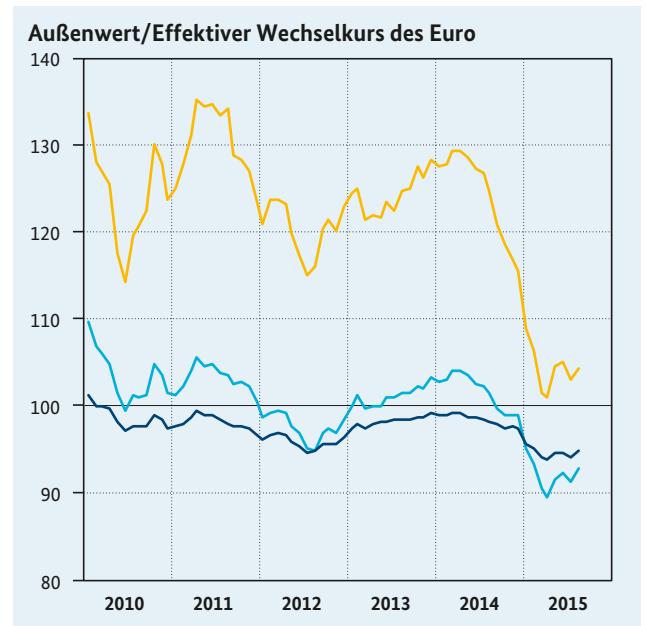
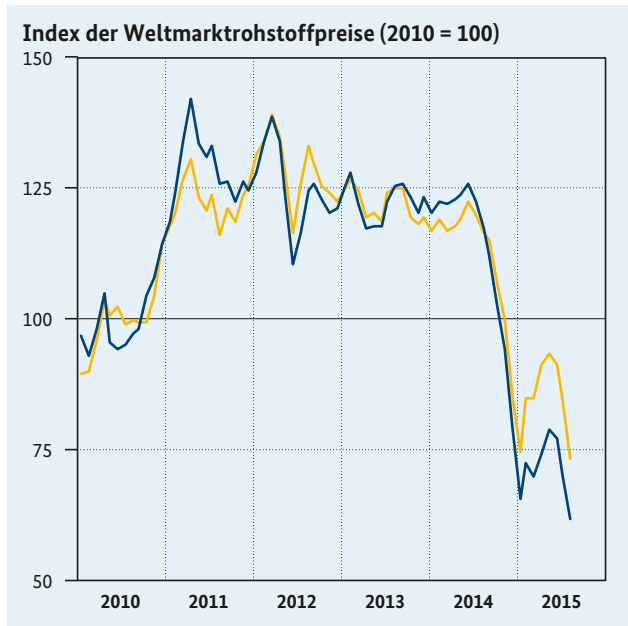
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010=100;

2 Index 2010=100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;

2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2014		2015		2015					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	-	0,12	0,04	0,04	-0,05	-0,13	-0,04	-0,06	-0,10	-0,14	-0,15	-0,14
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,57	0,22	0,21	0,16	0,08	0,05	-0,01	0,03	0,01	-0,01	-0,01	-0,02	-0,03
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,83	0,34	0,31	0,26	0,18	0,13	0,06	0,10	0,07	0,06	0,05	0,05	0,04
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,11	0,54	0,48	0,44	0,33	0,26	0,17	0,21	0,18	0,17	0,16	0,17	0,16
Differenz 3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	-	0,09	0,13	0,04	0,09	0,12	0,07	0,07	0,09	0,13	0,13	0,12
Umlaufrendite 3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,36	0,41	0,22	0,12	0,02	-0,14	-0,08	-0,17	-0,19	-0,05	-0,01	-0,06	-0,11
Umlaufrendite 5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,93	0,94	0,64	0,51	0,29	0,03	0,17	-0,02	-0,06	0,22	0,35	0,28	0,19
Umlaufrendite 9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,50	1,57	1,16	0,99	0,70	0,31	0,49	0,23	0,12	0,56	0,79	0,71	0,61
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	4,2	7,0	6,0	5,9	7,0	9,3	11,1	10,0	10,5	11,2	11,7	12,1	-
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	3,3	4,0	2,6	2,7	3,2	4,2	5,0	4,6	4,9	5,0	5,2	5,4	-
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	3,0	2,3	1,9	2,1	3,1	4,2	5,1	4,7	5,3	5,0	4,9	5,3	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt ²	gg. Vj. in %	3,0	2,3	1,9	2,1	3,1	4,3	5,1	4,7	5,0	5,1	5,1	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ³	gg. Vj. in %	-0,4	-0,9	-2,0	-1,9	-1,3	-0,2	+0,3	+0,1	+0,2	+0,5	+0,2	+0,8	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	0,0	-1,2	-1,6	-1,4	-0,8	+0,2	+0,7	+0,5	+0,4	+1,0	+0,8	+1,0	-
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+1,0	+0,6	+0,9	+1,4	+1,8	+2,5	+2,1	+2,5	+1,9	+2,3	+2,2	+3,0	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+2,1	+0,6	+0,7	+1,1	+1,5	+1,9	+1,9	+1,9	+1,7	+1,9	+2,1	+2,2	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	+1,6	-0,7	-0,2	+0,2	+0,1	-0,5	-1,2	-0,3	-1,4	-1,1	-1,1	-0,9	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	+1,3	-4,5	-2,9	-2,1	-1,6	+0,7	-1,4	+0,1	-1,5	-1,2	-1,6	-1,7	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-0,6	-1,2	+1,1	+0,9	+2,1	+1,1	-2,6	+0,5	-3,6	-2,0	-2,4	-2,7	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+2,1	+0,3	+0,3	+0,7	0,0	-1,1	-0,9	-0,6	-0,9	-0,9	-0,8	-0,4	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+1,2	+1,0	+1,2	+1,2	+1,4	+1,6	+1,9	+1,7	+1,8	+2,0	+2,0	+2,2	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+1,4	+2,3	+2,2	+2,1	+2,5	+3,0	+3,2	+3,0	+3,1	+3,2	+3,4	+3,6	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	6857	8307	9537	9555	9433	10962	11598	11785	11956	11602	11236	11288	10818
	gg. Vp. in %	+3,9	+21,1	+14,8	-1,5	-1,3	+16,2	+5,8	+7,4	+1,5	-3,0	-3,2	+0,5	-4,2
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	2415	2793	3145	3172	3106	3438	3624	3655	3734	3618	3522	3545	3444
	gg. Vp. in %	-7,7	+15,6	+12,6	-1,3	-2,1	+10,7	+5,4	+5,8	+2,1	-3,1	-2,7	+0,7	-2,8
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	1379	1642	1931	1976	2013	2064	2102	2080	2094	2113	2099	2093	2040
	gg. Vp. in %	+8,7	+19,1	+17,6	+4,0	+1,9	+2,5	+1,8	-0,1	+0,7	+0,9	-0,6	-0,3	-2,6
Nikkei 225 ⁵	Index	9114	13540	15475	15564	16694	18173	20032	19198	19781	19911	20404	20385	19919
	gg. Vp. in %	-3,5	+48,6	+14,3	+6,2	+7,3	+8,9	+10,2	+6,5	+3,0	+0,7	+2,5	-0,1	-2,3

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate

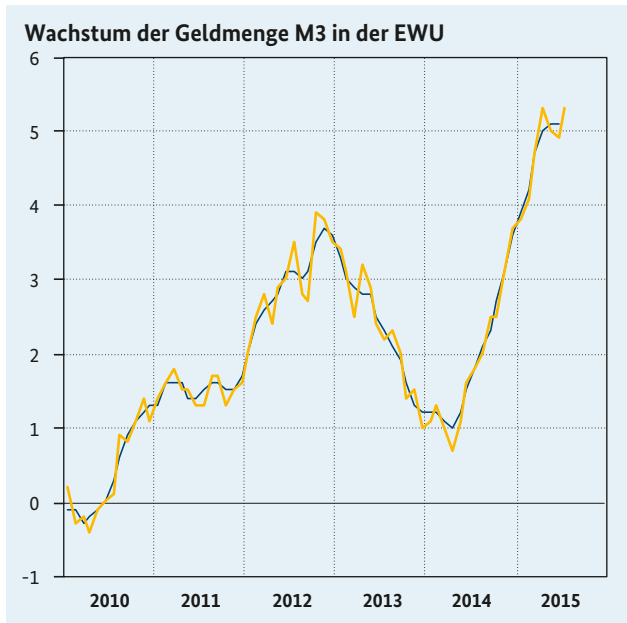
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

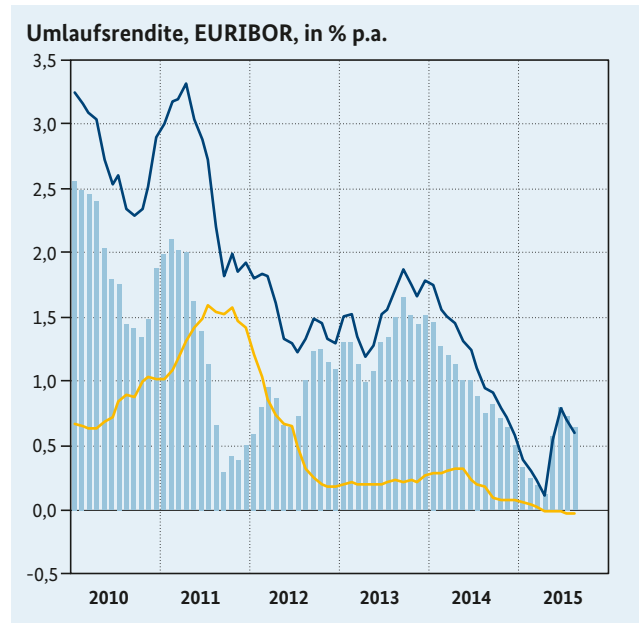
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

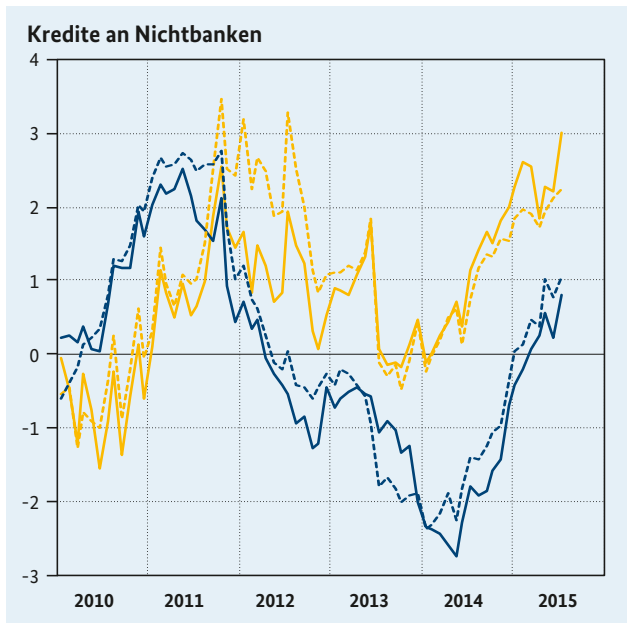
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



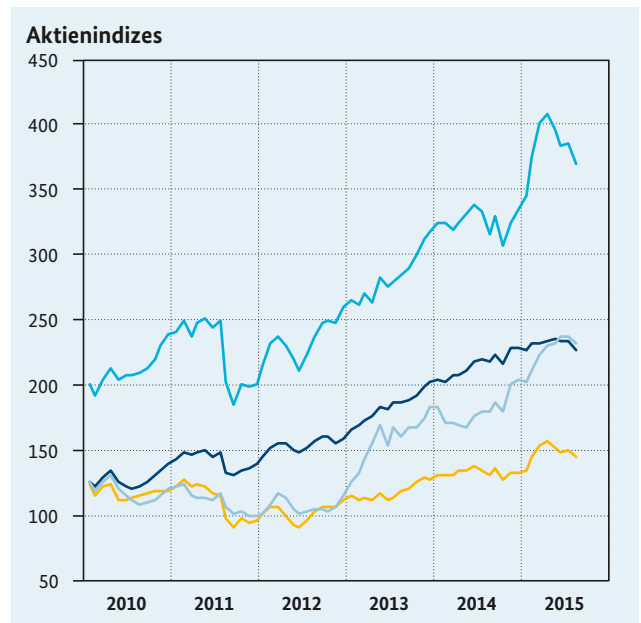
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

- 1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
- 2 Monatsdurchschnitte;
- 3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Tobias Zuchtriegel
(Wachstumsdynamik und „Kleinteiligkeit“ der ostdeutschen Wirtschaft“)

Dr. Alexander Lücke, Angela Regina Stöbener,
LL.M., Martina Giesler
(Stärkung der Berufsaufsicht über die Wirtschaftsprüfer)

Dr. Ulrike Engels und Dr. Christina Schmidt-Holtmann
(Ein Jahr Digitale Agenda 2014 – 2017)

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
Oktober 2014	Zur Entwicklung der Immobilienpreise in Deutschland Kohlendioxid-speicherung – Quo vadis? Wie die Wirtschaft Geodaten nutzen kann
November 2014	Herbstprojektion der Bundesregierung: Binnenwirtschaft sichert Wachstum Wesentliche Fakten zur „Investitionsschwäche“ in Deutschland IT-Sicherheit für kleine und mittlere Unternehmen: Die Angebote der BMWi-Initiative „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ IT-Gipfel 2014: Digitalisierung in Deutschland gemeinsam mit allen betroffenen Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen Bundesministerium für Wirtschaft und Energie startet Technologiewettbewerb
Dezember 2014	Usability für den Mittelstand Witterungseffekte im Bausektor
Januar 2015	Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland – ein politischer Auftrag Rosetta und Philae – Mit deutscher Technik der Entstehungsgeschichte des Sonnensystems auf der Spur
Februar 2015	Der Jahreswirtschaftsbericht 2015 Effekt der kalten Progression: Eine wirtschaftspolitische Analyse Kompass der Energiewende
März 2015	Sinkende Arbeitslosigkeit ist nicht genug Neue Märkte in Subsahara-Afrika – Herausforderungen und Chancen Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Deutschland – eine Bestandsaufnahme Mehr Energieeffizienz bei Staubsaugern
April 2015	Das Momentum für mehr Weitblick in der Europapolitik nutzen Ausschreibung der Förderung erneuerbarer Energien beginnt Partner Indien – Perspektiven 2015 Auf dem Weg zu mehr Forschung und Innovation in Deutschland
Mai 2015	Frühjahrsprojektion 2015 der Bundesregierung: Deutsche Wirtschaft im Aufschwung Stärkung von Investitionen in Deutschland Online-Befragung zeigt großen kommunalen Investitionsbedarf Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Fokus Das Nationale Reformprogramm 2015 Expo Milano 2015
Juni 2015	ZIM – optimiert: Neue Richtlinie für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand Reformierte EU-Kohäsionspolitik 2014 – 2020 Intelligent vernetzt

Ausgabe	Fachartikel
Juli 2015	Auswirkungen höherer öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die Wirtschaft des Euroraums Durch Vernetzung Energiezukunft gestalten Erneuerbare Energien und Energieeffizienz: Exportschlager „made in Germany“ Elektromobilität mit System G7-Energieminister beschließen „Hamburg Initiative“ für nachhaltige Energiesicherheit
August 2015	Unter Strom: Die Elektroindustrie leistet einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands Mit Mittelstand 4.0 in die digitale Zukunft gehen „Klein, aber fein“ – Neuauflage des Mikrokreditfonds schließt Marktlücke in der Kreditfinanzierung von Kleinstunternehmen
September 2015	Neue Erkenntnisse zu den volkswirtschaftlichen Effekten der Gesundheitswirtschaft Gesundheit – made in Germany Neuer Schwung für eine bessere Rechtsetzung in der Europäischen Union „Versprochen – gehalten“ – Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung in Deutschland Die Stromversorgung bleibt sicher und kostengünstig



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>
